

Soziologie

Aus dem Inhalt

- **Ronald Hitzler:**
Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie?
- **Annette Treibel, Stefan Selke:**
Soziologie für die Öffentlichkeit – zwei Perspektiven
- **Franz-Xaver Kaufmann:**
*»Als Soziologen tragen wir nicht das Risiko des Handelns, aber wir tragen das Risiko der Diagnose.«
Ein Gespräch mit Georg Vobruba*
- **Daniel Großmann:**
*Studienmotivationen und ihr Einfluss
auf Evaluationsergebnisse*
- **Vorstand der DGS:**
Wissenschaftliche Evaluation ja – CHE-Ranking nein
- **CHE Centrum für Hochschulentwicklung:**
*Methodische Genauigkeit und öffentlicher Nutzen
des CHE Hochschulrankings*

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 4 • 2012

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:
Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,
E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Martina Löw, E-Mail: loew@ifs.tu-darmstadt.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dr. Sonja Schnitzler,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,
E-Mail: Sonja.Schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeister: Prof. Dr. Sighard Neckel, Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, Robert-Mayer-Straße 5, D-60054
Frankfurt am Main, E-Mail: neckel@soz.uni-frankfurt.de, Tel.: +49 (0)69/798-
23334, Fax: +49 (0)69/798-763-23333.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: <http://www.soziologie.de>

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktions-
schluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der
Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in
CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main, www.campus.de
Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Steffen Schickling, 0 69/97 65 16-812, schickling@campus.de

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen
der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs
Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der
Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2012

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Auf-
nahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom
und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Druckpartner, Hemsbach

ISSN 0340-918

Inhalt

Editorial 391

Soziologie in der Öffentlichkeit

Ronald Hitzler

Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie? 393

Annette Treibel, Stefan Selke

Soziologie für die Öffentlichkeit – zwei Perspektiven 398

Carsten Klingemann

Karl Martin Boltes Version 422

Identität und Interdisziplinarität

Franz-Xaver Kaufmann

»Als Soziologen tragen wir nicht das Risiko des Handelns,
aber wir tragen das Risiko der Diagnose.«

Ein Gespräch mit Georg Vobruba 425

Hans-Georg Soeffner

Widerständige Lebenswelten. Anne Honer gewidmet 437

Lehren und Lernen

Daniel Großmann

Studienmotivationen und ihr Einfluss auf Evaluationsergebnisse 443

Vorstand der DGS

Wissenschaftliche Evaluation ja – CHE-Ranking nein 458

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Methodische Genauigkeit und öffentlicher Nutzen

des CHE Hochschulrankings 466

DGS-Nachrichten

Weitere Informationen zur Diskussion über das CHE-Ranking	482
Veränderungen in der Mitgliedschaft	483

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Biographie	487
<i>Sektion</i> Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie	489
<i>Sektion</i> Medien- und Kommunikationssoziologie	493
<i>Sektion</i> Professionssoziologie	496
<i>Sektion</i> Rechtssoziologie	498
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	503
<i>Sektionen</i> Stadt- und Regionalsoziologie und Soziale Probleme und Soziale Kontrolle	511
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	516

Nachrichten aus der Soziologie

In memoriam Michael Th. Greven	519
Autorinnen und Autoren	524
Abstracts	526

Rätselhaft sind Universitäten,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

irgendwie rätselhaft. Und je genauer man hinsieht, umso rätselhafter werden sie.

Einerseits haben Universitäten Organisationsprobleme, juristische Probleme, Probleme ihrer öffentlichen Selbstdarstellung, Finanzierungsschwierigkeiten und so weiter. Andererseits forschen und lehren an den meisten Universitäten Organisationsfachleute, Juristen, Kommunikations- und Medienwissenschaftler, Ökonomen. Vielleicht sind nicht alle brillant, aber ganz bestimmt sind viele gut bis sehr gut. Vielleicht sind einige davon »zu theoretisch« (übrigens: ein inkompetentes Urteil, meist), bestimmt aber verfügen viele auch über universitätspraktisch gut brauchbares Wissen. Und dennoch: Mir ist kein Fall bekannt, in dem Universitätsleitungen systematisch auf das in ihren Universitäten verfügbare Wissen zurückgreifen. Stattdessen findet man überwiegend handgestrickte Organisationspläne, Rechtsabteilungen mit durchwachsender Kompetenz, Pressearbeit auf gehobenem Amateurniveau, ein Finanzmanagement, das sich redlich bemüht. Wird es zu kompliziert, werden Aufgaben ausgelagert; meist mit ambivalentem Erfolg.

Warum ist das so? Wissen Universitätsleitungen nichts von der in den Unis versammelten Kompetenz? Oder sind sich entsprechend kompetente Uni-Angehörige zu gut dafür, etwas für die eigene Organisation zu tun? Haben Universitätsleitungen Angst, einzelne Mitarbeiter zu bevorzugen, indem sie ihnen interne Aufgaben übertragen, oder gar in deren Abhängigkeit zu geraten? Oder scheitert die Einbindung von universitätseigenem Sachverstand in die Bearbeitung universitätseigener Probleme an irgendwelchen dienst- oder arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die ich nicht kenne (und deren Sinn, würde ich sie kennen, ich doch nicht einsehen würde)?

Lassen Sie mich doch bitte kurz frei phantasieren. Wie würde die Universität aussehen, wenn man wissenschaftliches und Verwaltungspersonal über begrenzte gemeinsame Aufgaben in ein Kooperationsverhältnis brächte? Wie würde sich schon durch einen neuen Aufgabenzuschnitt die Organisationsstruktur verändern? Wie würde die Pressearbeit, wie würden die diversen Universitätszeitungen aussehen, wenn man Elemente daraus

zu Projekten am jeweiligen Fachbereich machte? Wie würde sich das Personalmanagement, wie die Finanzverwaltung ändern?

Schnittstellen zwischen den Fachkompetenzen des wissenschaftlichen Personals und der Verwaltung gibt es gegenwärtig nur über die wissenschaftliche Qualifikation der Mitglieder der Rektorate oder Präsidien. Das ist erstens Glücksache und zweitens zu wenig.

Die Lockerung der Trennung zwischen wissenschaftlichem und »sonstigem« Personal (so der unsympathische terminus technicus für diese Statusgruppe) wäre vor allem für die Verwaltungen eine Revolution und zwar eine Revolution zu ihrem Vorteil und damit zum Vorteil der gesamten Universität. Ich habe in einem kleinen Artikel¹ vor einiger Zeit zu argumentieren versucht, dass die Verwaltungen ihr Bestmögliches für ihre Universitäten tun, obwohl sie an deren Erfolg in keiner Weise beteiligt werden. Das ist bewundernswert. Aber ich treffe dennoch manchmal junge Kolleginnen und Kollegen, die nach dem ersten professionellen Kontakt nie wieder etwas mit ihrer Universitätsverwaltung zu tun haben wollen. Das liegt, Soziologinnen und Soziologen sind hier die Fachmenschen, nicht an den Personen, sondern an den Strukturen. Die muss man ändern. Und so lange das nicht passiert, sind Universitäten immer wieder in Gefahr, Motivationsvernichtungsmaschinen zu werden.

Ihr
Georg Vobruba

¹ Georg Vobruba, Die Universität als System von Unverantwortlichkeiten. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. April 2009.

Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie?

Ronald Hitzler

Popularisierung von Wissenschaft ist ein immer wieder versuchter, immer wieder misslingender, immer wieder aber auch gelingender Vorgang im Spannungsfeld von Wissenschaft, (Massen-)Medien und Öffentlichkeit.

Wissenschaft verstehe ich in diesem Spannungsfeld als einen im Wesentlichen gesellschaftlich subventionierten Betrieb zur kontrollierten Produktion von gegenstandsadäquate(re)m Wissen. Bedingungen für Subventionen ändern sich mitunter. Derzeit scheint das der Fall zu sein. Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, dass die Frage lauter wird danach, was man mit dem wissenschaftlich produzierten Wissen anfangen kann – oder wenigstens anfangen können soll. *Öffentlichkeit* betrachte ich lediglich als *einen* Kontext von Gesellschaft; aber eben als *den* Kontext, der sich dadurch konstituiert, dass prinzipiell alle sich zu mehr oder weniger allem äußern können (sollen), und dass prinzipiell auch alle hören, lesen, sehen können (sollen), was alle äußern. Infolgedessen sehen viele Menschen Öffentlichkeit als eine Art Synonym an für Gesellschaft schlechthin; und manche fordern, dass alles Gesellschaftliche öffentlich sein solle. *Medien* haben ja nun zum Teil sogar »einen öffentlichen Auftrag«. Aber auch dann, wenn sie diesen Auftrag nicht haben, verstehen sich Vertreter der Medien oft nicht nur als mehr oder weniger (ge)wichtige und mehr oder weniger parteiische Beteiligte an öffentlichen Diskursen, sondern auch als (»kritische«) (Ver-)Mittler zwischen nicht per se öffentlichen Kontexten der Gesellschaft und »der« Öffentlichkeit. Wissenschaft ist ein in diesem Verstande *nicht* per se öffentlicher Kontext der Gesellschaft. Etwas provokativ stelle ich folglich der von und unter Wissenschaftlern gern erhobenen Klage, die Wissen-

schaften seien die Stiefkinder der Medien, die Frage entgegen, *ob nicht vielmehr die Medien die Stiefkinder der Wissenschaften (bzw. eben der Wissenschaftler) seien.*

Alle empirische Einsicht jedenfalls spricht *gegen* die Vermutung bzw. Behauptung, die Wissenschaft sei ein Stiefkind der Medien. Um nur auf einige entsprechende Eye-Catcher zu verweisen: Die ohnehin nicht unbedeutliche Zahl an Wissenschaftsjournalen, die man bereits in der Bahnhofszeitschriftenhandlung findet, erhöht sich aktuell immer noch; täglich findet man in fast allen überregionalen Zeitungen eine Wissenschaftsseite – zusätzlich zum Feuilleton, in dem traditionell die Popularisierungen der Geistes- und Sozialwissenschaften zu Hause sind; eine ganze Reihe von Fernsehsendern liefert uns wöchentlich eine oder auch mehrere Wissenschaftsmagazine; die medial verbreiteten politischen Debatten rekurren ständig implizit und explizit auf wissenschaftliches Wissen usw.

Publikumszeitschriften und elektronische Massenmedien haben allerdings *nicht* die Aufgabe, Wissenschaft bzw. wissenschaftliche Erkenntnisse als solche ans Publikum zu bringen. *Was* sie transportieren sollen und können, das sind solche Partikel, Extrakte oder Applikationen wissenschaftlicher Erkenntnisse, die von den Medienmachern als öffentlichkeitsrelevant eingeschätzt werden. *Wie* sie dieses Wissen transportieren, können nicht Wissenschaftler, sondern müssen die Medienmacher – auf der Basis ihrer Kenntnis der Rezeptionsinteressen und Rezeptionsbereitschaft ihres jeweiligen Publikums – entscheiden.

Auch wenn ich selbstverständlich keineswegs ausschließen will, dass es auch »schwarze Schafe«, dass es Korruption und hin und wieder vielleicht sogar »mafiose Strukturen« im Interaktionsgefüge von Macht, Geld, Medien und Wissenschaft gibt, scheint mir allfällige Nicht- oder Unterpräsenz von Nachrichten aus der Wissenschaft bzw. aus den Wissenschaften in den Medien im Normalfall weit eher durch *mangelnden Nachrichtenwert* solcher »Nachrichten« erklärbar zu sein als durch etwelche Verschweige- oder gar Verschwörungstheorien über die Medien oder hinter ihnen stehende bzw. mit ihnen verquickte Kapitalinteressen und Macht-Blöcke.

Soziologisches bzw. *sozialwissenschaftliches* Wissen ist ja nun symptomatischer Weise vor allem eine solche Art von (Sonder-)Wissen, das prinzipiell alles Wissen expliziert, typisiert, abstrahiert, relativiert, spiegelt, verfremdet, übersetzt, hinterfragt, reorganisiert und dergestalt erneuert und somit auch erweitert. Interessant für die Öffentlichkeit bzw. für Öffentlichkeiten wird eine solche Art von Wissen lediglich dann, wenn es sich auf das, was dort je kommuniziert wird, bezieht bzw. plausibel beziehen lässt, und wenn es

im Verhältnis zu dem, was dort ohnehin je kommuniziert wird, in seiner Besonderheit hinlänglich aufmerken lässt und zugleich verständlich bleibt bzw. gemacht wird. Jenseits von (auch) von Protagonisten der Sozialwissenschaften beförderten Skandalisierungen ist das öffentliche Interesse an soziologischem Wissen in der Regel eher beschränkt (nicht nur, aber auch nicht zum Wenigsten auf sozusagen traditionelle Bildungsgelüste vorzugsweise älterer Menschen).

Das *eine* Problem der Popularisierung von soziologischem Wissen resultiert meines Erachtens nämlich vor allem daraus, dass zum Beispiel wohl niemand glaubt, er wisse, was etwa Chemiker wissen, wenn er ein paar chemische Reaktionen vorgeführt und erläutert bekommt, oder was Mediziner wissen, wenn er auf einem Monitor einen minimalinvasiven Eingriff anschauen und mit verfolgen kann. Hingegen glauben die meisten Menschen, dass es zum Beispiel an »normalen« Sätzen in der Sprache, die sie sprechen, oder an den gängigen Gesten, die sie interaktiv verwenden, nicht mehr zu verstehen gebe als das, was sie eben verstehen, oder dass sie zum Beispiel ganz gewiss keine Soziologen brauchen, die ihnen erklären, in welchen sozialen Gefügen (Zusammenhängen) sie leben. Vereinfacht gesagt: Sozialwissenschaften beeindrucken die (meisten) Menschen (wenn überhaupt) dann, wenn ihre Protagonisten das Gewohnte be- bzw. verfremden. Sie erscheinen vielen Menschen hingegen als (bestenfalls) trivial, wenn ihre Erkenntnisse so präsentiert werden, dass sie möglichst verständlich erscheinen. Das ist meines Erachtens tatsächlich ein auch durch *popular sociology* keineswegs behebbares Inszenierungsdilemma dieser Disziplin(en).

Dementsprechend erlebe ich die Fachkollegenschaft in Debatten über angemessene Formen der Popularisierung *unseres* Sonderwissens üblicher Weise auch als ausgesprochen uneins: Geht es vor allem um das, was die beeindruckt, die auf dem *selben* Acker pflügen? Oder darum, das, was kommuniziert wird, einer auf *anderen* Feldern tätigen Kollegenschaft näher zu bringen? Oder um das, was (auch) *jenseits* der Fachgrenzen »ankommt«? Wenn es um letzteres geht, dann eher um das, was ein entsprechend bildungsbeflissenes Publikum goutiert? Oder doch um das, was eben »alle« be-greifen (können)? Will man Popularisierung so verstehen, dass dabei vor allem (bzw. auf jeden Fall) das jeweils ursprüngliche Erkenntnissetting möglichst verlustfrei zu transportieren ist, oder eher so, dass dabei das, was an einer Erkenntnis für möglichst viele möglichst interessant ist, herausgeschält werden soll? Usw. Wie gesagt: Zu all dem und vielem anderen mehr

finden sich allenthalben in unserer Disziplin nicht nur divergente, sondern schlicht antagonistische Auffassungen.

Das andere Problem der Popularisierung von Soziologie hingegen ist meines Erachtens ein beiläufig selbst produziertes: Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler generieren, sehr vereinfachend zugespitzt, zwei Arten von Wissen: Zum einen Wissen, das – wie auch immer zu definierende – Entscheidungseliten zur Bewältigung von Steuerungsproblemen aller möglicher Art in komplexen Gesellschaften brauchen. Zum anderen Wissen, aus dem und zu dem, woran Menschen, die *nicht* bzw. dann, wenn sie *nicht* mit Steuerungsproblemen befasst sind, eben ein Unterhaltungsinteresse haben (neudeutsch spricht man hier von Edutainment).

Akteure, die (wie auch immer) mit der ersten Art von sozialwissenschaftlichem Wissen befasst sind, haben in aller Regel gesellschaftlich subventionierte ebenso wie privatwirtschaftlich unterhaltene Kommunikationsräume jeglichen Zuschnitts ebenso wie allgegenwärtige Kommunikationschancen, sozusagen so viel sie bzw. oft mehr als sie wahrnehmen wollen. In diesen Kontexten Gehör zu finden und um Expertisen gebeten zu werden, gehört für die einschlägig engagierten Vertreterinnen und Vertreter unserer Disziplin augenscheinlich zu den leichteren Übungen.

Die zweite Art von sozialwissenschaftlichem Wissen, jenes Wissen also, um und über das, was gemeinhin als trivial gilt, was aber typischer Weise (wenn auch oft mit kurzen Verfallszeiten) von hoher Relevanz ist in den Alltagen von Menschen, produzieren wir herkömmlicher Weise – sofern überhaupt – vor allem als (Ideologie-)Kritik. Oder vereinfacht gesagt: Wir haben bislang vorzugsweise eine Haltung zu dem, was Menschen diesseits oder jenseits gutinformierter Bürgerlichkeit interessiert, die uns völlig absurd erschiene, hätten Natur- und Ingenieurwissenschaftler eine solche zu *ihren* Gegenständen.

Man stelle sich beispielsweise einen Physiker vor, der physikalische Objekte in Zweifel ziehen würde, statt sich Gedanken dazu zu machen, was man unter welchen Umständen wie mit ihnen anfangen kann. Und dass der Gegenstand der Soziologie eben *keine* (wie auch immer) gegebenen Objekte sind, sondern *Konstrukte* von Menschen, impliziert meines Erachtens durchaus *nicht*, dass unsere Aufgabe darin bestünde, den Menschen den *Spaß* an ihren Konstrukten zu verderben oder – noch unsäglicher – sie darüber zu belehren, worin »wahrer«, »guter«, »richtiger«, »nachhaltiger« Spaß bestehe bzw. bestehen solle. Zum Beispiel zu meinen, es bedürfe etwelcher

Maßnahmen, damit Menschen selbstbestimmt bzw. selbstverantwortlich handeln (lernen), setzt ja zumindest schon voraus, man selber wisse (womöglich auch noch besser als die Menschen selber), wo und wann und wie sie diese Selbstverantwortung abgeben bzw. wo und wann und wie sie ihnen von wem abgenommen worden ist. Aus welcher – wodurch und wohin – »entrückten« Perspektive heraus aber soll man das wissen (können)?

Die Befassung mit dem Populären, mit dem, was die Menschen (miteinander) tun, zu popularisieren, bedeutet, die Menschen entweder damit zu langweilen, ihnen zu sagen, was sie ohnehin zu wissen meinen, oder ihnen damit auf die Nerven zu gehen, dass man meint, besser als sie selber zu wissen, was sie tun. Kurz: Soziologie verträgt wirklich nicht viel Popularisierung. Das muss sie aber auch nicht.

Soziologie für die Öffentlichkeit

Zwei Perspektiven auf die Initiative »DGS goes public«

Annette Treibel, Stefan Selke

Persönliche Standortbestimmungen

Die Autorin und der Autor dieses Beitrages verstehen sich als SoziologInnen, die in unterschiedlicher Weise öffentlich agieren.

Die Autorin, Jahrgang 1957, sieht ihre besondere Aufgabe darin, in einer Art und Weise zu schreiben, die für ein breiteres Publikum angemessen ist. Wenn sie schreibt, dann hat sie vor Augen, wie oder was sie selbst gerne lesen würde. Neben den FachkollegInnen sind es StudienanfängerInnen, Interessierte aus angrenzenden Disziplinen und Mitglieder einer bürgerlichen Öffentlichkeit, an die sie ihre Texte adressiert. Sie sieht sich häufig als Übersetzerin soziologie-interner Diskurse und als Vermittlerin zwischen der Soziologie und einer Umgebung, die sie als soziologie-unkundig, aber durchaus soziologie-interessiert wahrnimmt. Politisch in der Zeit Ende der 1970er und vor allem der 1980er Jahre sozialisiert, also eine Angehörige der so genannten Alternativbewegung, möchte sie gleichwohl weniger zu einer Verbesserung der Gesellschaft als zu einem breiteren Verständnis gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Wie stark die akademische (Selbst-)Sozialisation zunächst an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen (1976–1978) und dann an der Ruhr-Universität Bochum (1978–1996) inklusive der damit verbundenen Kontrasterfahrungen ihre Perspektive geprägt hat, kann sie selbst nur vermuten.

Der Autor, Jahrgang 1967, kam eher zufällig zu seiner öffentlichen Rolle. Als »Konvertit« promovierte er nach einem Studium der Luft- und Raumfahrttechnik im Fach Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Seine soziologischen Lehr- und Wanderjahre

verbrachte er teilweise in latent »soziologie-feindlichen« Umgebungen (darunter eine Hochschule für Polizei, eine technische Universität sowie eine technisch orientierte Hochschule für angewandte Wissenschaften). Unter diesen Bedingungen musste er Soziologie mit leicht subversiven Strategien in homöopathischen Dosen vermitteln. Erstaunlicherweise erwies sich auf diese Art verbreitetes soziologisches Wissen nach einer gewissen Inkubationszeit als nützlich und nachhaltig. Als prekär beschäftigter Akademiker selbst von neuerlicher Arbeitslosigkeit bedroht, beschloss er, ein Jahr lang bei einer Lebensmitteltafel zu hospitieren. Das Ergebnis seiner Beobachtungen fasste er in der Sozialreportage »Fast ganz unten« zusammen (Selke 2008) – zu der Annette Treibel das Vorwort »Soziologie zum Anfassen – eine eindringliche Studie ohne Aufdringlichkeit« schrieb. Sie wünscht darin einer »wachen Öffentlichkeit« eine spannende Reise in das Innere der eigenen Gesellschaft. Vielleicht gerade durch die bewusst gewählte Form des Buches sowie viele nachfolgende Vorträge, Podiumsdiskussionen und Medienkontakte entstand ein öffentlicher Diskurs, der für viele Leser eine befreiende Wirkung hatte. Denn die öffentliche Funktion dieses Engagements bestand vor allem im »Ende der Sprachlosigkeit« – wie es ein Kommentator ausdrückte. Bis heute besteht die öffentliche Rolle des Autors darin, das Schweigen zu kritischen gesellschaftlichen Themen zu brechen bzw. zu verhindern. Was eher zufällig begann, ist inzwischen Teil seiner täglichen Forschungsarbeit – zu der auch unkonventionelle öffentliche Aktionen und mediale Formate gehören. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind die Basis der hier vorgestellten Position einer Soziologie für die Öffentlichkeit.

Beide Teiltexte greifen explizit die begrüßenswerte DGS-Initiative »DGS goes public« (Lessenich, Neckel 2012) auf und möchten ihr in kritischer Sympathie zwei weitere Perspektiven an die Seite stellen und damit zur Debatte einladen. Bei aller Differenz im Zugang und in Details beziehen sich beide Texte zudem auf die Idee einer *Public Sociology* im Sinne Michael Burawoys (Burawoy 2005), ohne dabei die kulturspezifischen und regionalen Unterschiede zu übersehen.

Soziologie für die Öffentlichkeit – Resonanzräume fragmentierter Publika

Stefan Selke

Die Kernaussage meines Beitrages besteht darin, in einer Soziologie *für* die Öffentlichkeit den Nutzen der Wissensvermittlung und -produktion außerhalb des institutionalisierten Feldes der Soziologie¹ zu betonen. Dies schließt auch die von mir so genannten »soziologie-feindlichen« Umgebungen ein. Anders als Burawoy meine ich damit nicht bestimmte politische Lager, sondern die im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb rein quantitativ dominierenden naturwissenschaftlich-technischen Fachkulturen.²

Eine solche Soziologie lässt sich nicht allein an Prominenten festmachen. An dieser Stelle kann ich Annette Treibel nicht folgen, die die Funktion bekannter SoziologInnen in der generellen Akzeptanzbeschaffung und Nachfragesteigerung soziologischen Wissens sieht. Es reicht meines Erachtens gerade nicht aus, wenn Soziologie »öffentlich« wird, indem sich (wenige) SoziologInnen selbst in der Sozialfigur des Intellektuellen wiederfinden, nur um sich dann dem königlichen Spiel der gelehrten Zerstreung (Berger 2011: 17) hinzugeben. Wer innerhalb dieses Gesellschaftsspiels soziologisches Wissen an das gut situierte Bildungsbürgertum weitergibt, verliert sich möglicherweise in hypnotischer Redundanz – denn dort ist soziologisches Wissen (implizit oder explizit) sowieso schon vorhanden. Soziologie für die Öffentlichkeit hat also die Aufgabe aktiv nach *mehr* Öffentlichkeiten

1 Der Terminus »institutionalisiertes Feld der Soziologie« wird hier bevorzugt, weil er ein besseres Differenzkriterium darstellt als die Unterscheidung zwischen »akademischer« und »nicht-akademischer« Soziologie.

2 Hierbei bin ich stark durch meine eigene disziplinäre Sozialisation geprägt, die über weite Strecken außerhalb der Disziplin als *Selbstsozialisation* verlief. Prototypisch lässt sich meine Auffassung von »Soziologiefeindlichkeit« in der Aussage einer Physikerin verdeutlichen, die sich der Genderforschung verschrieb und dabei von der Prämisse ausgeht, dass »man das bisschen Soziologie auch gleich alleine erledigen kann« – wozu also braucht es dann eigentlich SoziologInnen? In dieser Einstellung schwingt deutlich mehr mit als nur Gleichgültigkeit oder Ignoranz, wie Annette Treibel das soziologie-feindliche Lager beschreibt.

zu fahnden, als nach denjenigen, zu denen sowieso schon eine milieuspezifische bzw. habituelle Affinität besteht. Wenn, wie Lessenich und Neckel (2012) schreiben, die Soziologie nicht öffentlich wahrgenommen wird, dann stellt sich zunächst einmal die Frage, *welche* Öffentlichkeit(en) die Soziologie (die selbst wieder aus heterogenen Teildisziplinen besteht) überhaupt bemerken und anerkennen soll. Seit der »Emergenz digitaler Öffentlichkeiten« (Münker 2009) muss zudem von einem folgenreichen Strukturwandel ausgegangen werden: In einer Wissens- und Informationsgesellschaft steigt die Anzahl der Beobachter des Systems Soziologie immer weiter an. Gleichzeitig existieren diese Öffentlichkeiten immer unverbundener nebeneinander und übereinander. Dieser Befund wird mit dem Begriff der »fragmentierten Publika« hier nur angedeutet. In der von digitalen Medien überformten Gegenwartsgesellschaft muss die institutionalisierte Soziologie lernen, ihre Wissensprodukte an multiple (unverbundene aber auch an vernetzte) Publika weiter zu reichen und mit ihnen gemeinsam Wissen zu produzieren.

Mit einer solchen Soziologie für viele Öffentlichkeiten, die aktiv auf diese Vielzahl von Publika zugeht, wird eine »Bringschuld« eingelöst. Damit ist eine komplett andere Grundhaltung benannt, als weiterhin auf einer »Holschuld« der Öffentlichkeit zu beharren. Es ist dann auch nicht mehr notwendig, beleidigt zu sein, wie es sich in der Formulierung ausdrückt, dass in der Soziologie »mit wirkungsloser Empörung gemischte Ratlosigkeit« (Lessenich, Neckel 2012: 317) vorherrsche.

Fünf Grenzverschiebungen strukturieren meinen Beitrag: Eine Soziologie *für* die Öffentlichkeit erweitert *komplementär* die institutionalisierte Soziologie im Bereich 1. der Genese gesellschaftlich relevanter Fragen, in 2. Relation zum Dogma der Neutralität von ForscherInnen, in 3. der Art der Wahrnehmung des medialen Umfeldes, in 4. der Produktion nützlicher Ausdrucksformen soziologischen Wissens sowie in 5. der Relation der eigenen Persönlichkeit und Haltung gegenüber der Art und Weise »Soziologie als Beruf« zu betreiben.

1. Genese gesellschaftlich relevanter Themen und Fragestellungen

Die wissenschaftlichen Gegenstände der Soziologie sollen idealerweise »Angelegenheiten von öffentlichem Interesse« (ebd.: 318) sein. Daher stellt sich zunächst die Frage nach der Relevanzsetzung von Themen und Fragestellungen der Soziologie. Eine Soziologie für die Öffentlichkeit findet The-

men dort, wo konkrete gesellschaftliche Probleme auftauchen, und nicht allein innerhalb institutionalisierter Fachdiskurse. Soziologie für die Öffentlichkeit akzeptiert, dass die Relevanzsetzung für Themen nicht (ausschließlich) innerhalb des Wissenschaftssystems entsteht.

Hier hilft ein Seitenblick³ zum Mechanismus des Agenda-Settings im Journalismus. Weischenberg behauptet: »Der Moment, aus dem journalistische Relevanz entsteht, hat seinen Ursprung außerhalb des Systems Journalismus« (2001: 42). Für die Soziologie bedeutet dies, dass sich die Themenfindung *nicht allein* über Fachtagungen und Drittmittel-Förderlinien erschöpfen darf, da dabei die Gefahr der Selbstreferentialität und eines abflachenden Innovationsgehalts besteht, wie es die Wissenschaftsforschung immer wieder belegt.⁴ Ohne den Empfang von Forschungsgeldern lässt es sich oftmals viel »elastischer« arbeiten – und forschen.⁵ In einem kennzahlengetriebenen und auf maximale Effizienz ausgerichteten Hochschulbetrieb lässt sich allerdings nur schwer auf »wertbare« Arbeitspuren verzichten. Wenn aber der allmächtige Lebenslauf (Burawoy 2005: 5) und domänenspezifische Fragestellungen die eigene Arbeit fremdbestimmt dominieren, werden kaum öffentlich verwertbare und selbstbestimmte Erkenntnisprozesse mit überraschenden Wendungen entstehen.

Soziologie für die Öffentlichkeit beschäftigt sich daher zwangsläufig auch mit anderen Themen, das heißt solchen, die für heterogene Öffentlichkeiten unterschiedlich relevant sind. Welche Themen das *prinzipiell* sein könnten, darauf hat schon Adorno in seiner Frankfurter Einführungsvorlesung hingewiesen. Die Frage nach der Relevanz beantwortete er wie folgt: »Wenn Sie mich fragen, was Soziologie eigentlich sein sollte, dann würde ich sagen, es muß die Einsicht in die Gesellschaft sein, *in das Wesentliche der Gesellschaft*, Einsicht in das, was ist, aber in einem solchen Sinn, daß diese Einsicht kritisch ist, indem sie das, was gesellschaftlich [...] ist, an dem

3 Dieser Beitrag enthält bewusst auch Querverweise aus nicht-soziologischen Quellen, um Homologien zwischen Öffentlicher Soziologie und anderen Öffentlichen Wissenschaften aufzuzeigen.

4 Vgl. hierzu: »Die Innovationspotentiale rein innerwissenschaftlicher Programme dürfen nicht als zu hoch veranschlagt werden. Denn an ihrer Formulierung beteiligen sich überwiegend Wissenschaftler, die ohnehin schon ihre Arbeit koordinieren; und über die Bewilligung der Forschungsanträge entscheiden wiederum bewährte Vertreter der Fachgebiete« (Krohn, Küppers 1989: 91).

5 Vgl. hierzu das Vorwort in der klassischen Studie »Etablierte und Außenseiter« (Elias, Scotson 1993: 60f.).

misst, was es selbst zu sein beansprucht, um in diesem Widerspruch zugleich die Potentiale, die *Möglichkeiten einer Veränderung der gesellschaftlichen Gesamtverfassung* aufzuspüren.« (Adorno 2003: 31; meine Hervorhebung) Übersetzt in die Gegenwartssprache bedeutet eine solche Relevanzsetzung, dass Soziologie für die Öffentlichkeit einen erkennbaren Unterschied macht und eine *Differenz* zwischen vorher und nachher herstellt, eben einen erkennbaren Anteil an gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Differenz muss auch für Nicht-SoziologInnen lebenspraktisch *spürbar* und nicht nur analytisch erklärbar sein. Daher favorisiere ich, anders als Annette Treibel, durchaus eine organische öffentliche Soziologie – ohne diese allerdings so zu nennen. Es macht meines Erachtens durchaus Sinn, an strategisch wichtigen Stellen die eigene Distanz aufzugeben und sich direkt und unmittelbar zu engagieren. Ob innerhalb von UN-Dekade-Projekten für Nachhaltige Entwicklung, bei NGOs oder Erwerbsloseninitiativen für ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder im Kontext von Aktionsbündnissen oder gar sozialen Bewegungen.⁶

Die Relevanz soziologischer Fragestellungen findet sich damit einerseits im großen »Labor Gesellschaft«. Andererseits sind die dort sichtbar werden großen Probleme der Gegenwart allesamt komplex und lassen sich kaum mit disziplinär abgrenzbarem Fachwissen lösen. Soziologie ist – man mag es bedauern – nicht die Antwort auf alle Fragen. Nur ein Beispiel: Eine »große Transformation« der Gesellschaft⁷ kann nicht allein mit der Soziologie als theoriegeleiteter empirischen Wissenschaft und der damit verbundenen »Expertise zur Analyse und Kritik gesellschaftlicher Phänomene« (Lessenich, Neckel 2012: 318) erreicht werden. Eine Soziologie für die Öffentlichkeit wird also trotz dieser Expertise vor allem eine *disziplinübergreifende Einstellung* benötigen, da fachlich isolierte Einzelperspektiven dort

6 Mit dem »Kritischen Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln« (www.aktionsbuenndnis20.de) greife ich diese Möglichkeit konkret auf. Die Idee, durch ein Bündnis, das viele Einzelakteure verbindet, Bewegung in den öffentlichen Diskurs um Armut zu bringen und damit letztlich das Thema Armutsbekämpfung sichtbar und dauerhaft auf die politische Agenda zu heben, ist eine direkte Folge meiner Analyse dieses Gegenstandsbereiches.

7 So der Titel einer umfassenden Studie, die zeigt, wer Abnehmer einer Soziologie für die Öffentlichkeit sein kann, in diesem Fall die Bundesregierung. An dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« (WBGU 2012) arbeitete trotz des soziologisch klingenden Titels kein/e SoziologIn – als solche/r erkennbar – federführend mit.

immer weniger nachgefragt werden, wo Zukunftsfragen nur inter- und transdisziplinär gelöst werden können – vielleicht einer der Gründe für die beklagte Ratlosigkeit? Eine Wissenschaft, die sich gedanklich immer nur in den eigenen disziplinären Grenzen aufhält, wird es sehr schwer haben, wirksam »öffentlich« zu werden.

2. Dogma der Neutralität im Forschungsumfeld

Soziologie für die Öffentlichkeit, die sich mit gesellschaftlich relevanten Themen befasst, muss zwangsläufig werten und einen normativen Einschlag haben und damit das Postulat der Werturteilsfreiheit endgültig ins Reich der »reinen Lehre« verbannen. Auf ein ähnlich gelagertes Problem weist der Ökonom Tomás Sedlacek in seinem aktuellen Buch »Die Ökonomie von Gut und Böse« hin: »Die Ökonomie ist, im Gegensatz zu dem, was in den Lehrbüchern steht, überwiegend ein normatives Gebiet. Sie beschreibt die Welt nicht nur, sondern sie befasst sich auch häufig damit, wie die Welt sein sollte. [...] Es ist paradox, dass ein Gebiet, das sich überwiegend mit Werten beschäftigt, wertfrei sein will.« (2012: 18f.) So wie Sedlacek für die Erneuerung der Ökonomie eintritt, stellt sich in der Praxis einer Soziologie für die Öffentlichkeit immer wieder die Frage nach der eigenen Haltung.

Zu oft wird eine Pseudo-Neutralität bzw. Distanz postuliert, die einfach nicht mit der Stellung des Soziologen als Mensch unter Menschen und als Person mit Antrieben, Motiven und Interessen in Übereinstimmung zu bringen ist. Kern einer Soziologie für die Öffentlichkeit ist daher der Drang, sich in Debatten einzumischen und darin auch erkennbar *Haltung* zu zeigen. Diese Soziologie verzichtet nicht nur auf die kaum einlösbare Neutralität, sondern auch auf jegliche polierte Optik, das heißt auf unnötige Fachbegriffe, die Wissenschaftlichkeit oder Objektivität *suggestieren*. Das Ziel dieses Denkens besteht im Widerstand gegen interessengeleitete Informationen. Um derart Soziologie für die Öffentlichkeit zu betreiben, muss man sich die eigenen normativen Ansichten (sowie die der anderen) geradezu zu Nutze machen. Es geht um *Transparenz*, nicht um *Vermeidung*.

3. Professionelle Wahrnehmung des eigenen medialen Umfeldes

Soziologie solle »nicht darauf warten, dass ihre Expertise von Medien oder politischen Institutionen abgefragt und angefordert wird« (Lessenich, Neckel 2012: 318). Gleichzeitig muss eine Soziologie für die Öffentlichkeit berücksichtigen, dass einer der Hauptabnehmer soziologischen Wissens gerade das Mediensystem ist. Aus dieser Nachfrage speist sich der Wissenshaushalt vieler weiterer Publika.

Dabei sind unterschiedliche, teils *inkommensurable* Produktionslogiken von Wissen zu beachten: Das System der institutionalisierten Soziologie funktioniert nach einer Eigenproduktionslogik entlang relativ träger und restriktiver Qualifikations- und Karrierewege. Diese Eigenproduktionslogik neigt zur Selbstbezüglichkeit, indem sie manche Themen und Deutungsfiguren erlaubt und fördert, andere jedoch ablehnt und verbannt. Gerade auch aus eigener Anschauung kann ich hier Annette Treibel nur beipflichten, die auf den problematischen Zusammenhang zwischen Status und Redefreiheit hinweist (vgl. Punkt 4 auf S. 416), gleichwohl ohne dieses Problem komplett aufzulösen. Wissensproduktion innerhalb des Wissenschaftssystems hat mit seinen Zyklen von Ideenfindung, Antragstellung, Genehmigung, Durchführung und Berichtswesen zudem einen komplett anderen Zeithorizont als das Mediensystem. Öffentliche Diskurse werden aber maßgeblich von den Medien und über Medien initiiert und forciert. Das Mediensystem selbst funktioniert allein nach einer aufmerksamkeitsökonomischen Logik, die aus komplexen öffentlichen Diskursen klar erkennbare Dramaturgien macht, die sich innerhalb sehr enger Zeitfenster abhandeln lassen (müssen).⁸

Medien brauchen ständig Futter. Und sie benötigen komplett anderes Material als das Wissenschaftssystem. Wie der dänische Zukunftsforscher Rolf Jensen (1999) in seinem paradigmatischen Buch »Dream Society« zeigt, werden in allen gesellschaftlichen Bereichen vermehrt Geschichten, das heißt, narrative Dramaturgien jenseits objektiver Faktenlagen abgefragt. Jensen spricht von einer Grenzverschiebung von der Information zur Imagination. Für diese Imagination (letztlich aller Abnehmer medialer Inhalte, das heißt der Öffentlichkeit) haben informierte soziologische Publikatio-

⁸ Wenn ein Medienvertreter anruft und nach Zwischenergebnissen aus einem Projekt fragt, so möchte er nicht hören, dass diese in den nächsten zwei Jahren aus dem gesammelten Datenmaterial »emergieren«.

nen keinen Eigenwert. Sie dienen lediglich (dem Dogma medialer Dramaturgien folgend) als Hintergrundfolie für den Bericht über eine Welt, die nicht nur aus Fakten, sondern aus Geschichten besteht.

Jede Dramaturgie benötigt zudem einprägsame Wiederholungen. Genau das, was in der Wissenschaft unter dem Stichwort Innovationsgehalt (das heißt gerade der Vermeidung von Wiederholungen) vermieden wird, prägt die Kultur des Mediensystems. Innerhalb dieser Dramaturgie werden SoziologInnen letztlich selbst Medienprodukte. Wer Soziologie für die Öffentlichkeit über die Medien anbieten will, muss akzeptieren, selbst – früher oder später – als mediale »Lebendbewerbung« unterwegs zu sein. Dies zieht Prozesse der *Personalisierung* einerseits und der *Instrumentalisierung* andererseits nach sich. Durch Personalisierung wird eine Reduktion der Komplexität⁹ sowie die leichte Zuordenbarkeit erzielt. Personalisierungstendenzen werden professionell durch Strategien des *Information Brandings* (Wikipedia, Webseiten, Google Analytics etc.) verstärkt. Korrumpierungseffekte stellen sich dort ein, wo Soziologie für die Öffentlichkeit die Kontrolle über die eigene Deutungshoheit verliert. Dies kann ungebübten MedienteilnehmerInnen allein schon dadurch passieren, dass sie auch tatsächlich exakt auf Fragen antworten, anstatt gehaltvolle Statements abzusetzen. Die Meinungsfreiheit innerhalb einer medialen Dramaturgie, in der personalisierte soziologische Akteure eine vorbestimmte Rolle einnehmen müssen, wenn sie daran partizipieren wollen, ist oft kleiner, als erwartet. Wer nicht damit umgehen kann, dass die Schlagzeile »die Mutter des kurzen O-Tons« (Crouch 2008: 65) war, braucht entweder eine hohe Frustrationstoleranz oder passende Gegenstrategien.

4. Nützliche Ausdrucksformen soziologischen Wissens

Soziologie für die Öffentlichkeit bedeutet auch, Soziologie in »soziologiefeindlichen« Umgebungen zu betreiben. Gerade dort, wo soziologische Einmischung nicht erwünscht ist, erweist sich Soziologie letztlich als besonders nützlich. Um aber in diesen Umgebungen überhaupt Abnehmer für die eigenen soziologischen Deutungsangebote zu finden, ist es unum-

⁹ Für das politische System wurde dieser Zusammenhang längst ausführlich unter dem Schlagwort »Mediokratie« (vgl. Meyer 2001) bzw. »Postdemokratie« (Crouch 2008) diskutiert.

gänglich, den Werkzeugkoffer mit neuen Wissensvermittlungsformaten zu erweitern. Es gilt daher zu lernen, in den verschiedenen Formaten zu denken, zu sprechen, zu schreiben und geregelt zu streiten. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, sich auf die Spielregeln des jeweiligen Feldes einzulassen und die Gültigkeit der Soziologie internen Spielregeln (die vor allem in Qualifikationskontexten dominant sind) nicht auf außersozioologische Felder zu übertragen.

Nützliche Wissensvermittlungsformate stellen fachinternes Wissen auch in außerwissenschaftlichen Bereichen zur Verfügung. Dies kann für Fachwissenschaftler durchaus auch »befreiend« wirken, wie Martin Warnke (1979: 99) in seinem klassischen Artikel »Wissenschaft als Knechtungsakt« für die Kunstgeschichte beschreibt, die wie kaum eine andere Disziplin Energie in die Produktion von »Populärliteratur«, konkret in Reiseführer, investiert. Warnkes Kritik lässt sich fast ohne Abstriche auf die Soziologie übertragen: »In ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis [...] ignoriert die Kunstgeschichte diesen wichtigen und sehr ernst zu nehmenden Sektor ihrer öffentlichen Wirksamkeit. Die Wissenschaft verharrt in der Funktion eines Apparats: Sie liefert die Ergebnisse und Daten, ohne auch den Prozess der Weiterverwendung zu kontrollieren.« In der Produktion »einfühlsamer Sprachfiguren« innerhalb der Populärliteratur sieht Warnke eine Chance für Fachwissenschaftler, diejenigen Persönlichkeitselemente auszuheben, die ansonsten in der Fachliteratur »asketisch zurückgedrängt oder gar tabuisiert« werden. In diesem Sinne sind populäre und öffentliche Ausdrucksformate *ehrlicher*. Gerade das Beispiel der Reiseführer verweist nochmals auf die Problematik der Neutralität. Während in der Fachliteratur die Fiktion aufrecht erhalten wird, man könne den Kunstwerken wertfrei und interesselos begegnen, zeugen die kunstgeschichtlich angehauchten Populärwerke davon, dass öffentliche Artefakte immer in einem wertebasierten Spannungsverhältnis stehen – und wenn es sich dabei »nur« um Schönheitsideale handelt. Gerade die populären Formate eignen sich also dafür, die institutionalisierten Rationalitätsmythen einer Epoche freizulegen, und entfalten damit mehr Aufklärungscharakter als manche Fachliteratur.

Mögliche Wissensvermittlungsformate und Ausdrucksformen soziologischen Wissens, die sich in diesem Sinne als nützlich und nachhaltig erweisen können, sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zum Beispiel wissenschaftliche Reportagen, die Erstellung von Informationsprodukten für außerwissenschaftliche Institutionen (Flyer, Webseiten, Blogs, Podcasts, Broschüren, Checklisten etc.) oder künstlerische Ausdrucksformen wie Theater-

stücke, Hörspiele, Filme, Fotos, Bilder. Das gerade unter Studierenden sehr beliebte Format Barcamp¹⁰ (eine sogenannte *user generated conference*) verdeutlicht, wie viel Spielraum es noch bei der praktischen Umsetzung einer Soziologie für die Öffentlichkeit gibt. Gerade in diesen und ähnlichen Vermittlungsformen liegt ein bislang kaum genutztes Potenzial der Vermittlung soziologischer Inhalte. Voraussetzung für eine produktive Nutzung dieser Formate ist jedoch zu vermeiden, Adressaten mit »Standesdünkel« anzusprechen, was immer wieder gerne durchschimmern lässt, dass hier gerade Wissen »herunter gebrochen« wird. Öffentlich wirksame Wissensvermittlungsformate sind kein minderwertiges Surrogat, sondern besitzen eine Eigenqualität und treten – im besten Fall – in Interferenz mit den institutionalisierten fachwissenschaftlichen Formaten. Der (sicher ironisch gemeinte) Aufdruck »Besserwesser« auf den anlässlich der DGS-Tagung in Frankfurt 2010 zu erwerbenden T-Shirts verdeutlicht, dass Überheblichkeit zum wahren Kern der Wahrnehmung von Soziologie gehört, wie Annette Treibel es näher ausführt (vgl. Punkt 2 auf S. 412). Um es auf eine Formel zu bringen: Statt *Vielwertigkeit* geht es in einer Soziologie für die Öffentlichkeit um *Vielartigkeit*.

5. Persönlichkeit und Authentizität

Soziologie für die Öffentlichkeit ist letztlich auch eine Frage der eigenen Persönlichkeit und Authentizität. Die Öffentlichkeit, die von dieser Soziologie angesprochen wird, honoriert mit feinem seismographischem Gespür die Begeisterungsfähigkeit von SoziologInnen für das eigene Thema – und dessen persönliches Engagement. Distanziertes Kalkül einer inszenierten öffentlichen Rolle allein reicht nicht aus, Begeisterung auf andere überspringen zu lassen. Sie dient vielleicht der Passung innerhalb der eigenen Karriere als feuilletontauglicher Intellektueller, nicht aber dem öffentlichen Nutzen der Soziologie.

Diese Anpassungsleistung wird schon im Studium gefördert. Der bereits erwähnte Adorno kritisierte schon 1968 eine Haltung unter den Stu-

10 Bei einem Barcamp organisieren sich die TeilnehmerInnen über ein Wiki. Dort werden auch die Themen vorgeschlagen. Barcamps finden inzwischen weltweit zu allen möglichen interdisziplinären Fragestellungen statt. Ein Barcamp löst die Trennung zwischen Vortragenden und Publikum mehr oder weniger komplett auf. Weitere Vorteile bestehen darin, dass Barcamps durch die Mischung aus Praktikern und Theoretikern *per se* transdisziplinär sind und die Vortagsinhalte zeitgleich im Netz dokumentiert werden.

dierenden, die er *streamlining* nannte (2003: 15). Nach Bologna kann dies mit *employability* übersetzt werden, der Prämisse einer Hochschulpolitik, die Umwege kaum noch zulässt, auch wenn diese die Ortskenntnisse erhöhen. »Wer nur Ökonom ist, wird nie ein guter Ökonom sein«, so Sedlacek (2012: 17) für sein Fach. Zum Umgang mit Komplexität und Kontingenz gibt es vielerlei Strategien. Eine davon ist die Schaffung einer disziplinären Zone der Intransparenz. Auch dies kritisiert Sedlacek mit Blick auf seine Heimatdisziplin, die Ökonomie: »Heute verstecken die Wissenschaftler sich gern hinter einer Wand aus Elfenbein [...] und schaffen sich so ein unverdientes Refugium vor Kritikern [...] und vor der Öffentlichkeit. Die Wissenschaft muss jedoch offen sein, sonst wird sie [...] eine elitäre Religion für die Eingeweihten, die ihre totalitaristischen Scheinwerfer auf die Öffentlichkeit richtet.« (Ebd.: 25) Nicht jede/r ist bereit, sich seine Öffentlichkeiten aktiv zu suchen. Hieraus folgt, dass nicht alle SoziologInnen sich in den Dienst einer Soziologie für die Öffentlichkeit stellen müssen. Nicht jede Möglichkeit verpflichtet zu ihrer Nutzung.

Fazit: Resonanzräume für fragmentierte Publika

Soziologie für die Öffentlichkeit ist durchdrungen vom persönlichen Bestreben, sich die je eigenen Öffentlichkeiten aktiv zu suchen und sich in diese (organisch) einzufügen. Und von diesen fragmentierten Öffentlichkeiten gibt es gegenwärtig mehr als genug: offline, online und crossmedial. Das aber bedeutet, dass sich Soziologie für die Öffentlichkeit in einer ganz anderen Weise interaktiv und wechselseitig mit den Ansprüchen, Vorwissen, Problemlagen und Fragestellungen ›ihrer‹ Publika beschäftigen muss – möglichst ›auf Augenhöhe‹. Soziologie für die Öffentlichkeit unterscheidet sich daher von institutionalisierter Soziologie im Wesentlichen dadurch, dass sie über weit mehr *Resonanzräume* verfügt. Dort findet soziologisches Wissen seinen Widerhall, wird nachgefragt und modifiziert in der Form aktualisierter Problemdefinitionen zurückgegeben. Aufgrund dieser Resonanz können im besten Fall konstruktive und innovative Reflexionsarenen entstehen. Darin besteht die größte Chance einer Soziologie für die Öffentlichkeit, die dann am erfolgreichsten ist, wenn sie nicht mehr explizit

als Soziologie wahrgenommen wird, sondern einfach nur als nützlich.¹¹ Dies kann gelingen, wenn die Eigenproduktionslogik der institutionalisierten Soziologie komplementär von innovativen Vermittlungsformen begleitet wird, die die Partizipation von gesellschaftlichen Akteuren zulassen und diese nicht allein als Kulisse oder Wissensrezipienten in die eigene Darstellungslogik einkalkulieren. Soziologie für die Öffentlichkeit hat vor allem einen partizipativen *Dienstleistungs*charakter und weniger einen kalkulierbaren *Selbstdarstellungs*charakter.

Das alles und noch viel mehr muss jedoch erst gelernt werden. Es wäre daher an der Zeit, ein Studienfach oder zumindest Modul »Soziologie für die Öffentlichkeit« einzuführen und darin die unterschiedlichen Logiken fragmentierter Publika zu reflektieren, anstatt sich von ihnen verunsichern zu lassen. Dieses Fach hätte dann eine ähnliche Querschnittsfunktion zu erfüllen wie die Methoden der empirischen Sozialforschung, die einerseits unabdingbar, andererseits aber indifferent gegenüber inhaltlichen Anwendungsfeldern sind.

Hilfreich könnte auch eine zum Beispiel wikibasierte Sammlung von Best-Practice-Beispielen sein, die zeigt, wo und wie Soziologie für die Öffentlichkeit funktioniert – und wo gerade nicht. Denn diese Art der Soziologie kann dort scheitern, wo neben der Eigenproduktionslogik der Wissenschaft und der aufmerksamkeitsökonomischen Logik der Medien eine dritte Logik ins Spiel kommt: die Logik des Entertainments. Anlässlich der Teilnahme an einem *Science Slam* wurde mir dies sehr drastisch vor Augen geführt: »Wissenschaft in 10 Minuten« lautete das Motto. Tatsächlich wurde die Hälfte der maximal erreichbaren Punktezahl in diesem Vortragswettbewerb vom Publikum für den Unterhaltungswert vergeben. Ernste soziologische Themen lassen sich jedoch nicht witzig vermitteln. Nicht jedes Publikum muss erreicht werden – nicht um jeden Preis.

¹¹ Hierin gleicht der aktuelle Diskurs in der Tat der Verwendungsforschung sozialwissenschaftlichen Wissens in den 1980er und 1990er Jahren.

Soziologie für die Öffentlichkeit – eine Ermunterung angesichts emotionaler, politischer und struktureller Barrieren

Annette Treibel

In meinem Beitrag geht es darum, die wechselseitigen Vorbehalte zwischen Soziologie und Öffentlichkeit unter die Lupe zu nehmen und nach ihren jeweiligen Funktionen zu fragen. Die vielfach befürwortete sogenannte organische öffentliche Soziologie sehe ich eher kritisch, die »alte« traditionelle Feuilleton-Soziologie eher freundlich. Stefan Selke beendet seinen Beitrag mit dem Statement »Nicht jedes Publikum muss erreicht werden – nicht um jeden Preis«. Meine Fortsetzung lautet: ... aber vielleicht wird die Soziologie öffentlichkeitswirksamer, wenn sie davon ausgeht, dass es durchaus interessierte Öffentlichkeiten gibt. Außerdem möchte ich einen bislang kaum offen thematisierten Aspekt in die Debatte einbringen, nämlich die Fragen der biografischen und statusbezogenen »Passung« eines Engagements in der und für die Öffentlichkeit. SoziologInnen haben nachvollziehbare Gründe für ihr Engagement und auch für ihre Distanz gegenüber der Öffentlichkeit. Hierüber erhoffe ich eine stärkere Reflexion und Auseinandersetzung und fachpolitisch letztendlich dann aber doch eine stärkere Öffnung gegenüber den heterogenen Publika.¹

1. »Soziologie-Feindlichkeit« – ein Topos mit Schiefelage

Burawoy zufolge ist den meisten SoziologInnen ein kritischer Gestus und der »übrigen Gesellschaft«, insbesondere den herrschenden Kreisen, ein

¹ Der Beitrag fasst meine Überlegungen zum Thema »Soziologie und Öffentlichkeit« der vergangenen Monate zusammen (vgl. Treibel 2012a und 2012b). Diese wurden im Rahmen des Kolloquiums »Soziologie in der Öffentlichkeit« des Sommersemesters 2012 an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe fortgesetzt, dessen Abschluss der Gastvortrag von Stefan Selke war (vgl. Selke 2012). Der Kollegin Marina Liakova, den MitstreiterInnen im Rahmen unserer Veranstaltung im Rahmen von »PH im Rathaus« im Februar 2012 sowie den TeilnehmerInnen des Kolloquiums sei für die lebhaften und inspirierenden Debatten gedankt.

antisoziologischer Gestus eigen (vgl. Burawoy 2005: 6f.). Insofern ist Burawoys Projekt einer *Public Sociology* eine Antwort auf Reagan, Thatcher und den Neoliberalismus (vgl. auch Bude 2005). Diese Figur der »Soziologie-Feindlichkeit« hat hohe Plausibilität und findet hohe Zustimmung. Aber für mich greift diese These bei genauerer Betrachtung zu kurz: Denn um eine Umwelt als »soziologie-feindlich« zu beschreiben, müsste zunächst einmal gewährleistet sein, dass jemand so wichtig ist, um als Feind gelten zu können.² Das Freund-Sein und eben auch das Feind-Sein markieren schon einen Grad an Beziehung, der über die bloße Zeitgenossenschaft des modernen und pragmatischen Nebeneinanderher-Lebens und sich Arrangierens hinausgeht. Von einer derart intensiven Beschäftigung mit der Soziologie, die zur Feindschaft reicht, kann man meines Erachtens nicht ausgehen – dafür ist das Nicht-Wissen über Soziologie zu stark verbreitet. Die vermeintliche »Soziologie-Feindlichkeit« ist eine Intellektuellen- und Reflexionsfeindlichkeit, die sich nicht spezifisch gegen die Soziologie richtet, sondern gegen den Habitus all derjenigen, die sich in irgendeiner Weise kritisch-akademisch zu gesellschaftlichen Entwicklungen äußern. Besser wäre, von einer Gleichgültigkeit oder Ignoranz gegenüber der Soziologie zu sprechen.

2. Zur Funktion und Dysfunktion des »Soziologenchinesisch«

Das Verhältnis zwischen Soziologie und Öffentlichkeit gilt als schwierig, wenn nicht sogar als »gestört«. Die Störungen sind wechselseitig und beruhen auf folgenden Urteilen, die die Soziologie gegenüber der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit gegenüber der Soziologie hegen: SoziologInnen gelten als abgehoben; eher links und damit politisch einseitig orientiert; in ihren Forschungsmethoden bisweilen aufdringlich; besserwisserisch und ihre Reden und Texte als unverständlich. Viele Nicht-SoziologInnen schreckt das »Fachchinesisch« der Soziologie ab. Umgekehrt gilt die Öffentlichkeit vielen SoziologInnen als reaktionär und populistisch; beratungsresistent; auf Einseitigkeit und klare Botschaften fixiert; effekt- und affektheischend. Man fürchtet, sich im Umgang mit einer breiteren Öffentlichkeit »die Finger schmutzig zu ma-

² Vgl. zu den Sozialfiguren *Fremder* im Verhältnis zu *Freund* bzw. *Feind* den anregenden Essay von Zygmunt Bauman (2000). Folgt man der Typologie Baumans, so wäre die Soziologie wohl am ehesten als »fremd« zu charakterisieren. Fremde sind laut Bauman diejenigen, die als irritierend und geheimnisvoll wahrgenommen werden (vgl. Bauman 2000: 79ff.).

chen« oder Erkenntnisse zu sehr vereinfachen zu müssen, da man sich auf keinen Fall den Vorwurf der »Unterkomplexität«³ zuziehen will.

Diese Anschuldigungen enthalten zahlreiche wahre Kerne, von denen ich hier einen herausgreifen will. Vielen SoziologInnen ist *Verständlichkeit* tatsächlich suspekt: »Selten lässt sich einer dazu herab, Fachwissen in allgemein verständlicher Weise dem »interessierten Laien« zur Kenntnis zu bringen. Wer es dennoch tut, bekommt ausnahmsweise den Communicator-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ansonsten erntet er womöglich üble Nachrede bei den Kollegen. Wer in *Psychologie heute* oder *GEO* veröffentlicht, wird das im Bewerbungsbogen schamhaft verschweigen« (Leggewie, Mühlleitner 2007: 208).

Die Irritation von Studierenden, wenn man im Bereich der Familiensoziologie erst einmal lang und breit die Tauglichkeit von unterschiedlichen Begriffen von »Familie« erörtert, zeigt beispielhaft die mangelnde Vertrautheit mit wissenschaftlichem Handwerkszeug. Gegenüber der Soziologie besteht die spezifische Schwierigkeit darin, dass eine Wissenschaft, die sich mit der Gesellschaft und ihren Mitgliedern, also uns allen beschäftigt, doch auch für alle verständlich sein soll – so der Einwand von Nicht-SoziologInnen.

Wer das »Soziologenchinesisch« und den substantivierten Stil anprangert, hat jedoch nicht im Blick, dass Soziologie primär eine *Wissenschaft* ist, die sich als solche darstellen will und muss. Insofern steht ihr ein Fachvokabular ebenso zu wie der Physik. Ich habe sehr gute Erfahrungen damit gemacht, diesen legitimen Anspruch der Soziologie auf ein fachspezifisches Vokabular in Erinnerung zu rufen. Der Vorwurf des »Soziologenchinesisch« läuft dann weitgehend ins Leere. Den Studierenden als unserer »ersten Öffentlichkeit« bzw. als *Botschaftern der Soziologie*, wie Burawoy (2005: 9) sie nennt, erleichtert dieser Hinweis ebenfalls den Zugang.

Das Postulat einer besseren (oder überhaupt anvisierten!) Verständlichkeit richtet sich primär an diejenigen Kontexte, in denen man nicht begutachtet wird. Sicherlich müssen ein Doktorand oder eine Habilitandin den akademischen Gepflogenheiten Rechnung tragen, da sie ansonsten bezichtigt werden könnten, die Spielregeln nicht ernst zu nehmen, und damit als unseriöse SpielerInnen gälten. Insofern gebe ich Burawoy recht, wenn er

3 Bislang ist es mir nicht gelungen, die Urheberschaft und die Soziogenese dieses in der mündlichen Kommunikation von SoziologInnen weit verbreiteten Wortes zu klären; über Hinweise freue ich mich.

beklagt, dass den Jüngeren im Fach ihre kritische Haltung aberzogen werde (vgl. Burawoy 2005: 14f.). Für mich geht es hierbei allerdings nicht nur um Kritik, sondern um wissenschaftliche Qualifikation, die ja erst noch unter Beweis gestellt werden muss. Ansonsten würden die Grenzen völlig verwischen, und man brauchte keine akademischen Prüfungen mehr. Wer jedoch unter Beweis gestellt hat, dass sie oder er es kann, könnte durchaus eine andere Schreib- und vor allem Redeweise praktizieren.

3. Ein Hoch auf die traditionelle öffentliche Soziologie

Wenn vielerorts die bürgerliche Öffentlichkeit als Adressatin weniger in Frage kommt, da sie als sowieso schon informiert betrachtet wird, wie Stefan Selke vermerkt, dann plädiere ich dafür, weiterhin und durchaus stärker in diese Richtung zu arbeiten. Wir tun zu wenig für das gebildete bürgerliche Publikum. Wir analysieren es vielleicht, aber wir sehen hier nicht die RezipientInnen und MultiplikatorInnen unserer Arbeit.⁴ Damit bleibt das Feld dort den »üblichen Verdächtigen«⁵ überlassen, die durchaus eine erhebliche Nachfrage bedienen. So stieß Heinz Bude, der sich auch über seine eigene Person hinaus programmatisch für eine *öffentliche Soziologie* ausspricht (vgl. Bude 2005), etwa mit seinem Buch »Die Ausgeschlossenen« (Bude 2008) auf großes Interesse. Aufschlussreich für mich ist an dieser Stelle weniger das Buch selbst als vielmehr die *Tonlage* der Würdigung von journalistischer Seite: »Das Rundumhafte dieses Schlages gewinnt seinen Charme durch die Liebe zum Detail. Man liest und wartet, ob die eigene soziale Gattung nicht auch noch in diesem Zoo der Prekären auftaucht. Als guter Soziologe weist Bude dabei pflichtgemäß auf den konstruierten und interessegeleiteten Charakter einschlägiger gesellschaftlicher Diskussionen hin« (Kreissl 2008).

4 Man sollte nicht zu gering schätzen, welche Bedeutung dieser Art von Medienpräsenz für die Entscheidungen von Ministerien oder Hochschulen zukommt, wenn es um die Frage geht, ob man die Soziologie braucht.

5 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit denke ich hier mit Blick auf den deutschen Kontext an die Kollegen Ulrich Beck, Heinz Bude, Jürgen Habermas, Dirk Kaesler und Armin Nassehi. Unter den Kolleginnen möchte ich Elisabeth Beck-Gernsheim nennen. Die Mit-Bloggerinnen beim DGS-Blog Sabine Hark (vgl. Hark 2011) und Helma Lutz (vgl. Lutz 2012) würde ich eher einer feministisch-kritischen als einer bürgerlichen Öffentlichkeit zurechnen.

Eine bürgerliche Öffentlichkeit mit großem Interesse an Soziologie sehe ich repräsentiert und angesprochen etwa durch die Feuilletons der ZEIT, der FAZ, der Süddeutschen Zeitung, der Welt und der taz sowie durch die Kulturformate in Rundfunk und Fernsehen. Hier wird gerade der soziologische Blick nachgefragt und gewürdigt. Selbstverständlich agieren die Medien interessengeleitet und neigen zur Instrumentalisierung, wie Stefan Selke ausführt. Aber bei aller anzuratenden Skepsis und Umsicht im Umgang mit den Medien sollten wir stets auch unterstellen, dass es ein *Interesse an der Soziologie* gibt. Die genannten üblichen Verdächtigen verdienen außer den üblichen Eitelkeitsbezeichnungen auch Respekt, denn ohne sie würde man außerhalb des Faches fast vergessen, dass es Leute gibt, die Soziologen oder Soziologinnen sind, und wofür man diese braucht.

Der anti-bürgerliche Affekt mag bei manchen zur Habitus-Ausstattung gehören, sachdienlich ist er nicht. Dementsprechend kann ich auch der Unterscheidung Burawoys zwischen den beiden Spielarten einer öffentlichen Soziologie, nämlich einer *traditionellen* und einer *organischen* öffentlichen Soziologie (vgl. Burawoy 2005: 7–10) und vor allem der Bewertung zugunsten der organischen Variante nicht zustimmen.⁶

Der DGS-Vorstand folgt dieser Linie, wenn er die vierte Grundidee seiner Initiative folgendermaßen erläutert: »Öffentliche Soziologie« erschöpft sich nicht darin, knappe Pressemitteilungen abzusetzen oder die Feuilletons der »Qualitätspresse« zu bestücken, sondern meint vor allen Dingen auch, in den lokalen, direkten Dialog mit einem interessierten, breiten Publikum zu treten.« (Lessenich, Neckel 2012: 318). Offensichtlich soll die von der DGS anvisierte eine *organische* öffentliche Soziologie werden. Sich »organisch« mit der oder einer (Teil-)Öffentlichkeit zu verbinden oder gar zu verbünden, ist sinnvoll, aber auch riskant. Man kann sich leicht in Teufels Küche wiederfinden, wenn man wie Armin Nassehi von den Sarrazin-Fans attackiert wird (vgl. Nassehi 2010). Das heißt, man kann sich tatsächlich durchaus die »Finger schmutzig machen«, wenn man sich unter das breite Publikum mischt. Insofern mag der Preis, den man bei mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zahlen muss, manchen zu hoch sein.

⁶ Immerhin spricht sich Burawoy für eine Verbindung, eine *double conversation* (Burawoy 2005: 7) zwischen diesen beiden Spielarten der öffentlichen Soziologie aus. – An dieser Stelle sei denjenigen, die sich für die weitere Diskussion zu *Public Sociology* in den USA interessieren, die ausführliche Darstellung und Kommentierung bei Fran Osrecki (2011) empfohlen.

4. Bislang kaum thematisiert: Die Relevanz von Biografie und Status für Nachfrage und Angebot

Stellen wir uns im erwähnten Beispiel vor, der Kollege wäre nicht wohlbestallter Professor der Generation 50+ an einer altehrwürdigen und zugleich auch in neuen Zeiten als exzellent geltenden Hochschule, der akademisch alles erreicht hat und im Grunde außer zu ordentlicher Arbeit in Forschung und Lehre zu nichts mehr verpflichtet ist, sondern ein junger Wissenschaftler in der Postdoc-Phase, der gerade um die Verlängerung seines Projektes für die Habilitation bangen muss. SoziologInnen in dieser Phase ihrer akademischen Laufbahn haben weder die zeitlichen noch strukturellen Ressourcen für öffentliche Auftritte. Für spektakuläre Aktionen muss außerdem ein großer Name oder zumindest ein ProfessorInnentitel her – sonst ist dies für die MedienvertreterInnen nicht interessant und damit keine Meldung wert. Die *Nachfrage* der Öffentlichkeit wäre bei einem jüngeren »No-Name« nicht gegeben, und er oder sie wäre schlecht beraten, überhaupt ein solches *Angebot* zu lancieren. Wer sich noch qualifizieren muss, lässt besser die Finger davon.

Ein paar Jahre später, etwas oder beträchtlich weiter oben in der akademischen Hierarchie, sieht es in heutigen Zeiten für viele immer noch nicht bzw. erneut nicht viel besser aus. Wer etwa für ein Exzellenz-Cluster rackern oder seine Drittmittel-Quote verbessern muss, hat oder sieht wenig Freiraum, sich auch noch um die Öffentlichkeit zu kümmern. Konkurrenzkämpfe, Intrigen, Qualitätssicherung und Leistungszulagen sind strukturelle Zwänge, die viele SoziologInnen zwangsläufig nur an die nächsten Abgabefristen und an die Zusammensetzung von Gutachtergremien denken lassen: »Was bringt mir das?« heißt es dann, oder: »Dafür habe ich keine Zeit.«

Der Blick auf die Notwendigkeiten von Biografie, Karriere und funktionaler Differenzierung hilft, die Debatte systematischer angehen zu können. Was folgt daraus? Soziologie für die Öffentlichkeit kann und soll nicht jede/r machen, aber deutlich ein paar mehr dürften es schon sein.

5. Dienstleistung und Selbstdarstellung

Soziologie für die Öffentlichkeit sollte primär als Dienstleistung und weniger als Selbstdarstellung begriffen werden, so Stefan Selke. Ich persönlich halte es für nebensächlich, welche Motive jemanden antreiben: solange es

die Präsenz der Soziologie verbessert, kann man auch mit Eitelkeit, Koketterie und egoistischen Kalkülen leben. Im Übrigen werden Außenstehende sich kein wirkliches Urteil erlauben können, wie lauter und authentisch jemand agiert. In den 1970er Jahren stand der Soziologe »im Verdacht übertriebener Empathie mit seinen Forschungsobjekten« (Streeck 2012: 132). Gegenwärtig hat eine neue Debatte darüber, ob Soziologie organischer Bestandteil oder Motor sozialer Bewegungen sein darf oder soll, im deutschsprachigen Raum noch gar nicht richtig angefangen.⁷ Kollegen wie Wolfgang Streeck (2012) appellieren an eine als kritische Theorie verstandene Soziologie, sich einen Platz im Ökonomie-Diskurs dringend zurückzuerobern, wo doch in diesen Zeiten der globalen Finanzkrise die Bedingungen geradezu günstig seien.

SoziologInnen sollten sich unabhängig vom Grad und der Richtung ihres politischen Engagements der Spannung von Engagement und Distanzierung bewusst sein, die man aufgrund des spezifischen Untersuchungsgegenstandes Gesellschaft tagaus tagein ausbalancieren muss (vgl. Elias 2003). In der Außenwahrnehmung wirkt man häufig wie ein Fremdkörper, weil man vielleicht tatsächlich etwas sieht, was andere nicht sehen – und die anderen spüren, dass man dieses »Unsichtbare« sieht.

Ähnlich spannungsreich wie das Verhältnis Soziologie – Politik ist das Verhältnis Soziologie – Beratung. Davor braucht man jedoch nicht zu resignieren, wie Heike Kahlert analysiert. Sie weist auf die Chancen eines Zusammenspiels von Soziologie und Beratung aufgrund der »spezifischen Reflexivität der Soziologie« hin: »Beratung ist »beobachtende Teilnahme«, die in der Regel tiefere und intensivere Einblicke in gesellschaftliche Praxisfelder ermöglicht als die herkömmliche empirische Sozialforschung, denn in Beratungsprozessen muss der Feldzugang ermöglicht und Kommunikation in Gang gebracht werden.« (Kahlert 2011: 138)

⁷ In seinem Artikel zur Problematik flacher Hierarchien in neuen demokratischen Aktionsbündnissen berichtet Nikolaus Piper über *Occupy Wall Street* in New York – für ihn ein »Lehrbeispiel«: »Alle sollten mitreden im besetzten Zuccotti-Park in Manhattan. »Wir sind alle Führer«, schrieb die New Yorker *Soziologin und Aktivistin* Heather Gautney in einem begeisterten Beitrag für die *Washington Post*. [...] Die Demonstranten wollten in ihrer eigenen Organisation die freie Gesellschaft vorleben, die sie schaffen wollen« (Piper 2012; meine Hervorhebung).

Fazit: Soziologie für viele Öffentlichkeiten

SoziologInnen können Kommunikation zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren in Gang bringen. In eigener Sache wird es ohne Selbstdarstellung nicht gehen: Wer keine Haltung einnimmt, als Person nicht sichtbar und mit seiner Position von anderen nicht zu unterscheiden ist, ist für die Medien uninteressant – nahezu so, als würde sie oder er nicht existieren. Stefan Selke bestätigend sei hier auf die Notwendigkeit einer persönlichen ›Passung‹ öffentlicher Auftritte hingewiesen. Man sollte auch Freude daran haben, in diese Form der durchaus riskanten Kommunikation einzutreten. Auftritte in der Öffentlichkeit sollte man sich nicht abringen müssen, aber man kann sie trainieren und seine Einstellung überprüfen, denn bei vielen hapert es an dem grundlegenden Einverständnis mit einem Rollenwechsel: »Die meisten Wissenschaftler sind miserable Schauspieler – und stolz darauf. Für sie zählt Inhalt, Inhalt, Inhalt, eine gefällige Darstellung gilt ihnen als Blendwerk und Selbstdarstellung als profane Ablenkung vom Eigentlichen« (Leggewie, Mühlleitner 2007: 209f.).

Eine bessere (Selbst-)Darstellung würde durchaus bereits innerhalb der Fachkommunikation Sinn machen. Auch FachkollegInnen schätzen einen flotten Vortrag – aber Vorsicht, für den Nachwuchs oder für Begutachtete in Drittmittelprojekten oder Sonderforschungsbereichen gilt dies wiederum eher nicht. Solange oder sobald man von dem Votum anderer abhängig ist, empfiehlt sich der Gebrauch einer substantivierten, im Zweifel eher schwer verständlichen Sprache. Niemals werde ich die nahezu verzweifelte Reaktion eines Kollegen vergessen, der in der Diskussion nach seinem Vortrag auf eine Frage kaum antworten konnte und hervorstieß: »Ich kann es nicht kompliziert ausdrücken!« Status und Renommee hätten ihm erlaubt, einfach oder gar salopp zu antworten, er konnte aber wohl nicht über seinen Schatten springen.

Mein *Aufruf* geht an die Älteren, die frei aufspielen könnten, sich aber vielleicht nicht trauen oder ihr Misstrauen gegenüber ›den Massenmedien‹, die sie als »Blödmaschinen« (Merz, Seeblen 2011) verstehen, vor sich hertragen. Statt weiterhin die ›Soziologiefeindlichkeit‹ der Medien zu beklagen, sollte man sich mit der eigenen Einstellung den Medien gegenüber auseinandersetzen. Man sollte ruhig unterstellen, dass es ein Interesse für Soziologie gibt und den Spielraum und die verschiedenen Bühnen nutzen. Neben dem unverminderten Appell in Richtung *bürgerliches Feuilleton* heißt das konkret: Vorträge aufnehmen lassen und im Falle des Gelingens auf *You*

Tube oder als Podcast hochladen, Talkshow-Einladungen in Maßen folgen und den Humor dabei nicht verlieren. Eine solche Arbeitsteilung nach Generationen und ein medienaffineres Selbstverständnis unserer Arbeit würde ein neues Publikum erschließen, an das wir zu selten denken, nämlich Schülerinnen, Schüler und Auszubildende. Für diese ist die virtuelle Öffentlichkeit real – und sie funktioniert primär visuell. Wenn die ganz Jungen niemals Personen, die offensichtlich SoziologInnen sind, zu *sehen* bekommen, werden sie »Soziologie als Beruf« kaum für eine reelle Option halten. Und umgekehrt: Wenn sie deutlich mehr Soziologinnen und Soziologen sehen und hören könnten, wären Jugendliche und nicht »erst« die Studierenden unsere erste und originäre Öffentlichkeit.

Literatur:

- Adorno, T. W. 2003 [1968]: Einleitung in die Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bauman, Z. 2000: Vom Nutzen der Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp [engl. Erstausgabe 1990: Thinking Sociologically].
- Berger, P. L. 2011: Einladung zur Soziologie. Eine humanistische Perspektive. Konstanz: UVK.
- Bude, H. 2005: Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. Ein Kommentar zu Michael Burawoy. *Soziale Welt*, 56. Jg., Heft 4, 375–380.
- Bude, H. 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Carl Hanser.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, 70. Jg., Heft 4, 4–28.
- Crouch, C. 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 2003 [1983]: Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I. Herausgegeben und übersetzt von M. Schröter, Gesammelte Schriften, Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N., Scotson J. L. 1993: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hark, S. 2011: Mit Rock im Ring. Das Tabu der Gleichheit. SozBlog vom 28. November 2011. soziologie.de/blog/?m=201111 (letzter Aufruf 3.8.2012).
- Jensen, R. 1999: *The Dream Society: How the Coming Shift from Information to Imagination Will Transform Your Business*. New York: McGrawHill.

- Kahlert, H. 2011: Entgrenzung zwischen Wissenschaft und Praxis? Kritische Reflexionen am Beispiel der soziologischen Beratung. In B. Hölscher, J. Suchanek (Hg.), *Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien*. Wiesbaden: VS, 123–140.
- Kreissl, R. 2008: Gesellschaftstheoretische Brillanz. Rezension zu Heinz Bude: »Die Ausgeschlossenen«. www.dradio.de/dkultur/sendungen/lesart/760921 (letzter Aufruf 3.8.2012).
- Krohn, W., Küppers, G. 1989: *Die Selbstorganisation der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Leggewie, C., Mühlleitner, E. 2007: *Die akademische Hintertreppe. Kleines Lexikon des wissenschaftlichen Kommunizierens*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Lessenich, S., Neckel, S. 2012: DGS goes public! *Soziologie*, 41. Jg., Heft 3, 317–319.
- Lutz, H. 2012: Aufsichtsrätinnen und Care-Arbeiterinnen – Widersprüche und Verwerfungen. *SozBlog* vom 12. März 2012. soziologie.de/blog/?p=410 (letzter Aufruf 3.8.2012).
- Merz, M., Seeßlen, G. 2011: *Blödmaschinen. Die Fabrikation der Stupidität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, T. 2001: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münker, S. 2009: *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, A. 2010: Integration: Mein Abend mit Sarrazin. Warum eine Münchner Diskussion im Desaster endete. Ein Erklärungsversuch. www.zeit.de/2010/41/Nassehi (letzter Aufruf 3.8.2012).
- Osrecki, F. 2011: *Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität*. Bielefeld: transcript.
- Piper, N. 2012: Wer führt? Alle! Warum der Traum von der totalen Partizipation scheitern muss – eine Verteidigung der Hierarchie in basisdemokratischen Zeiten. *Süddeutsche Zeitung*, 26. Mai 2012, V2/1.
- Sedlacek, T. 2012: *Die Ökonomie von Gut und Böse*. München: Hanser.
- Selke, S. 2008: *Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Selke, S. 2012: *Turbulente Zeiten für einen »öffentlichen« Soziologen – Erfahrungen zwischen Feldforschung, Medienauftritten und Science Slam*. Vortrag am 17. Juli 2012 an der Pädagogischen Hochschule im Rahmen des Soziologie-Kolloquiums. Veranstaltung der Abteilung Soziologie des Instituts für Sozialwissenschaften der PH Karlsruhe.
- Streeck, W. 2012: Der öffentliche Auftrag der Soziologie. *Leviathan*, 40. Jg., Heft 1, 129–147.

- Treibel, A. 2012a: Soziologie und Öffentlichkeit: eine Wissenschaft über den Wolken oder zum Anfassen – was wollen wir? SozBlog vom 27. Januar 2012. soziologie.de/blog/?m=201201 (letzter Aufruf 3.8.2012).
- Treibel, A. 2012b: Selbstaufklärung der Gesellschaft – Soziologie für die Öffentlichkeit. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung »PH im Rathaus: »Soziologie und Öffentlichkeit« am 2. Februar 2012, Rathaus der Stadt Karlsruhe.
- Warnke, M. 1979: Wissenschaft als Knechtungsakt. In ders., Künstler, Kunsthistoriker, Museen. Beiträge zu einer kritischen Kunstgeschichte. Luzern: C.J. Bucher.
- WBGU 2012: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen. Download unter: www.wbgu.de (letzter Aufruf 29.7.2012).
- Weischenberg, S. 2001: Nachrichten-Journalismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Karl Martin Boltes Version

»Kommunikatives Beschweigen« der Rolle führender NS-Soziologen nach 1945¹

Carsten Klingemann

Wie es im Beitrag von Reinhard Kreckel unter Berufung auf Karl Martin Bolte heißt, orientierte sich dessen Soziologie-Verständnis an jenem seines Lehrers Gerhard Mackenroth. Das beinhaltete auch, »sich als Diskussionspartner in außeruniversitären Kreisen und als Vortragender in außeruniversitärer Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen« (S. 271). Diese Selbstdarstellung wird von Reinhard Kreckel aufgegriffen und dahingehend konkretisiert, dass Bolte »auch regelmäßig als Dozent an der Akademie für Führungskräfte tätig« war (S. 272). Ihre vollständige Bezeichnung lautet »Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft« (Bad Harzburg), und zu ihrem Präsidium zählte auch Bolte. Da er bestrebt war, eine »praxisorientierte Sozialwissenschaft« (S. 271) zu betreiben, war er als jahrelang dort Vortragender sicherlich am richtigen Platz.

Nur war zu dieser Zeit der Leiter der Akademie Prof. Dr. Reinhard Höhn, den allerdings schon während des Dritten Reichs eine spezielle Praxisorientierung zur Gewinnung von Daten über die Gesellschaft im Nationalsozialismus auszeichnete. Der langjährige Assistent des Jenaer Soziologen Franz Wilhelm Jerusalem war nämlich Begründer der »Lebensgebietberichterstattung« (später: »Meldungen aus dem Reich«) des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und bis 1945 Direktor des Instituts für Staatsforschung (Berlin), das im Auftrag des Reichsführers SS Heinrich Himmler in seiner Eigenschaft als »Reichskommissar für die Festigung deutschen

¹ Kommentar zu Reinhard Kreckel, *Soziologie als Lebenswerk und Lebensführung*. Über Karl Martin Bolte. *Soziologie*, Heft 3, 2012, 269–282.

Volkstums« zum Beispiel die »Polonisierung« des »deutschen Ostens« untersuchte – übrigens mit demselben Ergebnis wie zuvor Max Weber.

Mit Höhn arbeitete zur gleichen Zeit der schon vor 1945 und sogar bereits vor 1933 mit internationaler Anerkennung empirische Sozialforschung betreibende und zu Recht als Prototyp des NS-Soziologen geltende Gunther Ipsen als Leiter der Projekte zur Automatisierungsforschung an der Dortmunder Sozialforschungsstelle zusammen, da sich auch die Akademie mit dem Thema »Automation« befasste (vgl. Klingemann 2009: 259–261). Höhn versuchte es zwar 1933 vergeblich, sich der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu bemächtigen, organisierte aber 1934 das »Jenaer Soziologentreffen«, dem in der Presse sehr große Aufmerksamkeit gezollt wurde. Zehn Jahre später, im Dezember 1944, organisierte er dann nochmals ein Soziologentreffen, diesmal im Auftrag des Leiters des SD/Inland, Otto Ohlendorf, das im Gästehaus des SD, also in der berühmten Wannsee-Villa, stattfand. Daran nahm zum Beispiel auch der Dekan der vom SD kontrollierten Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität und stellvertretender Präsident des reichsunmittelbaren Auslandswissenschaftlichen Instituts, der habilitierte Soziologe Karl Heinz Pfeffer teil, später der erste west-deutsche Professor für Soziologie der Entwicklungsländer (Universität Münster), dessen Assistent Lars Clausen in seiner späteren Eigenschaft als Präsident der DGS die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Sozial- und Ideengeschichte nachhaltig gefördert hat, wofür ich ihm sehr dankbar bin.

Nachdem Bolte in der unmittelbaren Nachkriegszeit bewusst wurde, »in welchem enormen Ausmaß meine Weltsicht durch Schule und Medien nationalsozialistisch manipuliert worden war«, erlitt er »einen physisch-psychischen Zusammenbruch« und fühlte sich »verführt und mißbraucht« (Kreckel 2012: 270). Es ist auszuschließen, dass er nicht wusste, mit wem er es bei Ipsen und Höhn zu tun hatte. Unverständlich ist, wie er mit diesen Verführern und Missbrauchern, die sich beide insbesondere dadurch auszeichnen, dass sie maßgeblich die Soziologie dem NS-Regime dienstbar machten, vertrauensvoll zusammenarbeiten konnte. Unerträglich ist es, dass er noch Jahrzehnte später diese, seinen eigenen professionspolitischen Ansprüchen widersprechende Zusammenarbeit mit der Rede von seiner Tätigkeit »als Vortragender in außeruniversitärer Erwachsenenbildung« (ebd.: 271) camouflierte und damit seine Leserschaft täuschte.

Das Ansehen der Soziologie leidet, wenn diese Vernebelungsstrategie der ersten Nachkriegsgeneration zur Tarnung ihrer Bereitschaft zum »kom-

munikativen Beschweigen« (H. Lübbe) der braunen Vergangenheit ihrer Lehrer, Doktor- und Habilitationsväter sowie Institutsdirektoren und Stellenbeschaffer von der zweiten (und weiteren) weiterhin kolportiert wird.

Literatur

Klingemann, C. 2009: Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden: VS.

»Als Soziologen tragen wir nicht das Risiko des Handelns, aber wir tragen das Risiko der Diagnose.«

Franz-Xaver Kaufmann im Gespräch mit Georg Vobruba

Georg Vobruba: Herr Kaufmann, wie sind Sie zur Sozialpolitik gekommen? Das war ja damals nicht selbstverständlich.

Franz-Xaver Kaufmann: Das war auch Zufall. Ich hab nach meiner Promotion in St. Gallen zunächst drei Jahre in der chemischen Industrie in Basel gearbeitet, im Personalwesen. Ich hätte mich auch in St. Gallen habilitieren können, aber da war bereits mein viel älterer Bruder als Rektor, und ich wollte aus seinem Schatten heraus. Während der Jahre in Basel besuchte ich das Oberseminar von Heinrich Popitz. Auf der Suche nach einem akademischen Einstieg habe ich mich dann unter anderem an Helmut Schelsky gewandt. Er empfing mich sehr freundlich bei sich zu Hause und sagte mir nach kurzem Gespräch: »Ich habe da ein Projekt, das nicht so läuft, wie ich mir das vorstelle. Wenn Sie das erfolgreich abschließen, können Sie nachher bei mir machen was Sie wollen.«

Das Projekt hieß *Motivationen und Reaktionen der Bevölkerung gegenüber sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen*.

G.V.: Dieses Projekt könnte man heute auch machen.

F.X.K.: Natürlich. Damals fing die Sozialpolitikforschung damit an, dass Gerhard Mackenroth 1953 die Studie über *Die Verflechtung der Sozialleistungen* machte und sodann den Anstoß zu einem sozialpolitischen Schwerpunktprogramm der DFG gab, in dem auch Schelskys Projekt gefördert wurde.

G.V.: ... weil Sie jetzt doch weiter zurück in die Geschichte gegangen sind: Die Sozialpolitik hat ja als sozialwissenschaftliches Thema, wenn man in größeren Zeithorizonten schaut, eine merkwürdige Karriere hinter sich. Es

gab seit den 1880/90er Jahren eine prominente Sozialpolitikdiskussion, bis hin zu Heimann, bis in die 1930er Jahre. Man hat nun doch den Eindruck, dass in den 1950/60er Jahren durch Gerhard Mackenroth und Hans Achinger bis hin zu Ihnen die Sozialpolitikforschung wieder neu erfunden wurde.

F.X.K.: Das ist nicht ganz falsch. Die älteren Autoren, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt haben, waren sogenannte Staatswissenschaftler, Ökonomen, ganz wenige Juristen, die sich im *Verein für Sozialpolitik* zusammen gefunden hatten. In der Weimarer Zeit hatte sich die Sozialpolitik als akademisches Fach etabliert. Es gab eine *Zeitschrift für Sozialpolitik* und vieles andere. Die Diskussion war in den 1920er Jahren sehr lebhaft. Das ist nach dem Zweiten Weltkrieg völlig abgebrochen, teilweise weil die Wissenschaftler und auch Praktiker ausgewandert sind, sehr viele waren jüdischer oder halb-jüdischer Herkunft. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam dann die amerikanische Ökonomie und die empirische Sozialforschung, heute würde man sagen die empiristische Sozialforschung. Das amerikanische Modell, beinhaltete die völlige Trennung von Soziologie und Ökonomie, ganz im Gegensatz zur deutschen Tradition. Und nur deshalb konnte in der 1968er Bewegung die politische Ökonomie solche Aha-Effekte erzielen, weil sie die Dinge wieder zusammenbrachte.

G.V.: Als ich auf diese ältere Literatur stieß, war ich vollkommen platt, welches Niveau in den 1920er Jahren schon einmal erreicht war, und das konnte man in den 1950er Jahren nur mühsam finden.

F.X.K.: In den 1950er Jahren gab es meistens Praktiker, die für sich allein Lehrbücher schrieben. Eine Ausnahme war Ludwig Preller, der das Buch »Sozialpolitik. Theoretische Ortung« und einige andere bedeutende Arbeiten geschrieben hat. Leider sind große Teile seiner Habilitationsschrift aus den 1930er Jahren im Krieg verloren gegangen, er hat dann nur eine vorläufige Fassung publiziert. Außerdem war Gerhard Weisser ein bedeutender Vertreter in der damaligen Zeit, der einen großen Einfluss auf die SPD gehabt hat. Auch Wilfried Schreiber, der auch der »Vater der dynamischen Renten« genannt wird, fällt mir ein, aber das ist auch das einzige, was von ihm erwähnenswert ist.

G.V.: Da gab es auch bei den Ökonomen einige, Bernhard Külp fällt mir ein. Das waren aber Ökonomen, die für Sozialpolitik ein Gefühl hatten.

F.X.K.: Damals war die Sozialpolitik mit einer ganzen Reihe von Lehrstühlen in den Wirtschaftswissenschaften beheimatet. Seit den 1980er Jahren

sind zahlreiche auslaufende Professuren nicht neu besetzt worden. Die Ökonomie hat sich aus der Sozialpolitik fast völlig zurückgezogen.

G.V.: So wie der ganze *Verein für Sozialpolitik* ein Witz ist.

F.X.K.: Heute ja.

G.V.: Sie haben sich ja auch umbenannt in *Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Das hat sich zwar nicht durchgesetzt, als Marke, aber inhaltlich sehr wohl.

F.X.K.: Genau. Das Ende der deutschen Tradition der Sozialwissenschaften zeigte sich auch daran, dass das große »Handwörterbuch der Sozialwissenschaften«, das nach dem Krieg in den 1950ern nochmals aufgelegt wurde, in den 1970er Jahren ein Nachfolgewerk erhielt, das ausschließlich von Ökonomen herausgegeben wurde. Es wurde auch »Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften« genannt, und ursprünglich wollte die Mehrheit der Herausgeber keine soziologischen Fachartikel in dem Werk haben. Dass es anders kam, ist allein dem Umstand zu verdanken, dass der Hauptherausgeber Willi Albers, der mich vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen her gut kannte, mich fragte, ob ich einen Beitrag über die Wirtschaftssoziologie schreiben könnte. Ich habe zugesagt, weil ich es fachpolitisch für wichtig hielt, aber es war eine große Herausforderung für mich. Ich konnte Albers dann noch überreden, einen zweiten Beitrag für Betriebssoziologie einzuplanen, den hat dann Heinz Hartmann übernommen. Aber das war es dann auch schon.

Ich wurde 1968 an die in Gründung begriffene Universität Bielefeld auf eine Professur für Sozialpolitik berufen, für die ich die Venia »und Soziologie« hinzu verhandelte. Ich bin ja von Haus aus Ökonom und habe mir damals bewusst gesagt, dass in der geschilderten Situation die Soziologie dieses Feld besetzen sollte. Dieses Ziel habe ich dann – zusammen mit Christian von Ferber – durch die Gründung der Sektion Sozialpolitik in der DGS weiter verfolgt.

G.V.: Rückblickend betrachtet ging das ja alles gut aus. Aber bis Sie Ihren Ruf hatten, musste man ja das Risiko sehen, dass Sie sich disziplinar zwischen alle Stühle setzen. Die Ökonomen verzeihen Ihnen die Sozialpolitik nicht und die Soziologen wissen mit der Sozialpolitik nichts anzufangen. So war das damals.

F.X.K.: Richtig. Und wie gesagt, ich war kein in der Wolle gefärbter Soziologe. Ich hab immerhin ein Jahr in Paris Soziologie studiert, unter anderem bei Raymond Aron und Georges Gurvitch. Von Georges Gurvitch habe ich das multidimensionale Denken gelernt, was dann mit Luhmann eine ganz große Neuigkeit in Deutschland wurde. Für mich war vieles damals nicht so neu.

G.V.: Ich habe die erste Frage eigentlich nicht präzise genug formuliert. Geht es um Sozialpolitik oder geht es um Soziale Sicherheit?

F.X.K.: Natürlich Sozialpolitik. Ich habe zwar meine Habilitationsschrift über »Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem« geschrieben. Die ist aus dem genannten Projekt hervorgegangen. Die damals ursprüngliche Schelskysche Frage lautete: Inwieweit tragen die Maßnahmen der sozialen Sicherung zur sozialen Sicherheit der Bevölkerung bei? Mein Kollege, der die erste Phase des Projektes bearbeitet hatte, wollte »Sicherheit« als eine Einstellung und Disposition operationalisieren. Bei diesem Ansatz kam nichts Überzeugendes heraus. Bis ich dann plötzlich den Aha-Effekt hatte: Sicherheit ist gar keine subjektive Einstellung, Sicherheit ist in erster Linie eine gesellschaftliche Wertidee wie Freiheit, wie Gerechtigkeit. Aus diesem Aha-Effekt ist meine Habilitationsschrift entstanden, die jetzt als Faksimile wieder aufgelegt wird. Sie scheint als Standardwerk zu gelten, denn eben habe ich zwei Einladungen zu größeren Konferenzen einer plötzlich aktuell gewordenen, interdisziplinären »Sicherheitsforschung« erhalten.

G.V.: In ihrem Buch gibt es einen Satz, den ich gern zitiere, wobei ich nicht ganz sicher bin, ob ich richtig verstehe, was Sie meinen: dass es sich bei Sicherheit um »die Vernichtung der Zukunft« handelt. Was bedeutet das?

F.X.K.: Der Satz lautet etwas anders: Sicherheit hat mit der Vernichtung der *Zeitlichkeit* der Zukunft zu tun, also mit ihrer Unabsehbarkeit. Zukunft wird ja bis ins 18. Jahrhundert hinein räumlich gedacht: Das auf uns Zukommende! Die Zeit als eine eigene Dimension der kulturellen Selbstverständigung unter Menschen, entsteht erst etwa im Zuge der Aufklärung. Der Historismus war die erste geistige Bewegung, die die Zeitlichkeit der Zeit, über die immerhin schon Augustinus nachgedacht hatte, ernstgenommen hat. Das Entscheidende war die Französische Revolution und ihr Scheitern. Da wurde Zeit zum ersten Mal als etwas Wandelbares, als etwas

den Wandel Prägendes empfunden. Sozialer und politischer Wandel wurden erst damals denkbar. Die Kulturen davor lebten sozusagen in einer fortwährenden Gegenwart.

G.V.: Im Präsens und mit einer Fixgröße von Vorherbestimmtheit.

F.X.K.: Wobei, das ist das Interessante am jüdisch-christlichen Weltbild, dass es dort kein zyklisches Weltmodell gibt wie in fast allen anderen Kulturen, sondern ein lineares, von einem schöpferischen Anfang auf ein eschatologisches Ende hin. Dass aber zwischen Anfang und Ende unendlich viel passiert, dass da wesentliche Zäsuren stattfinden, die dann eben das bilden, was wir heute Geschichte nennen, das wurde denkbar erst, nachdem der Mensch anstelle Gottes ins Zentrum des Weltverständnisses gerückt war.

G.V.: Das ist eine neue Idee. Womit wir ungeplant bei einer spannenden Feststellung angelangt sind, die vor allem die jüngeren Kollegen interessieren dürfte: Wie nahe die Sozialpolitik an der Wissenssoziologie liegt.

F.X.K.: So habe ich das aufgefasst. Das Wesentliche an der Sozialpolitik waren für mich nicht die konkreten Maßnahmen und Details, sondern zweierlei: Einerseits die Legitimationen und andererseits die Wirkungen von Sozialpolitik.

G.V.: Legitimationen meint also die Art und Weise, wie Sozialpolitik an Weltbilder anknüpft.

F.X.K.: Ich würde das noch konkreter fassen. Sicherheit ist eine relativ abstrakte, *unter anderem* auf Sozialpolitik weisende Idee, Gerechtigkeit genauso. Es gibt aber auch Legitimationen, die objektnäher sind. Ich habe festgestellt, dass sich Sozialpolitik in den von mir untersuchten Ländern an unterschiedlichen Grundproblemen abarbeitet. Das ist in England die Armutsfrage. In Deutschland die Arbeiterfrage. In Frankreich die Familienfrage. In Schweden die Gleichheitsfrage. Das lässt sich durch Quellenstudien sehr deutlich machen. Dementsprechend haben sich auch die Prioritäten der Sozialpolitik unterschiedlich entwickelt. In Frankreich ist zum Beispiel die Familienausgleichskasse tragende Säule des gesamten Systems, wie es in Deutschland die Krankenkassen sind.

G.V.: Ich hab in meiner Einführungsvorlesung in die Sozialpolitik ein ganz einfaches Schema. Ich male den Studenten einen Kreis an die Tafel, in dem Sozialpolitik steht, ein Pfeil zeigt auf den Kreis und ein Pfeil geht davon

weg. Entweder kommt Sozialpolitik als abhängige Variable oder als unabhängige Variable vor. Das mag etwas holzschnittartig sein, aber das ist besser, als wenn man ein Chaos mit einer Vielfalt an Themen im Kopf hat. Und im Moment mache ich es mir bei dem, was Sie sagen, gerade so verständlich. Diese Schwerpunktsetzung auf nationale Sicherheitskulturen bedeutet, Sozialpolitik als abhängige Variable zu nehmen. Sozialpolitik als unabhängige Variable zu nehmen, heißt zu untersuchen, welche Art von Sicherheit sie stiftet, welche Folgeprobleme sie macht etc.

F.X.K.: Ja, Wirkungen und Nebenwirkungen.

G.V.: Wobei es doch nur bedingt stimmt, wenn Sie sagen, Sie haben sich für Details weniger interessiert. Das Projekt *Bürgernabe Sozialpolitik* geht doch sehr ins Detail.

F.X.K.: Das ist richtig. In den empirischen Untersuchungen habe ich das schon gemacht. Wenn man Empirie betreibt, muss man sich mit den Gegenständen auseinandersetzen. Und Gegenstände haben nun mal viele Details. Aber von meinem Interesse her waren eher die übergreifenden Gesichtspunkte spannend. Nicht zuletzt deshalb, weil sie in den aktuellen Diskussionen immer unter den Tisch fallen.

G.V.: Das möchte ich unbedingt unterstreichen. Die Sozialpolitikforschung hat sich seit der Gründung der Sektion unglaublich professionalisiert. Es gibt eine Fülle von Detailuntersuchungen, aber es gibt nichts vom Typ »Theorie Sozialer Sicherheit« oder »Theorie von Sozialpolitik«. So wie Ihre Habilitationsschrift.

Man muss natürlich bedenken, dass in Anbetracht der hohen Professionalisierung Allgemeindarstellungen schwieriger geworden sind. Wahrscheinlich ist es für einen 35-jährigen einfach nicht mehr machbar.

F.X.K.: Das würde ich auch vermuten. Es gibt durchaus einige jüngere Leute, die gute Sachen geschrieben haben. Um die theoretische Zusammenschau der verschiedenen Dimensionen habe ich sehr lange gekämpft. Was in dem eben erschienenen Buch »European Foundations of the Welfare State« dargestellt wird, hätte ich vor 20 Jahren auch noch nicht so schreiben können. Das ging erst, nachdem ich im Wissenschaftskolleg zu Berlin die Muße bekam, mich ganz gründlich sowohl mit der Ideen- und Begriffsgeschichte als auch mit ausländischen sozialpolitischen Systemen international vergleichend auseinander zu setzen. Das hat mir erst die innere Si-

cherheit gegeben, es im größeren Zusammenhang zu versuchen. Es ist doch gut, wenn die Alten noch was zu tun haben.

G.V.: Und es ist doch besonders gut, wenn Sie es tun. Im Prinzip braucht es Dreierlei, um gute Soziologie der Sozialpolitik zu machen: erstens man muss Analyse betreiben, man braucht zweitens Engagement und drittens die Fähigkeit beides auseinander zu halten.

F.X.K.: Das ist sehr gut gesagt.

G.V.: Wobei ich eine gewisse Tendenz habe, auf Nummer drei den größten Wert zu legen.

F.X.K.: Nummer drei setzt aber auch erstens und zweitens voraus. Ich hab mich nie parteipolitisch engagiert. Ich habe mich thematisch engagiert zum Beispiel für die Familienpolitik. Parteien haben mich nie interessiert, ich hab mich wenig auf Diskussionen in der Öffentlichkeit eingelassen

G.V.: Obwohl es immer einen vorwissenschaftlichen Antrieb zum Thema Sozialpolitik braucht, so zufällig ist das dann auch wieder nicht.

F.X.K.: Der hängt sicher mit meinen Überzeugungen und auch mit meiner Herkunft zusammen. Meine Familie steht dem Sozialkatholizismus sicher nicht fern. Der erste Soziologe, dem ich begegnet bin, war der ähnlich gesinnte Götz Briefs, in den zwanziger Jahren ein wichtiger Diskutant um die Sozialpolitik. Der war nach seiner Emigration in Georgetown gelandet. Briefs kam für eine Gastvorlesung nach Zürich und logierte bei uns, vermittelt durch meinen Bruder, der in Georgetown als Jurist dozierte hatte. Ich war damals noch Pennäler und habe Briefs Vorlesung an der Universität gehört. Danach habe ich auf ihn gewartet und ihm gesagt, dass ich gern etwas mehr über Soziologie erfahren möchte. Da hat er mit mir einen langen Spaziergang gemacht und mir gesagt, die Soziologie werde die Wissenschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden, das war etwa 1949/50. Das war also das erste Mal, dass ich das Wort Soziologie ernsthaft gehört habe.

G.V.: Wie halten Sie eigentlich Ihr Engagement im Zaum?

F.X.K.: Das fällt mit normalerweise gar nicht schwer. Aber ich muss sagen, ich bin in den letzten Jahren in die kirchenpolitische Diskussion hineinge-

kommen. Das geschah aus Zorn. Da habe ich mich so erzürnt über die Ergebenheitsadresse des Kardinals Sodano, der dem Papst sagte, er solle all diese hämischen Bemerkungen wegen des Kindesmissbrauchs nicht so ernst nehmen. Im Zorn habe ich dazu einen Artikel verfasst, der in der FAZ unter dem Titel »Moralische Lethargie in der Kirche« veröffentlicht wurde und einigen Staub aufwirbelte. Seither komme ich von den kirchenpolitischen Dingen nicht mehr los. Einen solchen Zorn habe ich in der Sozialpolitik nie gehabt. Ich war in das Thema durch das erwähnte Forschungsprojekt hineingerutscht, und kriegte dann den einschlägigen Lehrstuhl in Bielefeld. Außerdem habe ich als Schweizer strukturelle Distanz zur praktischen Politik in Deutschland. Ich kann ja hier nicht wählen.

G.V.: Ich auch nicht und bin ganz froh.

F.X.K.: 1968 galt ich als links, weil ich die alten Strukturen der Universitäten für fragwürdig hielt, aber ich war gar nicht so links, wie ich gehalten wurde. Aus meinem schweizerischen Demokratieverständnis war ich für die Mitbestimmung der Studenten. Aber auch für das Einhalten von Regeln. Der Doppelstrategie der APO habe ich mich auch noch als Dekan entschieden verweigert. Aber das ist ein anderes Thema.

G.V.: Also gab es in der Sozialpolitik wenig, was man im Zaum halten musste?

F.X.K.: Ich wurde als Soziologe von Raymond Aron in Paris geprägt. Und Aron war ja Weberianer.

G.V.: Und der große Gegenspieler von Sartre.

F.X.K.: Da habe ich diese Norm der Wertfreiheit sehr internalisiert. Als Soziologen tragen wir nicht das Risiko des Handelns, aber wir tragen das Risiko der Diagnose. Ein Arzt muss auch Distanz zu seinen Patienten haben. Dem Patienten nützt es nichts, wenn der Arzt ihn bemitleidet.

G.V.: Es gibt ja kaum etwas, das mich bei Ihnen so verblüfft hat wie der Katalog der Ausstellung von Joseph Beuys im Gropius-Bau, darin: »Das Religiöse bei Beuys«. Ein Beitrag von Ihnen. Wie kam es dazu?

F.X.K.: Eines Tages kam der mir befreundete Direktor der Kunsthalle Bielefeld, Ulrich Weisner, zu mir und erzählte, er wolle eine Ausstellung zum

Thema »Das Religiöse bei Beuys« machen. Ob ich da nicht etwas Religionssoziologisches zum Katalog beitragen könne. Ich habe zugesagt.

Etwas später kam Heiner Bastian, eine große Nummer im Beuys-Netzwerk, zur Besprechung der Ausstellung nach Bielefeld, und ich wurde gemeinsam mit ihm zum Essen eingeladen. Wir haben uns gut unterhalten, und kurz darauf teilte Bastian mit, dass er diese große Ausstellung im Gropius-Bau machen könne und deshalb seine Kooperationsbereitschaft gegenüber der Kunsthalle Bielefeld zurückziehe. Aus der wurde dann nichts, und stattdessen lud mich Bastian ein, zu dem Berliner Katalog beizutragen.

G.V.: Das ist ein wunderbarer Katalog.

F.X.K.: Das war auch eine wundervolle Ausstellung.

G.V.: Das war die Zeit, als ich am WZB war. Ich habe mir damals im Gropiusbau fast alles angesehen. Ich muss ja sagen, dass ich gegenüber dem Religiösen bei Beuys einigermaßen ambivalent bin, weil mir die religiöse Pose, die Beuys einnimmt, ein wenig auf die Nerven geht. Er ist bei einer Aktion verprügelt worden, und da gibt es dieses berühmte Foto, wo ihm das Blut runterrinnt, das auch Teil der Ausstellung war. So sehr es mir leid tut, wenn jemand verletzt wird, so fand ich da das Hochhalten eines Kruzifixes grenzwertig.

F.X.K.: Ja, ich würde sagen, dass sich Beuys viel stärker mit dem Religiösen beschäftigt hat, als sein Werk auf den ersten Blick zeigt. Mein Aufsatz ist kaum rezipiert worden bei den Beuysianern. Ich habe geschrieben, Beuys sei den Traditionen christlichen Ketzertums, der freien Gottes- und Wahrheitssuche zuzuordnen. Seine Idee des »Christusimpulses« ist großartig: Dass von Christus ein bis heute wirksamer kultureller Impuls ausgehe, der immer wieder neu interpretiert werde. Dass die ganze abendländische Kultur von Jesus Christus und seinen Ideen geprägt sei, kommt besonders deutlich in einem eher kitschigen Herz Jesu Bild zum Ausdruck, das Beuys durch seine Aufschrift »Der Erfinder der Dampfmaschine« zum Kunstwerk veredelt hat.

G.V.: Das gefällt mir, da leuchtet die Interpretation auch sofort ein. Mit diesem vermittelten Anschlag.

F.X.K.: Was mir besonders in Erinnerung geblieben ist, ist die Installation »Zeige deine Wunde«. Diese Aufforderung »Zeige deine Wunde« ist für

unsere Zeit ein derart provokantes Wort, das stärker als vieles andere die Verdrängungsmechanismen unserer Zeit offenlegt.

G.V.: Wobei Beuys ja tief einschneidende Adoleszenzerlebnisse hatte.

F.X.K.: Ich glaube, dass das überschätzt wird. Sicher war sein Flugzeugabsturz über Sibirien ein existenzielles Grenzerlebnis, das einen Menschen für immer prägt, aber ich glaube nicht, dass das inhaltlich für seine Weltanschauung so wichtig geworden ist. Ich hab mich relativ stark mit Texten von Beuys auseinandergesetzt, da ich kein Kunstwissenschaftler bin. Das hat sicher auch dazu beigetragen, dass ich nicht rezipiert worden bin. Die meisten Beuysianer möchten in ihm eine Art Vertreter eines extrem weiten Kunst- wie auch Religionsbegriffs sehen, wo alles vom Schamanismus bis Okkultismus darunter passt. So war Beuys aber gar nicht.

G.V.: Ich denke, Beuys wird von seinen Fans als idealer Vertreter eines Geniekults präsentiert, der eigentlich in der Moderne so nicht mehr haltbar ist. Die Vorstellung des Künstlers, der nur aus sich selbst heraus schafft, ist zumindest für einen Soziologen sehr schwer nachzuvollziehen.

F.X.K.: Das ist ein weites Thema. Sicher hatte er auch eine gewisse Eitelkeit. Was seine Weltanschauung angeht, hat er sich gar nicht so weit von seinen Ursprüngen entfernt, nur eben losgelöst von allen kirchlichen Traditionen. Ein auf das Wesentliche des Christentums, wie er es gesehen hat, bezogener Mann.

G.V.: Nur das eine noch dazu: Sehe ich das richtig, dass das Ihre einzige Veröffentlichung in diese Richtung war?

F.X.K.: Ja.

G.V.: Das Rezipieren ist immer auch die Frage des Nachschiebens, leider!

F.X.K.: Das ist richtig. Aber es ist an einer sehr prominenten Stelle veröffentlicht worden. Und in mein Buch »Religion und Modernität« habe ich es auch wieder aufgenommen. Da haben es auch einige Soziologen rezipiert.

G.V.: In dem Katalog ist ein Beuys-Porträt des Fotografen Lord Snowdon, das mich sehr fasziniert, weil Beuys durchsichtig scheint. Diese Augen! Und das Gesicht sieht aus wie aus Wachs.

F.X.K.: Ich hol das Buch mal her ... unglaublich. Die Augen schauen in die Ferne und in die Nähe.

G.V.: Darf ich nochmal anknüpfen an das Christentum in Opposition zur Organisation. Das scheint ja auch nicht ganz unwichtig für Sie zu sein, weil das Ihren Zorn, der dann zu solchen FAZ-Artikeln führt, auch irgendwie mit erklärt. Vor dem Hintergrund dieses Zorns finde ich es letztlich bewundernswert, wie weit Sie sich darauf einlassen, der Kirche doch ein wenig Mut zu machen.

F.X.K.: Das führt jetzt wieder in das Biografische hinein. Ich habe mich schon als Pennäler mit weltanschaulichen Themen beschäftigt. Am Gymnasium habe ich einen Aufsatz über das Prinzip der Toleranz verfasst. Und über Johann Caspar Bluntschlis Theorie von Kirche und Staat. Ich habe mich schon immer für solche Themen interessiert, die auch etwas grenzwertig waren. Und hatte das Glück, sehr bedeutenden Theologen zu begegnen, wie Hans Urs von Balthasar, der mich durchaus geprägt hat. Zudem war mein zweiter Bruder, seines Zeichens Jesuit, ein gefürchteter Berichterstatter am Konzil, weil er mit Unschuldsmine genau die Fragen stellte, welche der Vatikan nicht beantworten wollte. Als Katholik in der Zwingli-Stadt Zürich gehörte ich einer religiösen Minderheit an, mein Vater war ein bedeutender Sprecher dieser Minderheit. Das heißt, es sind viele Voraussetzungen da gewesen. Nachdem ich in Deutschland zum Soziologen geworden war, wurde ich auch von vielen Theologen um Vorträge gebeten. Ich habe mich nie aufgedrängt, aber, einmal gefragt, mich verpflichtet gefühlt, Antworten aus der Perspektive eines mit dem Katholizismus vertrauten Soziologen zu geben. Daraus sind dann auch einige Bücher entstanden.

G.V.: Die Angehörigkeit zu einer religiösen Minderheit steigert das Reflexionsvermögen ohnehin.

F.X.K.: Sie haben Recht. Diesen Gesichtspunkt habe ich noch gar nicht bedacht.

G.V.: Ein in der Wolle gefärbter Katholik und Religionssoziologe, das ist schwer zu vereinbaren, oder?

F.X.K.: Ich habe mich in der Zeit meines Abiturs und der ersten Studienzeit stark mit dem Existenzialismus auseinandergesetzt. In Deutschland war das überhaupt noch nicht aktuell, in der Schweiz waren wir ja stärker in Richtung Frankreich geöffnet. So habe ich Sartre gelesen und ein Doktorexamen über Albert Camus gemacht. Nach der Prüfung hat mich der Prüfer zum Abendessen eingeladen, um weiter zu diskutieren.

G.V.: Sehr schön. Wobei man bei Camus und Sartre trotz ihres Atheismus permanent religiöse Denkstrukturen erkennen kann.

F.X.K.: ... und Gabriel Marcel nicht zu vergessen, der einen christlichen Existenzialismus vertrat. Ich hab mich dann auch mit Heidegger etwas auseinandergesetzt. Das kam aber später. Der Grundgedanke von Sartre: Es gibt keine Essenz, die der Existenz vorausgeht ... Ganz im Gegensatz zur Neuscholastik, mit der ich in meiner Jugend in Kontakt gekommen war, und die ich nie mochte. Die wussten immer schon, was die Wahrheit ist, und zwar auch in Dingen, die mit Religion, Glaube, genauer: mit Offenbarung, gar nichts zu tun hatten. Das hat mich schon immer geärgert.

G.V.: Wenn man also davon ausgeht, dass man eine Essenz dieser Welt nicht voraussetzen kann, dann bleibt nur irgendetwas, das man prozessuales Christentum nennen könnte.

F.X.K.: Wobei für mich der christliche Glaube eine Dimension meines Lebens ist, die – wie auch Max Weber das für die Heilandsreligionen formuliert hat – Weltdistanzierung erlaubt. Für mich ist mein Glaube eine Position, von der aus ich es mir leisten kann, distanziert auf die Welt zu schauen, ohne dass ich deshalb einen kopernikanischen Punkt zu haben brauche.

G.V.: Das ist der springende Punkt.

F.X.K.: Für mich ist das philosophische Konzept der transversalen Vernunft, wie es Wolfgang Iser entwickelt hat, die Basis für die interdisziplinäre Orientierung, die man in meinen Arbeiten sehen kann. In der Multiperspektivität der postmodernen Weltanschauung hat auch die religiöse Dimension ihren Platz, aber eben nur als eine unter vielen.

G.V.: Das bedeutet also, eine Beobachtungsposition einzunehmen, ohne dabei auf der Absolutheit der Beobachtungsposition noch insistieren zu können – da stimme ich vollkommen überein. Dass eine gewisse Art von Glauben dafür hilfreich ist, kann ich nachvollziehen. Aber nur, weil etwas hilfreich ist, heißt es ja noch lange nicht, dass man einen Glauben hat, haben muss.

F.X.K.: Wenn mich jemand danach fragte, so würde ich sagen: wer nicht sucht, findet nicht. Viele suchen nicht – und sie müssen das ja auch gar nicht.

Widerständige Lebenswelten

Anne Honer gewidmet

Hans-Georg Soeffner

Irritierende Ordnungen

Was ist – verglichen mit soziologischen Großtheorien, System- und Modellentwürfen, Sozialstrukturanalysen, Institutionenlehre, politischer Soziologie, schwergewichtiger Problembewältigungswissenschaft also – »Lebensweltliche Ethnographie«? Wo lässt sich im Umkreis soziologisch »essentieller und relevanter« Tätigkeitsfelder eine »Ethnographin kleiner Lebenswelten« – Anne Honer über sich – verorten? Was überhaupt ist, gemessen an *der* Gesellschaft und ihren vielen sozialen Welten, eine »kleine Lebenswelt«?¹

Es liegt nahe, und nicht nur »Laien«, sondern auch Soziologinnen und Soziologen sind dieser Versuchung erlegen, die Arbeit an einer Ethnographie kleiner Lebenswelten als Ausdruck des Rückzuges in eine Nischensoziologie zu verstehen: in die Nischen – dies scheint der Ausdruck »kleine Lebenswelten« zu suggerieren – lebensweltlicher Idyllen, den Loci amoeni überschaubarer, lieblicher Landschaften des Sozialen. Der Blick auf die Arbeiten Anne Honers zerstört sofort und unmissverständlich dieses Konstrukt: Neben den ganz und gar nicht heimeligen lebensweltlichen Ordnungskonstruktionen der Heimwerker und Bodybuilder stehen bei ihr sowohl die medizinischen Ordnungen bei der Reproduktionshilfe für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch und die Pflegeordnungen beim Umgang mit Demenz- und Krebspatienten als auch die Hilfe- oder Selbsthilferouti-

¹ Anne Honer verwendet diesen Ausdruck bewusst im Anschluss an Benita Luckmann (1970).

nen bzw. Rituale der Alkoholismus-Laienhilfe; und neben der Disziplinierung des Körpers zu handwerklicher Geschicklichkeit und der Instrumentalisierung des Körpers zu sportlicher Leistung oder (vor-)geformter Ausdrucksgestalt geht es um die medizinisch instrumentalisierte Behandlung (Bearbeitung) des kranken Körpers sowie um die therapeutische Objektivierung subjektiven Leidens.

Hinter den scheinbar vertrauten Oberflächen überschaubarer und gut eingrenzbarer sozialer Phänomene werden durch den ethnographischen Blick jene Ordnungsleistungen erkennbar, die durch das Zusammenspiel der die jeweilige kleine Lebenswelt schaffenden und aufrecht erhaltenden Menschen erbracht werden. Sichtbar wird nun auch: Diese Ordnungen sind weder selbstverständlich noch problemlos vorweg gegeben. Sie schneiden vielmehr aus den großen Bereichen des Überschaubaren und Ungewissen jene Felder heraus, die sich entweder noch nach eigenen Entwürfen interaktiv gestalten und formen zu lassen scheinen oder die man – falls sie den einen durch das Schicksal (Krankheit) auferlegt und den anderen durch den Beruf (Arzt, Therapeut, Pfleger) abgefordert werden – zumindest in jenem Bereich zu strukturieren und abzusichern versucht, der sich noch beherrschen lässt.

So tritt hinter der bekannten Oberflächenordnung das zunächst noch unbekanntes Hintergrundmotiv der Ordnungsleistung hervor und verfremdet die bekannte Ordnung: Die jeweiligen Ordnungen als Antworten auf dieses Hintergrundmotiv zu verstehen, heißt auch, die grundlegende Frage nach der Funktion von Ordnung zu stellen. Denn einerseits wird den Handelnden die Ordnungsstiftung abverlangt. Andererseits tendieren die jeweils geschaffenen Ordnungen dazu, sich zu verfestigen. Einerseits entspringt die jeweilige Ordnungsstiftung der Sorge vor der immer wieder spürbaren Bedrohung sozialer Ordnung. Andererseits wird die verfestigte zur bedrohlichen Ordnung: Bedrohte und bedrohliche Ordnung konstituieren eine Dynamik von Wechselwirkungen. Diese wird den Handelnden aufgezwungen, und sie lässt sich, gerade in den kleinen Lebenswelten, sowohl aus der Perspektive der Handelnden als auch durch die ethnographische Teilhabe der Ethnographin erkennen. Strukturtheoretisch gesprochen: Hier finden das Denken Georg Simmels, die protosoziologische Lebenswelttheorie Thomas Luckmanns, die empiriegestützte Interaktionstheorie Erving Goffmans und die Ethnographin kleiner Lebenswelten, Anne Honer, zusammen.

Lebensweltliche Komparatistik

Die praktische Arbeit an der Ethnographie kleiner Lebenswelten verändert die Lebensform der Ethnographen, sofern diese bis dahin ihre Vorstellungswelten weitgehend am Schreibtisch entworfen, aus Theorien abgeleitet und in die Semantik soziologischer Sprachspiele eingepasst hatten. Wer sich auf die kleinen Lebenswelten anderer einlässt, kehrt, solange er sich dort aufhält, dem eigenen Milieu den Rücken. Und je intensiver er oder sie sich in diese Lebenswelten einpassen, die dort geltenden Regeln, Praktiken, Vokabulare, habituellen Ausdrucksformen und Perspektiven – für sich selbst zwar reflexiv, dem Feld gegenüber dennoch nicht distanziert – übernehmen, umso mehr stellen sie bei sich fest, dass aus dieser Form der Ethnographie eine Ethnographie als Lebensform wird.

Man wird – auf Zeit und zumindest annäherungsweise – Heimwerker, Bodybuilder, Pfleger, Therapeut, Ratgeber etc., macht sich dabei zum jeweils *lebensweltlich eingebundenen soziologischen Komparatisten*: Empirie und Theorieannahmen, lebensweltliche und ethnographische Perspektive, die unterschiedlichen Ordnungen der jeweiligen kleinen Lebenswelten, sie alle werden kontrastierend aufeinander bezogen und zwingen den Ethnographen einen unentwegten Prozess des Vergleichens auf, der sich nicht auf ein tertium comparationis stützen kann. Denn in diesem Prozess geht es weder um die Anwendung und Legitimierung von Theoriekonstrukten noch vorrangig um eine empirisch gestützte soziologische Theorie kleiner Lebenswelten, sondern um die gezielte Generierung von Fragen. – Es sind Fragen, die nicht nur vertrautes Wissen überprüfen und neues Wissen schaffen, sondern vor allem das Repertoire der Deutungsmöglichkeiten und Lesarten des Sozialen erweitern sollen. Dieses Netz sich selbst erweiternder und vertiefender Fragen zielt darauf ab, das sich jeweils erweiternde Wissen in ein immer intensiveres und dem jeweiligen Phänomen angemessenes Verstehen zu transformieren.

Kurz: Anne Honers »lebensweltliche Ethnographie«, das akribische »sinnadäquate« (Max Weber) Beschreiben kleiner Lebenswelten und der darin lebenden Menschen dient dem genuin soziologischen Ziel, diese Menschen zu verstehen: zu erkennen, was ihnen – warum – wichtig ist, was sie um keinen Preis verlieren wollen, wovor sie sich ängstigen, was sie sich wünschen und worauf sie hoffen. Diese Transformation ethnographisch erarbeiteten Wissens in vertieftes Verstehen ist beste, bodenständige – man möge mir dies nachsehen – hermeneutische Wissenssoziologie.

Für solche empirisch geerdete Wissenssoziologie stiftet das menschliche Leben den sich ständig erweiternden Fragehorizont. Es ist ihr Lehrmeister und die Soziologie weder seine Schulmeisterin noch Consultant, sondern seine gewissenhafte Interpretin. Es war Anne Honers feste Überzeugung, dass sich Gesellschaftstheorien grundsätzlich sowohl an diesem Fragehorizont orientieren als auch in der Empirie bewähren müssen. Für die Beobachter und Interpreten gilt dabei – in Anlehnung an Edmund Husserl – die Maxime: Wer mehr sieht, hat mehr Recht.

Leib sein – Körper haben. Leib bleiben – Körper verlieren.

Wenn es auch einerseits eine kulturhistorisch spezifische und zugleich verräterische Sichtweise ist, den Körper in der Metapher des *Bodybuilding* als eine Baustelle erscheinen zu lassen, auf der mit allerlei Werkzeugen, Anstrichen, Stütz- und Kräftigungsmitteln herumgewerkelt wird, so kommt doch andererseits, wie in fast jeder Körpermethaphorik, auch in dieser Sichtweise ein zentraler Grundzug der *conditio humana* zum Ausdruck – die Leiblichkeit des Menschen: sowohl die unaufhebbare Bindung der menschlichen Wahrnehmungen, Emotionen, Affekte – und auch des Denkens, des ›Geistes‹ – an den Leib als auch der elementar menschliche Versuch, diese Bindung, wenn sie denn schon nicht aufgelöst werden kann, so doch zu steuern, zu manipulieren oder auch zu überhöhen. Was Plessner die »natürliche Künstlichkeit« des Menschen nennt, hat hier ebenso seinen Ursprung wie das für die »exzentrische Positionalität« des Menschen grundlegende Spannungsverhältnis von »Leib sein und Körper haben« (vgl. Plessner 1975 [1928]). *Was der Mensch ist*: Leib, bleibt für ihn unverfügbar; was wir zu *haben* glauben und daher auch als Objekt behandeln: Den Körper versuchen wir, uns verfügbar zu machen – oder stellen ihn anderen, sei es freiwillig oder unfreiwillig, zur Verfügung.

Für Anne Honer war dieses Spannungsverhältnis zwar immer Thema und Leitmotiv lebensweltlicher Ethnographie, nie jedoch reiner ›Beobachtungs-Gegenstand‹. So wie für sie die Domänen nichtsprachlichen menschlichen Ausdrucks – die Milieus, Einrichtungsgegenstände, Kleidung, Werkzeuge, medizinischen Geräte etc. allgemein – so waren im Besonderen die Körper als leiblicher Ausdruck jener Menschen, mit denen sie es zu tun hatte, nicht nur Markierungen für die Grenzen des Interviews, sondern auch

Repräsentationen eines Wissens, das wir zwar immer wieder zu versprachlichen suchen, dass jedoch oft nicht – oder nur partiell – in Sprache übersetzt werden kann.

Das »Körperwissen« der Bastler, Sportler, Bodybuilder, aber auch der Kranken und Behinderten, der Patienten sowie der Ärzte und Pfleger war ihr sowohl unverzichtbare Informationsquelle als auch die erste, an den Körpern sichtbare und durch diese repräsentierte (Selbst-)Deutungsinstanz. Die Wechselwirkung zwischen dem Wissen des Körpers (bei Bewegungskoordination, gezielter Wahrnehmung, gesteuerter Stimulation von Affekten oder Emotionen etc.) und dem Wissen über Körper (sowohl bei Laien als auch Professionellen) verweist nicht nur darauf, dass der Körper seinem Träger als selbstreflexiver Informant dient, sondern dass er in menschlicher Interaktion auch als Ausdrucksfeld für andere »lesbar« ist und »gelesen« werden will.

Auch Anne Honer ist so gelesen worden: Ihre elegante Kleidung, die eng anliegende Kappe ihres hellen Kurzhaars, die aparte, auffällig unauffällige Zahnlücke zwischen den oberen Schneidezähnen, der Zigarettenrauch, in den sie sich und ihre Gesprächspartner einhüllte, die dezent verfeinerte schwäbische Prosodie beim Reden, der aufmerksame, aber nie aufdringliche Blick, nicht zuletzt auch die demonstrative Abneigung gegenüber Renommiersucht und Fensterrederei – dies alles formte eine unverwechselbare und unvergessene Gestalt.

Es war eine Ausdrucksgestalt, die in ebenso scharfem wie pikant-attraktivem Kontrast stand zu dem – ebenfalls schwäbischen – kompakt expressiven, engen Freund, Lebensbegleiter und Kollegen Ronald Hitzler, dem sie über einen Zeitraum von mehr als fünfunddreißig Jahren verbunden war, mit dem sie arbeitete, schrieb, publizierte – und auch dann noch zusammengeslossen blieb, als das Wachkoma ihr letzte Grenzen der Selbstverfügbarkeit aufzwang. – Uns, ihre Freunde, verwies das Wachkoma nicht etwa auf »die Grenzen des Sozialen«, sondern es zeigte uns vielmehr das Soziale – an dessen äußerster Grenze.

Als menschliche Monaden, die sich gegenseitig in die Fenster zu sehen versuchen und dabei vor allem sich selbst spiegeln, erfahren wir den Spiegelungsverlust dann als unerträgliche Exkommunikation und skandalös aufdringliche Demonstration unserer Endlichkeit, wenn die Fenster unseres Gegenübers nicht mehr zurückspiegeln, sondern blind werden oder sich langsam schließen.

Anne Honer starb am 23. Februar 2012.

Literatur

Luckmann, B. 1970: The Small Life-Worlds of Modern Man. *Social Research*, 37. Jg., Heft 4, 580–586.

Plessner, H. 1975 [1928]: Die Stufen des Organischen und der Mensch, Siebentes Kapitel: Die Sphäre des Menschen. Berlin, New York: de Gruyter, 288–346.

Studienmotivationen und ihr Einfluss auf Evaluationsergebnisse

Eine explorative Analyse

Daniel Großmann

Studierendenbefragungen sind in den meisten sozialwissenschaftlichen Fächern ein seit Jahrzehnten praktiziertes und weitgehend akzeptiertes Konzept, um standardisierte Informationen über die Situation, Orientierungen und Handlungsweisen von Studierenden zu erhalten. Neben dem Erkenntnisinteresse an der »Erlebenswelt der Studierenden« werden mit den Befragungen meist auch evaluatorische Anliegen verfolgt. Konkrete Befragungsergebnisse fließen hierzu in der Regel aber nur auf mittelbarem Wege ein und bilden nur einen Aspekt neben zahlreichen anderen, die für Anpassungs- bzw. Gestaltungsentscheidungen herangezogen werden. Mit dem Bologna-Prozess und dessen hochschulpolitischen Paradigmen hat sich dieses Prinzip stark gewandelt. Studierendenbefragungen sollen nun als Instrument zur Leistungsmessung dienen und sollen »leicht lesbar« Auskunft über die Güte der Studienprogramme geben. Die Einschätzungen der Studierenden werden dazu unmittelbar als Merkmal für die Qualität eines Studienangebotes herangezogen und ausgegeben, den Studierenden damit eine Rolle als Experten für gute Lehre und gutes Studium zugewiesen (vgl. Kromrey 2001: 19). Anpassungsentscheidungen und Zielvorgaben werden zunehmend auf Grundlage der Befragungsergebnisse getroffen und überprüft – flankiert von Kennzifferanalysen, deren Unterkomplexität ein Dauerthema ist. Diese (qualitäts-)managementzentrierte Handhabung der Studierendenbefragungen ist problematisch. Ein zentrales Problem dabei ist, dass die Ergebnisse von Studierendenbefragungen keineswegs als objektive Aussagen über die Qualität einer Hochschule, eines Instituts oder eines Studienangebotes betrachtet werden können. Es ist nicht nur grundsätzlich fraglich, ob und wie die Qualität von Lehre und Studium bestimmt werden kann (vgl. ebd.: 29ff.). Es ist

vor allem zu berücksichtigen, dass Umfragen breite Meinungsbilder widerspiegeln, die von individuellen Interessen und Einstellungen geprägt sind. Das gilt für Studierendenbefragungen ebenso, denn Studierende haben neben ihren allgemeinen Orientierungen und Einstellungen auch solche, die sich auf das Studium beziehen. Man sollte deshalb annehmen, dass die in den Befragungen abgegebenen Urteile von eben diesen beeinflusst sind. Dem soll im Folgenden nachgegangen werden und dabei anhand der Ergebnisse einer explorativen Untersuchung¹ gezeigt werden, dass Studierende a) komplexe Sets an Studieninteressen und -einstellungen aufweisen und b) die in Studierendenbefragungen abgegebenen Einschätzungen zur Studiensituation in relevantem Maße von diesen Interessen und Einstellungen abhängig sind. Es soll dabei nicht allein um das Hinterfragen gegenwärtiger Qualitäts- und Steuerungsprinzipien gehen – dies geschah und geschieht bereits ausführlich. Auch soll hier keinesfalls der Eindruck erzeugt werden, Studierendenbefragungen seien ein überflüssiges Instrument, das keinen Informationsbeitrag zu Gestaltungsfragen geben könne. Vielmehr ist das Anliegen, die Studierendenbefragungen wieder in einen Kontext zu rücken, in dem sie tatsächlich gewinnbringend sein können. Es geht darum, Erkenntnisse über die Einstellungen und das Handeln Studierender zu gewinnen und damit etwas zu einer »Soziologie der Studierenden« (Vobruba 2008: 27) beizutragen. Bevor wir uns der Analyse widmen, sollen einige Informationen zur verwendeten Studierenden-Stichprobe gegeben und soll auf den Begriff der Studierendenbefragung etwas näher eingegangen werden.

Stichprobe

Für die vorliegende Untersuchung wurde eine Stichprobe von Studierenden in Master-Studiengängen der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Leipzig verwendet, die im Rahmen der jährlichen Studierendenbefragungen im Sommersemester 2011 erhoben wurde.

¹ Die hier dokumentierten Ergebnisse entstammen einer Voruntersuchung aus dem Winter 2011/12. Sie dient als Grundlage für eine tiefergehende Erforschung von Einstellungen und Handeln Studierender. Das Projekt wird von Professor Kurt Mühler am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig begleitet. Ihm gilt an dieser Stelle ein besonderer Dank für seinen Rat sowie seine Anregungen und Beiträge.

Die Befragung fand in den letzten vier Wochen der Vorlesungszeit statt und wurde auf Papierfragebögen durchgeführt, die in Lehrveranstaltungen ausgegeben, unmittelbar ausgefüllt und wieder eingesammelt wurden. Von den insgesamt 436 immatrikulierten Master-Studierenden der betreffenden Studiengänge haben 165 an der Befragung teilgenommen, was einer Teilnahmequote von 38 Prozent entspricht. Zusätzlich haben 11 Studierende anderer Fakultäten an der Befragung teilgenommen, die im betreffenden Semester Lehrveranstaltungen in einem der Master-Studiengänge besuchten.

	<i>Grund- gesamtbeit</i>	<i>Stich- probe</i>	<i>Response</i>
M.A. Communication Management	42	29	69 %
M.A. Hörfunk	30	11	37 %
M.A. Journalistik	93	6	6 %
M.A. Komm.- und Medienwissenschaft	67	36	54 %
M.A. Kulturwissenschaften	38	16	42 %
M.A. Logik	10	7	70 %
M.A. Philosophie	17	14	82 %
M.A. Politikwissenschaft	29	17	59 %
M.A. Soziologie	31	11	35 %
M.A. LA Ethik/Philosophie	51	9	18 %
M.A. LA Gemeinschaftskunde	28	9	32 %
M.A. Sozialwiss. u. Philosophie gesamt	436	165	38 %
Sonstige Studiengänge	–	11	–

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe

Tabelle 1 zeigt, welche Studienfächer in welchem Umfang in der Stichprobe enthalten sind. Es fällt auf, dass die Anzahl der Fälle in einigen Studienfächern sehr gering ist. Studiengangspezifische Analysen sind dadurch nur in sehr begrenztem Maße möglich.

Mit Blick auf den Befragungszeitpunkt und der Methode, muss angenommen werden, dass die Stichprobe entsprechende Selektionseffekte aufweist. Denn in den Lehrveranstaltungen der betreffenden Studiengänge besteht meist keine Anwesenheitspflicht, so dass mit der Befragung in überproportionalem Maße Studierende mit einer aktiven, teilnahmeorientierten Studieneinstellung erreicht worden sein könnten. Auf einen dadurch möglicherweise vorhandenen Bias soll hier hingewiesen werden. Für die vorlie-

gende Untersuchung, zumal mit ihrem explizit explorativen Charakter, stellte dies jedoch keinen Grund dar, das vorliegende Material nicht zu nutzen.²

Studierendenbefragung vs. Lehrevaluation

Selbst wenn es etwas trivial anmuten mag, sollen hier einige Bemerkungen zum Begriff der Studierendenbefragungen erfolgen. Im Diskurs und in der einschlägigen Literatur werden unter dieser Bezeichnung zahlreiche Vorhaben bzw. Projekte geführt, die zwar alle irgendwie mit Umfragen unter Studierenden zu tun haben, sich darüber hinaus aber oft erheblich unterscheiden. Im Folgenden werden als Studierendenbefragungen solche Umfragen bezeichnet, die unter Studienanfängern und Studierenden in höheren Semestern durchgeführt werden und mit denen Informationen zur Studiensituation, den Orientierungen der Studierenden sowie zu allgemeinen Studienrahmenbedingungen erhoben werden. Das Anliegen einer Studierendenbefragung kann durchaus ein Evaluatisches sein, zu unterscheiden sind sie jedoch von der Evaluation einzelner Lehrveranstaltungen, häufig als Lehr- oder Lehrveranstaltungsevaluation bezeichnet. Bei letzteren geht es darum, dass Aspekte wie Didaktik, Wissenstransfer und Atmosphäre von den Studierenden für einzelne Lehrveranstaltungen beurteilt werden sollen. Viele Einschätzungen beziehen sich dabei auf die Person bzw. das Agieren des Lehrenden. Zwar ist anzunehmen, dass der postulierte Einfluss der Studienmotivation auf die Einschätzungen der Studierenden auch hier zum Tragen kommt, doch sollen Lehrevaluationen aufgrund ihrer gesonderten Bedingungen vorerst ausgeklammert bleiben.

² Seit dem Sommersemester 2012 wird die jährliche Master-Befragung – wie in den Bachelor-Studiengängen schon seit langem – online durchgeführt und dazu werden alle immatrikulierten Studierenden per E-Mail eingeladen. Einige Selektionseffekte können dadurch abgeschwächt oder sogar ganz vermieden werden.

1. Studienmotivation

Wie eingangs beschrieben, wird davon ausgegangen, dass Studierende mit ihrem Hochschulstudium bestimmte Ziele und Interessen verfolgen. Diese werden im Folgenden als *Studienmotivation* bezeichnet, definiert als Set spezifischer Einstellungen und Erwartungen, die an das Absolvieren eines Hochschulstudiums geknüpft sind. Es wird davon ausgegangen, dass die Studienmotivation mit den Wertorientierungen des Trägers korrespondiert. So wird bei Studierenden mit einer allgemeinen Selbstverwirklichungsüberzeugung auch eine Studienmotivation anzutreffen sein, die vor allem auf Entfaltung der eigenen Person und Verwirklichung entsprechender Ideen und Vorstellungen abzielt. Für die Studienmotivationsanalyse wurden auf Basis der Erkenntnisse früherer Analysen (vgl. Großmann 2007: 158) vorab Kategorien gebildet und anhand dieser vier Motivationstypen benannt:

Statusorientierter Typ: Bei diesem Studienmotivationstyp stehen Einstellungen und Erwartungen im Vordergrund, die mit dem Erreichen eines bestimmten sozialen Status in Verbindung stehen. Das Studium dient hier in erster Linie dem Erwerb eines akademischen Abschlusses, durch den man sich bessere Einkommenschancen, Aufstiegschancen sowie gute Arbeitsmarktchancen verspricht. Dieser Typ deutet vordergründig in eine materielle Richtung und dürfte dabei auch Interessen an sozialer Sicherheit umfassen.

Entfaltungs- und gestaltungsorientierter Typ: Im Vordergrund stehen bei diesem Motivationstyp Einstellungen und Erwartungen, die auf die Entfaltung individueller Fähigkeiten und Partizipation abzielen. Leicht erkennbar steht dieser Typ in Verbindung zu einer humanistischen Wertorientierung. Durch das Absolvieren eines Studiums sollen schöpferische Kräfte freigesetzt und die Fähigkeit genutzt werden, sich zu bilden und dadurch weiterzuentwickeln. In Verbindung steht dies mit postmaterialistischen Werten, bei denen individuelle Bildung und Entwicklung als Grundlage für gesellschaftliche Mitbestimmung und Gestaltung betrachtet wird. Später wird zu entscheiden sein, ob die beiden Subtypen als separate Studienmotivationstypen behandelt werden sollten.

Wissenschaftsorientierter Typ: Die Einstellungen und Erwartungen dieses Studienmotivationstyps sind auf eine wissenschaftliche Sekundärsozialisation ausgerichtet. Das Studium soll hier zum einen dazu dienen, sich wissenschaftliches »Handwerkszeug« (wissenschaftliche Methoden) sowie wissenschaftliches Denken (*core academic values*) anzueignen. Zum

anderen soll das Studium die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um später in der Wissenschaft berufstätig werden zu können.

Traditionaler Typ Die Einstellungen und Erwartungen des traditionellen Studienmotivationstyps richten sich auf das Fortführen einer vor Generationen begonnenen (Familien-)Tradition. In den sozialwissenschaftlichen Fächern spielt diese Studienmotivation erfahrungsgemäß eine äußerst marginale Rolle (vgl. Großmann 2007: 160), weshalb hier auch nicht näher auf diesen Typ eingegangen werden soll. Der Vollständigkeit halber sei er jedoch erwähnt.

In operationalisierter Form finden sich die vier Typen in der in Tabelle 2 wiedergegebenen Fragebatterie³ des verwendeten Fragebogens.

Welche der im Folgenden aufgezählten Gründe haben Sie unabhängig von der Wahl Ihres Studienfachs bewegt, ein Hochschulstudium zu beginnen? (Abfrage jeweils per 5er-Skala von 1= trifft nicht zu bis 5= trifft zu)

<i>Komponente:</i>	1	2	3
Ich habe mich für ein Hochschulstudium entschieden, um...			
[a] später eine interessante Arbeit zu haben	0,429	0,577	-0,02
[b] Chance auf höheres Einkommen zu haben	0,022	0,891	-0,149
[c] Berufstätigkeit in der Forschung aufnehmen zu können	0,018	-0,133	0,883
[d] hohe soziale Position erreichen zu können	0,068	0,824	0,076
[e] eigene Vorstellung und Ideen verwirklichen zu können	0,655	0,123	0,162
[f] gute wissenschaftliche Ausbildung erhalten zu können	0,328	0,071	0,788
[g] allgemein gebildete Persönlichkeit werden zu können	0,545	0,322	0,28
[h] anderen Leuten später besser helfen zu können	0,795	0,099	0,039
[i] die Tradition in unserer Familie fortzuführen	–	–	–
[j] zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen zu können	0,848	-0,023	0,1

Tabelle 2: Rotierte Komponentenmatrix der Faktorenanalyse

³ Die sogenannte Motivationsbatterie kam in den Leipziger Studierendenbefragungen in den vergangenen Jahren bereits mehrmals zum Einsatz. Einige der dabei verwendeten Items wurden aus dem Fragebogen des Konstanzer Studierenden surveys entnommen, das alle zwei bis drei Jahre als bundesweite Studierendenbefragung durchgeführt wird. Informationen zur letzten Erhebung: Simeaner et al. 2010.

Die empirische Prüfung der Studienmotivationstypen erfolgte durch eine Faktorenanalyse (Tabelle 2). Die vorausgehende Güteprüfung verlangte, dass Variable [i] »... die Tradition unserer Familie fortzuführen« aus der Analyse entfernt wird, da sie nicht die Normalverteilungskriterien erfüllte. Somit war auch der zugehörige traditionale Studienmotivationstyp für die weitere Betrachtung obsolet. Die drei verbleibenden Studienmotivationstypen wurden durch die rotierte Komponentenmatrix der Faktorenanalyse klar bestätigt. Lediglich Item [a] »...später eine interessante Arbeit zu haben« passte nicht ins Motivationstypenmuster und wurde deshalb aus der Betrachtung entfernt. Die vor dem Zusammenfassen der jeweiligen Skalen durchgeführte Reliabilitätsanalyse zeigte bei allen drei Typen eine ausreichende bzw. zufriedenstellende Reliabilität (siehe Tabelle 3).

<i>Motivationstyp</i>	<i>Enthaltene Variablen</i>	<i>Reliabilität</i>	<i>Standardabweichung</i>
Statusorientierter	[b] [d]	Cron.Alpha= 0,76	s= 1,11
Entfaltungsorientierter	[e] [g]	Cron.Alpha= 0,52	s= 0,82
Gestaltungsorientierter	[h] [j]	Cron.Alpha= 0,77	s= 1,15
Wissenschaftsorientierter	[c] [f]	Cron.Alpha= 0,65	s= 1,05

Tabelle 3: Studienmotivationstypen nach Faktorenanalyse

Subtypenproblematik beim entfaltungs- und gestaltungsorientierten Typ

In den Ladungszahlen des entfaltungs- und gestaltungsorientierten Typs deutete sich das Vorhandensein zweier Subtypen an, wie sie oben bereits angesprochen wurden. Gegen eine Teilung des Typs sprachen jedoch die grenzwertige Reliabilität und stark linksschiefe Verteilung des entfaltungsorientierten Subtyps, sowie die sich durch die Teilung kaum verbessernde Reliabilität des gestaltungsorientierten Subtyps. Um die Problematik im Blick zu behalten, wurde der entfaltungs- und gestaltungsorientierte Typ in den späteren Zusammenhangsanalysen sowohl als Ganzes, als auch in der getrennten Variante getestet.

Heterogenität der Studienmotivationen

Ein Blick auf die Standardabweichungen (siehe Tabelle 3) zeigt, dass alle Studienmotivationstypen ausgeprägte Streubreiten aufweisen. Es deutet sich darin eine Heterogenität der Studienmotivationen an. Eine solche Heterogenität würde im Zusammenspiel mit dem Einflüssen der Studienmotivation bedeuten, dass die Aussagekraft der Ergebnisse von Studierendenbefragungen auch hierdurch eingeschränkt ist. In weiterführenden Untersuchungen ist zunächst allerdings zu klären, ob mit den Streubreiten tatsächlich heterogene Studienmotivationen gemessen wurden, oder ob es sich dabei um Effekte des verwendeten Skalenmodells handelt.

Neben den Streubreiten der Studienmotivationstypen wurde ebenfalls geprüft, in welchem Maße sie untereinander korrespondieren. Schnittmengen zeigten sich dabei insbesondere beim entfaltungs- und gestaltungsorientierten Typ mit dem wissenschaftsorientierten Typ, aber auch mit dem statusorientierten Typ. In beiden Fällen weisen die Zusammenhänge jedoch nur ein schwaches bis mittleres Niveau auf. Zwischen dem wissenschaftsorientierten und dem statusorientierten Typ zeigte sich keine signifikante Verbindung. In den negativen Korrelationskoeffizienten deutet sich jedoch an, dass es sich bei diesen beiden Studienmotivationstypen tendenziell um »Gegenspieler« handelt.

2. Zusammenhänge von Studienmotivation und Einschätzungen der Studiensituation

Im zweiten Teil der Analyse wurde geprüft, welchen Einfluss die Studienmotivation auf die Einschätzungen der Studierenden hat. Die Studienmotivation, so wurde angenommen, bestimmt maßgeblich, ob bestimmten Themen/Fragestellungen/Angelegenheiten gegenüber eine positive oder negative Einstellung besteht. Dabei ist entscheidend, ob die betreffende Sache für den Studierenden einen in Bezug auf seine Studienmotivation positiven oder negativen Effekt hat (vgl. Fishbein, Ajzen 1975: 14). Als Basishypothese wurde dazu formuliert: *Die Einstellung gegenüber einem bestimmten Sachverhalt ist umso positiver, je eher dieser zu Konsequenzen führt, die (im Sinne der individuellen Studienmotivation) als positiv bewertet werden.* Angenommen wurde darüber hinaus natürlich auch, dass dieser Zusammenhang nicht nur im studentischen Alltag zum Tragen kommt, sondern auch in Situationen, in

denen Studierende um die Abgabe »objektiver« Einschätzungen zur Studiensituation gebeten werden.

Für die Zusammenhänge zwischen der Studienmotivation und den Einschätzungen konkreter Aspekte (motivationsspezifische Effekte) wurden vorab keine Hypothesen gebildet – sie wurden als Entdeckungszusammenhang behandelt. Hier bestand das Anliegen der Untersuchung darin, einen kategorialen Überblick für spätere Untersuchungen zu gewinnen. Für die Analyse wurden einige der im Datensatz verfügbaren Studierendenurteile ausgewählt und in zwei Kategorien unterteilt:

A) Beurteilung der Studiensituation:

Erreichbarkeit der Lehrenden, Modulangebot, Wahlmöglichkeit in anderen Fächern, Anforderungsniveau Eignungsfeststellungsprüfung, Transparenz der Anforderungen für die Eignungsfeststellungsprüfung,⁴ Ausfallhäufigkeit von Lehrveranstaltungen, Niveau der Leistungsanforderungen, Klarheit der Prüfungsanforderungen, Konkurrenz zwischen Studierenden, Beziehung zwischen Studierenden und Lehrenden, Überfüllung von Lehrveranstaltungen

B) Einschätzungen zum Charakter/zur Ausrichtung des Studiengangs:

Faktenwissen erwerben, Umsetzung des Gelernten in die Praxis, zugrundeliegende Prinzipien verstehen, mit theoretischen Fragen auseinandersetzen, Interessenschwerpunkte entwickeln, überfachliche Kompetenzen erwerben, komplexe Sachverhalte selbständig analysieren, Forschungsmethoden selbständig anwenden, Lehrmeinungen des Fachs diskutieren, fachliche Spezialisierung entwickeln, interne Abstimmung der Modul-Lehrveranstaltungen, Gliederung des Studienaufbaus allgemein, Internationale Ausrichtung des Studiengangs

Die Prüfung der Zusammenhänge zwischen der Studienmotivation und den Einschätzungen erfolgte in zwei Stufen. Zunächst wurden bivariate Zusammenhangsanalysen (Varianzanalysen, anschließend Korrelationen) zwischen den Studienmotivationstypen und Einschätzungen zur Studiensituation durchgeführt. Wo sich Interaktionen zeigten, wurde im zweiten Schritt mit multivariaten Verfahren (Regression) untersucht, ob sich die

⁴ Die Eignungsfeststellungsprüfung gehört in den befragten Master-Studiengängen (mit Ausnahme der Lehramtsstudiengänge) zum Bewerbungsverfahren und wird jeweils in mündlicher Form als Gespräch oder in schriftlicher Form als Klausur oder Arbeitsprobe (z.B. Essay) erbracht.

gefundenen Zusammenhänge durch Hinzunahme von erklärenden Variablen verfeinern ließen. Die statistische Prüfung kann hier nicht im Detail gezeigt werden. Es wird deshalb eine kompakte Zusammenfassung der Ergebnisse anhand der einzelnen Studienmotivationstypen gegeben.

Entfaltungs- und gestaltungsorientierter Studienmotivationstyp

Die entfaltungs- und gestaltungsorientierte Motivation zeigte zwar Einflüsse auf die Beurteilungen der Studiensituation, jedoch nur bei wenigen der untersuchten Items und in vergleichsweise schwachem Maße.⁵ Die Studierenden mit einer ausgeprägten Entfaltungs- und Gestaltungsorientierung schätzten das Modulangebot als besser ein und empfanden die Konkurrenz zwischen den Studierenden als stärker. Auch attestierten sie ihrem Studiengang in stärkerem Maße, dass er sie im selbständigen Analysieren von komplexen Sachverhalten schult. Durch die getrennte Betrachtung der beiden in Abschnitt 1 angesprochenen Subtypen kommt bei den stark auf individuelle Entfaltung orientierten Studierenden außerdem zum Tragen, dass sowohl die Erreichbarkeit der Lehrenden, als auch die Beziehungen zwischen den Lehrenden und Studierenden als besser eingeschätzt werden. Die Konkurrenz zwischen den Studierenden wird dagegen nur vom gestaltungsorientierten Subtyp als stärker empfunden. In den multivariaten Tests ließen sich die gefundenen Zusammenhänge oft durch die Hinzunahme einer Hochschulherkunftsvariable⁶ verstärken, wenngleich nur moderat. Der Zusammenhang zwischen Studienmotivation und bestimmten Einschätzungen kam also stärker zum Tragen, wenn zuvor an derselben Hochschule studiert wurde. Darin deutet sich an, dass neben der Studienmotivation auch Identifikationsfaktoren einen Einfluss auf die Einschätzungen der Studiensituation haben.

Wenngleich einige der gefundenen Zusammenhänge gut zu den Überzeugungen und Einstellungen des entfaltungs- und gestaltungsorientierten Typs passen, so zeigte sich in ihnen doch insgesamt kein »System«. Der Beitrag dieses Motivationstyps zur Erklärung der Zusammenhänge zwischen Studienmotivation und Einschätzung der Studiensituation ist zu

⁵ Die Stärke der gefundenen Zusammenhänge bewegte sich hier in einem Rahmen von $r^2 = 0,03$ bis $0,08$.

⁶ Es wurde eine dichotome Variable gebildet, die erfasst, ob im vorherigen (Bachelor-)Studiengang an der Universität Leipzig oder einer anderen Hochschule studiert wurde.

recht begrenzt. Für weitergehende Untersuchungen der Thematik bleibt zu klären, ob und wie dieser Motivationstyp modifiziert und eingebunden werden kann.

Statusorientierter Studienmotivationstyp

Auch bei der statusorientierten Motivation zeigten sich in der Analyse Einflüsse auf die Beurteilungen der Studiensituation. Zwar bestehen die Zusammenhänge hier ebenfalls nur bei einzelnen Items, doch in deutlich höherer Zahl als bei den Entfaltungs- und Gestaltungsorientierungen. Die Stärke der Zusammenhänge stellte sich bivariat meist schwach und in den multivariaten Modellen schwach bis mittelstark dar.

Im Detail zeigte sich, dass Studierende mit einer ausgeprägten statusorientierten Studienmotivation das Anforderungsniveau der Eignungsfeststellungsprüfung deutlich höher einschätzten. Dieser Effekt stellte sich bereits in der bivariaten Betrachtung recht stark dar. Dazu passend, in der Stärke des Zusammenhangs aber schwächer, attestierten die Statusorientierten ihrem Studiengang höhere Leistungsanforderungen. Außerdem betonten sie bei den Studiengangscharakteristika stärker den Erwerb von Fachwissen, bescheinigten ihrem Studiengang eine stärkere internationale Ausrichtung und empfanden darüber hinaus stärkere Konkurrenz zu anderen Studierenden. In den multivariaten Tests erwies sich die Teilnahmehäufigkeit an Seminarsitzungen als bedeutende Kontrollvariable: Statusorientierte Studierende, die angaben, häufig an den Seminarsitzungen teilzunehmen, empfinden Leistungsanforderungen und Konkurrenz als höher bzw. stärker, als diejenigen, die sich eher selten sehen lassen. Der empfundene Aufwand bzw. die empfundene Belastung wird durch häufigere »Konfrontation« offenbar verstärkt. Die Einschätzungen der Leistungsanforderungen zeigten darüber hinaus einen deutlichen Geschlechtereffekt: Studentinnen mit einer ausgeprägten Statusorientierung schätzen die Leistungsanforderungen als höher ein als ihre männlichen Kommilitonen. Dieser Effekt ließ sich auch unabhängig von der Studienmotivation zeigen, kumulierte jedoch mit der Statusorientierung. Als Nebenbefund, aber passend zum Gesamtbild der Statusorientierungen, fiel im Zuge der Kontrollvariablenanalyse auf, dass statusorientierte Studierende deutlich weniger Zeit investieren, um sich auf Lehrveranstaltungen vorzubereiten.

Zusammenfassend stellen sich auch die Effekte der statusorientierten Studienmotivation auf die Einschätzungen zur Studiensituation noch recht

fragmentarisch dar, doch scheint hier bereits ein Muster durchzuschimmern. Im Sinne der Basishypothese scheinen Studierende mit einer ausgeprägten Statusorientierung, hinsichtlich der Studiensituation und der Charakteristika ihres Studiengangs solche Dinge hervorzuheben, von denen sie sich (abgesehen vom Studienabschluss an sich) eine positive Wirkung für ihre späteren Berufs- und Einkommenschancen sowie ein schnelleres Erreichen des Abschlusses versprechen. Daneben zeigen sich motivationspezifische Effekte. So werden von den statusorientierten Studierenden Aspekte stärker betont, die einem »reibungslosen« Absolvieren des Studiums entgegenstehen, beispielsweise hohe Leistungsanforderungen, anstehende Prüfungen und offenbar auch der Konkurrenzdruck zwischen den Studierenden. Diese Dinge werden dabei nicht einfach als »unnötiger Aufwand«, sondern als ernsthafte Belastung (Stress) empfunden – so die Vermutung. Für spätere Untersuchungen ergibt sich daraus die Frage, ob positive oder negative Einschätzungen zur Studiensituation zu einem entsprechend höheren oder geringeren Belastungsempfinden der Studierenden führen. Die Überlegung knüpft an die Stressforschungen der Gruppe um R. S. Lazarus an: Danach ist Stressempfinden in erster Linie als Folge des Ausbleibens von Erfolgserlebnissen (uplifts) bzw. dem permanenten Erleben von Aufwand und Mühe (hassles) zu betrachten (dazu Lazarus et al. 1981, Lazarus 1984). Ob etwas als Aufwand oder als Erfolg definiert wird, hängt maßgeblich von individuellen Überzeugungen, Werten und Erwartungen ab (Lazarus 1984: 382).

Wissenschaftsorientierter Studienmotivationstyp

Die wissenschaftsorientierte Studienmotivation zeigte in der Analyse zahlreiche Einflüsse auf die Studierendenurteile. Die Stärke der Zusammenhänge variierte sowohl bivariat, als auch in den multivariaten Modellen recht deutlich, zwischen schwach und mittelstark.

Ein nahezu lückenloses Einflussmuster offenbarte sich bei den Einschätzungen zur Charakteristik bzw. Ausrichtung des Studiengangs. Die Studierenden mit ausgeprägt wissenschaftsorientierter Studienmotivation attestierten ihrem Studiengang in deutlich stärkerem Maße, dass er durch das Analysieren komplexer Sachverhalte, das selbständige Anwenden von Forschungsmethoden, das Diskutieren alternativer Lehrmeinungen sowie das Verstehen zugrundeliegender Prinzipien charakterisiert ist und darüber hinaus, dass er das Entwickeln eigener Interessenschwerpunkte begünstigt.

Zudem schätzten sie die Abstimmung der Lehrveranstaltungen innerhalb eines Moduls und die allgemeine Gliederung des Studiengangs positiver ein. Neben diesen Studiengangscharakteristika zeichneten die wissenschaftsorientierten Studierenden in stärkerem Maße das Bild einer kooperativen Studienatmosphäre. Sie beurteilten die Beziehungen zwischen den Lehrenden und Studierenden und die Erreichbarkeit der Lehrenden positiver. Die Konkurrenz zwischen den Studierenden nahm für sie keine exponierte Rolle ein. In den multivariaten Tests zeigten die Identifikationsfaktoren (zuvor an derselben Hochschule studiert) und Teilnahmehäufigkeit an Lehrveranstaltungen eine verstärkende Wirkung. Während der Kontrollvariablenanalyse fiel darüber hinaus auf, dass wissenschaftsorientierte Studierende in die Vorbereitung von Lehrveranstaltungen mehr Zeit investieren.

In der zusammenfassenden Betrachtung treten die Einflüsse der wissenschaftsorientierten Studienmotivation auf die Einschätzungen zur Studiensituation etwas deutlicher hervor, das Bild bleibt aber auch hier noch lückenhaft. Mit der Basishypothese korrespondiert, dass die Studierenden mit wissenschaftsorientierter Studienmotivation insbesondere bei den Charakteristika ihres Studiengangs solche Aspekte stärker betonen, von denen sie positive Wirkungen für das Aneignen wissenschaftlicher Methoden und Denkweisen sowie für die späteren Berufschancen im Wissenschaftssektor erwarten. Motivationsspezifische Effekte zeigten sich in einer positiveren Einschätzung der Beziehungen zu den Lehrenden. Gegenteilige Effekte, nämlich dass wissenschaftsorientierte Studierende bestimmte Aspekte negativer bewerteten, weil sie ihren Interessen und Erwartungen entgegenstehen, ließen sich nicht zeigen.

Für alle drei Studienmotivationstypen lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Motivationen Einfluss auf die Beurteilungen der Studierenden haben. Zwar kommen die Effekte nicht in voller Breite, sondern nur in Teilbereichen zum Tragen, doch sind dies Teilbereiche, die durchaus relevant sind (Ausrichtung des Studiengangs, Studienklima, Belastungsempfinden). Ein stringentes Muster der Einflüsse mit entsprechenden motivationsspezifischen Effekten zeigte sich in der Untersuchung nur ansatzweise, und auch nur bei den statusorientierten und wissenschaftsorientierten Studienmotivationen. Dies und die schwankenden Zusammenhangsstärken der gefundenen Effekte dürften vor allem auf den begrenzten Umfang der Stichprobe zurückzuführen sein. Nicht nur um dies zu klären bedarf es weiterer Untersuchungen mit größeren Stichproben. Auch muss natürlich

geprüft werden, ob die in dieser Untersuchung aufgezeigten Effekte zufällig bestanden, oder sich in weiteren Untersuchungen bewähren.⁷ Im Zuge weiterer Untersuchungen gilt es außerdem, die Instrumente zum Erheben der Studienmotivation zu verfeinern. So zeigte sich in den fünfstufigen Skalen dieser Untersuchung eine ausgeprägte Tendenz zur Mitte, mit entsprechenden Nachteilen für die Zusammenhangsanalyse.

Resümee

Wenngleich die vorliegende Untersuchung etwas fragmentarisch bleibt und die verwendete Stichprobe nur eingeschränkte Aussagekraft hat, so konnte sie doch zwei Dinge sehr deutlich zeigen: Zum einen weisen Studierende divergierende Sets an komplexen Studieninteressen und -einstellungen (Studienmotivationen) auf. Zum anderen ist von diesen Interessen und Einstellungen wesentlich abhängig, wie Studierende ihren Studiengang und die Studiensituation im Rahmen von Studierendenbefragungen bewerten. Die Studierenden betonen jene Aspekte stärker, von denen sie sich eine positive Wirkung auf ihre individuellen Studienziele und -interessen versprechen. Darüber hinaus deutete sich in der Untersuchung an, dass neben der Studienmotivation weitere Faktoren Einfluss auf die Studierendenurteile haben (z.B. Identifikation, Studierstil etc.).

Angesichts dieser Ergebnisse kann bezweifelt werden, ob Studierendenbefragungen als ein Instrument zur »objektiven Einschätzung der Studienqualität« betrachtet werden können, wie es beim gegenwärtigen und eingangs beschriebenen Qualitätsmanagement-Trend der Fall ist. Auch die zu wesentlichen Teilen auf Umfrageergebnissen basierenden Rankings erscheinen dabei einmal mehr als fragwürdig. Sie vermitteln künftigen Studierendengenerationen nicht nur ein unterkomplexes Bild des Studiums und Studierens. Darüber hinaus bieten sie ihnen eine Orientierungs- und Entscheidungshilfe an, die zumindest teilweise auf subjektiven Einschätzungen beruht.

Dies soll jedoch keineswegs bedeuten, dass Studierendenbefragungen obsolet sind. Denn durch sie bietet sich nicht nur die Möglichkeit, die recht

⁷ In einer weiteren, bereits angelaufenen Untersuchung mit einer größeren Stichprobe von Bachelor-Studierenden haben sich bereits einige der hier aufgezeigten Effekte bestätigt.

fragmentarischen Erkenntnisse über die Orientierungen und Handlungsweisen von Studierenden zu systematisieren. Sie sind darüber hinaus ein Instrument zur Dauerbeobachtung, um im Blick zu behalten, wie sich Studieninteressen und -einstellungen entwickeln, und um auf dieser Grundlage überlegen zu können, wie man mit ihnen umgeht. Natürlich ist diese Herangehensweise aufwendig, vermutlich aber ergiebiger als ein Set grüner und blauer Punkte.

Darüber hinaus hat die vorliegende Untersuchung wichtige Hinweise für eine weitergehende Analyse der Thematik gegeben. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Optimierung der Erhebungsinstrumente für die Studienmotivation durch Skalen mit weniger stark ausgeprägter Mittentendenz. Zudem wurden im Rahmen der Untersuchung einige Fragen aufgezeigt, die an die Problematik des Zusammenhangs von Studienmotivation und Evaluation anschließen. So stellt sich mit Blick auf die noch näher zu untersuchende Heterogenität der Studienmotivationen die Frage, ob diese studienfachspezifisch variiert bzw. welche Interaktionen zwischen Studienmotivation und Studienfach bestehen.

Literatur

- Fishbein, M., Ajzen, I. 1975: *Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research*. Reading, Ma: Addison-Wesley.
- Großmann, D. 2007: Studienanfänger in Leipziger Bachelorstudiengängen der Sozialwissenschaften. *Soziologie*, 36. Jg, Heft 2, 156–170.
- Kromrey, H. 2001: Studierendenbefragungen als Evaluation der Lehre? In U. Engel (Hg.), *Hochschulranking. Zur Qualitätsbewertung von Studium und Lehre*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 11–47.
- Lazarus, R. S. 1984: Puzzles in the Study of Hassles. *Journal of Behavioral Medicine*, 7. Jg., Heft 4, 375–389.
- Lazarus, R. S., Coyne, J. C., Schaefer, C., Kanner, A. D. 1981: Comparison of two modes of stress measurement: Daily hassles and uplifts versus major life events. *Journal of Behavioral Medicine*, 4. Jg., Heft 1, 1–39.
- Simeaner, H., Ramm, M., Kolbert-Ramm, C. 2010: *Datenalmanach – Studierenden survey 1993–2010*. In Universität Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, *Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung* Nr. 59.
- Vobruba, G. 2008: Studierende als transitorische Intellektuelle. *Soziologie*, 37. Jg., Heft 1, 27–40.

Wissenschaftliche Evaluation ja – CHE-Ranking nein

Methodische Probleme und politische Implikationen des
CHE-Hochschulrankings

Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Seit dem Jahr 1998 werden in jedem Frühjahr die Ergebnisse des CHE-Hochschulrankings veröffentlicht, das aus einer Ranggruppenliste der universitären Standorte verschiedener akademischer Fachdisziplinen besteht. Durch die seit 2005 stattfindende Publikation in DIE ZEIT bzw. im ZEIT-Studienführer hat dieses Ranking eine hohe öffentliche Sichtbarkeit erhalten.

Seit der ersten Durchführung des CHE-Rankings sind in der Soziologie immer wieder Zweifel an dessen fachlicher Qualität geäußert worden. Dennoch haben die Institute unseres Faches mit Blick auf die Informationsbedürfnisse derer, die sich für ein Studium der Soziologie interessieren, an der Datenerhebung für das Ranking teilgenommen. Dass die Soziologie bzw. die Sozialwissenschaften in der Vergangenheit mit einem eigenen Professions- und Fachvertreter im CHE-Fachbeirat repräsentiert waren und dabei ihre Einflusskanäle und Kontrollaufgaben möglicherweise nicht oder jedenfalls nicht effektiv genug ausgeübt und genutzt haben, sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, sondern durchaus selbstkritisch angemerkt.

Seit Mitte des letzten Jahres haben jedoch die sich häufenden fachlichen und wissenschaftspolitischen Bedenken an verschiedenen universitären Standorten der Soziologie zu einem Umdenken geführt. Das – vom CHE wiederholt sehr gut bewertete – Institut für Soziologie der Universität Jena beschloss zum damaligen Zeitpunkt, sich nicht weiter am Hochschulranking beteiligen zu wollen. Daraufhin hat sich der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie eingehend mit dem CHE-Ranking befasst. Nach

dem Studium der zugänglichen Dokumentationen und einem längeren Gespräch mit den zuständigen Vertreterinnen des Centrums für Hochschulentwicklung gelangte der Vorstand diesbezüglich zu einer Einschätzung und Empfehlung, die im Folgenden dokumentiert werden. Das Konzil der DGS schloss sich dieser Einschätzung an und beschloss die daran anknüpfenden Empfehlungen auf seiner Sitzung vom 20. April 2012 einstimmig.

Fachliche und wissenschaftspolitische Beurteilung des CHE-Rankings

Das CHE-Ranking weist zum einen gravierende methodische Schwächen und empirische Lücken auf. Zum anderen laden die summarische Bewertungspraxis und die spezifischen Publikationsformate des Rankings systematisch zu Fehldeutungen ein. Auf beide Aspekte ist hier ausführlicher einzugehen.

Fachliche Beurteilung: Forschungsindikatoren

Die Qualität der an den einzelnen universitären Standorten geleisteten Forschung ist zumindest zeitweise auf der Grundlage von Publikationsdatenbanken erhoben worden, die nicht nur der Wissenschaftsrat, sondern mittlerweile auch das CHE selbst als nicht geeignet oder jedenfalls für das Fach Soziologie als nicht hinreichend aussagekräftig beurteilen. Ersatzweise berechnet das CHE nun zur Abbildung der Forschungsleistung die je (auf Haushaltsstellen) beschäftigten Wissenschaftler eingeworbenen Drittmittel. Dabei werden ohne weitere Differenzierung beispielsweise auch die Stellen des Hochschulpaktes – die ausdrücklich nicht für die Forschung, sondern zur Bewältigung von Lehrlasten geschaffen wurden – zum Divisor der Drittmittelgrößen gemacht. Faktisch bedeutet dies, dass sich mit steigender Lehrbelastung eines Instituts (etwa in der Lehrerbildung) rein rechnerisch dessen Forschungsleistung pro Kopf, die das CHE zu »messen« beansprucht, verschlechtert. Dass hiervon insbesondere jene Universitäten betroffen sind, die aufgrund ihrer regionalen Lage im Zuge des Hochschulpaktes sehr viele Studierende aufgenommen haben, liegt auf der Hand. Damit obliegt die »Beweislast« der Forschungsqualität der einzelnen Institute

praktisch vollständig dem subjektiven Kriterium ihrer diesbezüglichen Reputation bei den Fachkollegen und -kolleginnen an anderen – in der Logik des Rankings: konkurrierenden – Standorten. Wer sich an der entsprechenden Befragung der Hochschullehrer/innen einmal selbst beteiligt hat, weiß um deren methodische Schlichtheit und inhaltliche Undifferenziertheit. Die Aussagekraft solcher standortbezogener Pauschalurteile für Studieninteressierte als den erklärten Adressat/innen des Rankings ist als durchaus zweifelhaft zu bezeichnen.

Fachliche Beurteilung: Lehrindikatoren

Für eben diese Adressat/innen ist naheliegender Weise das zentrale Kriterium für eine mögliche Studienortentscheidung die Qualität der Lehre an unterschiedlichen soziologischen Instituten. Diese wird vom CHE jedoch maßgeblich auf der Grundlage einer Studierendenbefragung erhoben, die gekennzeichnet ist durch (a) schwache Rücklaufquoten (in der Soziologie zuletzt 19,3%), (b) geringe Fallzahlen (an jeder dritten Universität weniger als 30 Studierende des Faches) und (c) eine völlig ungeklärte Selektivität der Befragung, so dass die Gefahr von Zufallsaussagen entsprechend groß ist. Die Ziehung einer echten Zufallsstichprobe mit berechenbarer Auswahlwahrscheinlichkeit wird – was dem CHE durchaus bekannt ist – keineswegs von allen Universitäten geleistet. Zudem kann eine schriftliche Befragung ohne systematisches Mahnwesen und Nonresponse-Studie faktisch keinerlei Aussagekraft für sich beanspruchen und würde spätestens nach der Grundausbildung in der Methodenlehre für jede/n Soziologiestudierende/n schlicht als absurd erkennbar. Insofern sind an den Ergebnissen der Studierendenbefragung des CHE, die in der Diskussion um das Ranking nicht selten als Möglichkeit studentischer Partizipation qua Evaluation gewertet wird, massive Zweifel anzubringen.

Hingegen werden für die Einschätzung der Studiensituation wichtige, wenn nicht gar entscheidende, und von den Lehrenden nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen überhaupt nicht in die Analyse (und Bewertung) einbezogen – so etwa (a) die jeweiligen Betreuungsrelationen (Lehrdeputat der auf Haushaltsstellen beschäftigten Dozent/innen bezogen auf Kopf- bzw. Fallzahlen an Studierenden), (b) die damit verbundenen rechnerischen (und realen) Lehrveranstaltungsgrößen oder (c) die Leistungsfähigkeit von Prüfungsämtern. Auch wird auf die Erhebung qualitativer Daten

verzichtet, die für die Lehrqualität an den einzelnen Standorten ebenso wie für die Studienwahlentscheidung potenzieller Studierender in höchstem Maße relevant sind bzw. wären, etwa die inhaltliche Schwerpunkt- und Profildingungen in verschiedenen soziologischen Studiengängen oder die systematische Rückbindung der Lehre an die am jeweiligen Institut – wie drittmittelintensiv oder reputierlich auch immer – betriebene Forschungspraxis. Bei einer derart ungenügenden und äußerst selektiven, faktisch irreführenden Datenlage ist die Bildung einer Rangreihenfolge von Instituten mit Blick auf ihre Lehrleistung schlechterdings nicht zu rechtfertigen.

Wissenschaftspolitische Beurteilung: Bewertungspraxis und Publikationsformate

Dass das Centrum für Hochschulentwicklung aber eben dies bezweckt und in der Tat auch »leistet«, nämlich auf Grundlage einer äußerst zweifelhaften Datenbasis die universitären Standorte der Soziologie in »gute« und »schlechte« – oder »bessere« und »schlechtere« – Institute zu unterteilen und in entsprechender Scheineindeutigkeit hierarchisch zu listen, ist das eigentliche Problem des Hochschulrankings. Die Publikationsformate desselben laden mit ihrer pauschalen Bewertungspraxis und ihren vereinfachenden Darstellungsweisen zu systematischen Fehlwahrnehmungen der Sachlage im Fach Soziologie ein.

Zwar erhebt das CHE für die Soziologie insgesamt circa 18 Indikatoren für Forschungs- und Lehrqualität und veröffentlicht diese auch in der Internet-Version des Rankings – wobei man für die Beschreibung der einzelnen Indikatoren und ihrer Herleitung freilich aufs Kleingedruckte verweist, was die allerwenigsten Leser/innen nachvollziehen dürften. In der Print-Version in DIE ZEIT bzw. im ZEIT-Studienführer werden aber nicht etwa diese 18 Indikatoren zu Indizes zusammengefasst, sondern vielmehr nur 5 bis 6 Indikatoren selektiv ausgewiesen, ohne dass dies bei oberflächlicher Lektüre erkennbar wäre und die Auswahl überhaupt begründet würde. Dabei werden sowohl für die Forschungs- wie für die Lehrqualität ausschließlich die subjektiven Einschätzungen aus den – wie gesehen – methodisch äußerst zweifelhaften Befragungen als Bewertungen vorgelegt. In diesem Zusammenhang täuscht auch und gerade das simplifizierende Ranking mithilfe der (mittlerweile in die Farben Grün, Gelb und Blau überführten) Ampelsymbolik über die bemerkenswerte Dürftigkeit der Da-

tenbasis hinweg; mitunter kann eine einzige binär codierte Antwort auf ein Fragebogenitem zu einem »gute« oder »schlechte« Leistungen signalisierenden Ampelsymbol führen. Das CHE-Ranking suggeriert, sich hierbei ohne Weiteres den massenmedialen Präsentationserfordernissen beugend, eindeutige und verlässliche Urteile, die durch die verfügbaren Daten keineswegs gedeckt sind – und wo ganz offenkundig systematische Differenzierungen und dichte Beschreibungen angebracht und angemessen wären.

Es ist schon für sich genommen bedenklich, dass damit eine Irreführung eben derer betrieben wird, denen das CHE-Ranking nach Bekunden des Urhebers primär dienen soll – also all jener, die sich für ein Studium der Soziologie interessieren und denen genauere Auskünfte über einzelne Standorte bei der Wahl des Studienorts und Studiengangs in der Tat durchaus behilflich sein könnten. Diesbezüglich ist es womöglich Glück im Unglück, dass – soweit die Lehrenden der Soziologie ermitteln können – zumindest kaum eine/r derjenigen, die heute das Fach an deutschen Universitäten studieren, sich dabei vom CHE-Ranking entscheidend hat beeinflussen lassen. Es wird offenbar nur von einer kleinen Minderheit der Studieninteressierten überhaupt ernsthaft zur Kenntnis genommen – und das ist auch gut so.

Wirklich problematisch hingegen – und gänzlich unabhängig von seinem mangelnden Informationswert – wirkt sich das CHE-Ranking wissenschaftspolitisch aus. Somit erfüllt es, will man den erklärten Absichten seiner Urheber Glauben schenken, de facto einen Zweck, für den es »eigentlich« überhaupt nicht gedacht war. In der hochschulpolitischen Realität aber lädt das CHE-Ranking Fakultäts- und Hochschulleitungen sowie Ministerialbürokratien zu extrem simplifizierenden Lesarten ein, ja fordert diese geradezu heraus. Auf deren Basis können dann gegebenenfalls folgenschwere, jedoch sachlich im Zweifel unbegründete Strukturentscheidungen zur Soziologie als wissenschaftlicher Disziplin und zu ihren Studiengängen an einzelnen Standorten getroffen werden.

In Anbetracht der Gefahr solch politischer Verwendungsweisen des CHE-Rankings erscheint es umso bemerkenswerter, dass die Verantwortlichen des CHE sich nicht auf eine (wie auch immer unvollständig und unbefriedigend realisierte) Informationsfunktion beschränken wollen; auf die Konstruktion einer Rangreihenfolge der soziologischen Institute in Deutschland, die angemessener methodischer Grundlagen entbehrt, meinen sie nicht verzichten zu können. In dem Vorgespräch mit den CHE-Verantwortlichen wurde der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von

diesen offen mitgeteilt, dass es keine Möglichkeit für das Fach gebe, im Rahmen des vom CHE organisierten Verfahrens zwar seiner eigenen Informationsabsicht Genüge zu tun, sich der vorgegebenen Bewertungs- und Reihungspflicht hingegen zu entziehen. Für die DGS ist damit hinlänglich deutlich geworden, dass das CHE die Politisierung seines Hochschulrankings zumindest billigend in Kauf nimmt. Während die Urheber des Rankings behaupten, mit diesem bloß existierende Qualitätsunterschiede zwischen den universitären Standorten der Soziologie abzubilden, spricht nach Ansicht der Deutschen Gesellschaft für Soziologie viel dafür, dass das CHE-Ranking maßgeblich zur Konstruktion von »Differenz« und damit zur Spaltung der Hochschullandschaft im Fach Soziologie beiträgt.

Im schlimmsten Fall wirkt das Ranking damit langfristig im Sinne einer *self-fulfilling prophecy*: Was auf vermeintlich gesicherter empirischer Basis als »guter« oder »schlechter« Standort ausgewiesen wird, entwickelt sich womöglich auf lange Sicht – aufgrund von dadurch veranlassten strukturpolitischen Entscheidungen und irgendwann dann doch entsprechend sich verändernden Studierendenströmen – auch real zu einem solchen. Die Soziologie weiß wie keine zweite wissenschaftliche Disziplin um die handlungsleitenden Effekte sozialer Situationsdefinitionen. Sie sieht sich daher in der wissenschaftlichen Pflicht, auf die weitreichenden Konsequenzen von auf falschen Situationsdefinitionen beruhenden Handlungen hinzuweisen – und in der wissenschaftspolitischen Verantwortung, nicht weiterhin selbst zu solchen Konsequenzen beizutragen.

Empfehlungen zum Umgang mit dem CHE-Ranking

Weil das CHE-Ranking erstens gravierende methodische und empirische Mängel aufweist, zweitens Studieninteressierten als seiner erklärten Zielgruppe wesentliche Informationen vorenthält, dafür aber drittens wissenschaftspolitische Entscheidungsträger zu Fehlentscheidungen provoziert, muss sich das Fach Soziologie gegen diese Darstellung seiner Lehr- und Forschungsleistungen in der Medienöffentlichkeit zur Wehr setzen. Vorstand und Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gelangen auf der Basis dieser Einschätzung und den zuvor ausgeführten Begründungen derselben zu folgenden Empfehlungen:

1. Nachdem unsere Analysen und die Diskussion der erheblichen methodischen Mängel mit den zuständigen Vertreterinnen des CHE keine Aussicht auf zukünftige wesentliche Verbesserungen des CHE-Rankings ergeben haben, stellen wir hiermit fest, dass diese Evaluation grundlegenden Qualitätsanforderungen der empirischen Sozialforschung nicht entspricht. Als Fachgesellschaft der Soziologie fordern wir die soziologischen Institute an deutschen Hochschulen dazu auf, nicht länger durch ihre Teilnahme an diesem Ranking den Eindruck zu erwecken, dass sie ein empirisches Vorgehen unterstützen, das die Soziologie aus fachlichen Gründen ablehnen muss. Konkret bedeutet dies, dass die soziologischen Institute diesen Beschluss und seine fachliche Begründung gegenüber ihren Fachbereichs- und Hochschulleitungen sowie ihren Studierenden vertreten und erklären und sich insbesondere nicht an der für kommenden Jahr vorgesehenen Datenerhebung für das nächste CHE-Ranking der Soziologie beteiligen sollen.
2. Die DGS appelliert an wissenschaftspolitische Entscheidungsträger auf Hochschul- und Ministeriumsebene, sich bei ihren Überlegungen und Interventionen zur Weiterentwicklung des Fachs Soziologie an seinen verschiedenen Standorten nicht länger auf Einschätzungen und Informationen zu stützen, die aus dem CHE-Ranking hervorgehen. Es gibt bereits vorliegende verlässlichere Auskünfte; und im Einzelfall sollten anlassbezogene Evaluationen durchgeführt werden, wofür sowohl geeignete Konzepte als auch unvoreingenommene Einrichtungen bereitstehen.
3. Als empirisch arbeitendes sozialwissenschaftliches Fach beansprucht die Soziologie eine besondere Kompetenz bei der Beurteilung aller Arten von empirischer Sozialforschung, wozu auch Evaluationen wie das CHE-Ranking gehören. Diese Kompetenz impliziert im vorliegenden Fall die Verantwortung, auch anderen, diesbezüglich womöglich weniger sensiblen Fächern zu empfehlen, sich nicht länger am CHE-Ranking zu beteiligen. Denn die für die Soziologie festgestellten gravierenden Mängel und missbräuchlichen Nutzungen dieses Rankings kennzeichnen dessen Anwendung auf andere Fächer in gleicher Weise.
4. Die Soziologie ist ein in jedem Sinne evaluationskundiges Fach. Aus diesem Grund hat sie sich im Jahre 2006 für eine Pilotstudie des Wissenschaftsrates zum Rating (und gerade nicht Ranking) von Forschungsleistungen zur Verfügung gestellt. Dieses wissenschaftliche Rating hat in einem Verfahren von erheblicher sozialer und sachlicher

Komplexität exemplarisch deutlich gemacht, welchen Anforderungen eine seriöse und valide Wissenschaftsevaluation mindestens genügen muss. Um darüber hinaus den spezifischen und berechtigten Wünschen derer, die an einem Studium der Soziologie interessiert sind, nach einer Entscheidungshilfe bei der Studienfach- und Studienortwahl nachzukommen, wird die DGS selbst ein öffentlich zugängliches Informationsangebot aufbauen, in dem in Gestalt deskriptiver Informationen vor allem auch die lokalen Fachprofile ausgewiesen werden.

Methodische Genauigkeit und öffentlicher Nutzen des CHE Hochschulrankings

Erwiderungen auf die DGS-Stellungnahme

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) hat auf der Grundlage eines Vorstandsbeschlusses die soziologischen Institute und Fachbereiche in Deutschland dazu aufgerufen, sich nicht mehr am CHE-Hochschulranking zu beteiligen. Als Begründung werden vorgebliche methodische Schwächen und hochschulpolitische Argumente angeführt, zu denen das CHE im Folgenden Stellung nimmt.

Fachliche Beurteilung des CHE Rankings

Forschungsindikatoren

Der erste Kritikpunkt bezieht sich auf die Indikatoren zur Messung der Forschung. Das CHE Ranking befindet sich bei allen Dimensionen und Indikatoren in einem stetigen Prozess der Weiterentwicklung und der Anpassung an aktuelle Entwicklungen in den Fächern. So wurde auch der Diskurs innerhalb der Soziologie zur Leistungsmessung des Forschungsoutputs im CHE Ranking nachvollzogen.

Im Rahmen der Untersuchungen zum Forschungsrating des Wissenschaftsrates zeigte sich die Unzulänglichkeit der bis 2005 – auf Empfehlung seitens der Fachvertreter – für das CHE Ranking verwendeten Publikations-Datenbank. Für 2008 wies das CHE im Ranking übergangsweise,

die Entwicklung abwartend, einen Indikator zur internationalen Publikationstätigkeit aus. Dieser wurde bei der erneuten Bewertung der Soziologie im Jahr 2011 ebenso wenig wieder aufgenommen wie der, auf der zuvor genutzten Basis angelegte Publikationsindikator. *Auf Wunsch und im Sinne des Faches Soziologie wurde daher in der Soziologie auf die Publikationsanalyse verzichtet.* Daher kann keine Rede davon sein, das CHE publiziere Ergebnisse einer im Fach nicht akzeptierten bibliometrischen Analyse. Sobald seitens des Faches eine geeignete Vorgehensweise aufgezeigt wird, wird sie gerne wieder aufgenommen, zumal insbesondere in der Soziologie eine geeignete Publikationsanalyse ein zentraler Indikator für die Forschungsleistung wäre. Ohne Mitarbeit des Faches selbst, etwa bei der Weiterentwicklung der Datenbank oder bei der Entwicklung der Indikatoren, wird das jedoch nicht möglich sein. Die beschriebene Entwicklung, in der das CHE Ranking stets auf der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnis war, ist der DGS bekannt. An dieser Stelle sei zusätzlich darauf verwiesen, dass auch in den anderen Fächern jeweils in Zusammenarbeit mit den Fachvertretern ermittelt wird, ob und welche Datenbanken geeignet sind, die Publikationstätigkeit eines Faches abzubilden. Dies ist beispielsweise in der Erziehungswissenschaft gelungen. Sobald Zweifel an der Eignung auftauchen, wird auf die Veröffentlichung bibliometrischer Indikatoren verzichtet.

Da sich die Forschungsaktivitäten jedoch auch in der Soziologie nicht nur einseitig über eine Analyse der Publikationen abbilden lassen, werden im CHE Ranking seit Beginn der Untersuchungen verschiedene Forschungsindikatoren abgebildet, so dass auch ohne eine bibliometrische Analyse weiterhin Aussagen zur Forschungsaktivität getroffen werden können. Diese umfassen die folgenden Aspekte: Es wird die Anzahl der Promotionen und der Habilitationen berechnet, die zum einen wissenschaftliche Aktivität, zum anderen auch einen Hinweis auf das Ausmaß der Nachwuchsförderung darstellen. Durch die Einbeziehung der Drittmittel pro Wissenschaftler werden zudem zum einen die monetären Voraussetzungen für Forschungsaktivitäten als auch die gegenüber den Drittmittelgebern nachgewiesene wissenschaftliche Kompetenz und Förderwürdigkeit beleuchtet.

Die Grundlage der Kennzahlenberechnung bei den Drittmitteln unterliegt wie alle anderen Daten einem ständigen Optimierungsprozess. Dies trifft auch auf die Frage zu, in welcher Art und Weise unterschiedliche Personalstellen bei der Kennzahlenberechnung berücksichtigt werden.

Die Definition der Bezugsgröße soll im CHE Ranking nicht im Sinne einer Effizienzmessung erfolgen, sondern eine bundesweit vergleichbare

Kontrolle der Größe der Fachbereiche ermöglichen. Die DGS kritisiert hier die Einrechnung von aus Hochschulpaktmitteln finanziertem Personal in die Gesamtzahl des wissenschaftlichen Personals. Dies betrifft am ehesten Baden-Württemberg und Bayern, da dort u.a. Lehrprofessuren eingerichtet wurden. Die anderen Länder haben eher den Lehranteil erhöht, die Neubesetzung beschleunigt, neue Stellen geschaffen, ohne diese rein auf Lehre auszurichten, oder Seniorprofessoren eingerichtet. Auch wurden aus Mitteln des Hochschulpaktes zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter helfen, auch wenn sie überwiegend in der Lehre eingesetzt werden, dabei, die Belastungen der Professorinnen und Professoren zu reduzieren und damit auch Freiräume für die Forschung zu schaffen und stellen daher eine wichtige Größe dar, die bei der Kennzahlberechnung berücksichtigt wird. Neben der Einstellung von hauptberuflichen Mitarbeitern wurde im Hochschulpakt ein Schwerpunkt auf Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) gelegt. Der Anteil dieser LfbA stieg seit 2005 um 35 Prozent an. In die Kennzahlberechnung des CHE fließt diese Personalkategorie jedoch nicht ein.

Neben den drei genannten quantitativen Indikatoren können die Fakultäten im Ranking ihre Besonderheiten in der Forschung darstellen und auf Schwerpunkte, besondere Gebiete und Forschungserfolge in Form einer Selbstdarstellung verweisen. Zusätzlich haben die Fakultäten die Möglichkeit, einen Link zu ihrer eigenen Internetseite mit weiteren Informationen zur soziologischen Forschung an ihrer Hochschule anzugeben. Dies eröffnet die Möglichkeit, Forschungsaktivitäten speziell für die Zielgruppe der Studieninteressierten aufbereitet darzulegen. Somit wird in der Online-Version des Rankings das Fachprofil abgebildet, das sich aus beschreibenden und vergleichenden Informationen zusammensetzt. Das richtige Anliegen der DGS, dass natürlich die Ranking-Indikatoren alleine nicht eine Studienentscheidung begründen können, sondern qualitative Informationen über Profile und Inhalte ebenfalls erforderlich sind, ist durch das CHE Ranking erfüllt.

Zusätzlich wird aus der Befragung aller Professorinnen und Professoren des Faches ein Reputationsindikator ausgewiesen, wobei die Rücklaufquote in allen Fächern durchgängig sehr hoch ist; im Fall der Soziologie beispielsweise fast 40 Prozent (37,7%). Über alle Fächer hinweg liegt der Rücklauf deutlich über 40 Prozent. Es werden alle Professoren angeschrieben und gebeten, bis zu fünf Hochschulen zu benennen, die sie in ihrem Fach in der Forschung als führend erachten. Als mit hoher Reputation ver-

sehene Fakultäten werden im CHE Ranking nur solche klassifiziert, welche von mindestens einem Viertel der Befragten genannt wurden; darüber hinaus wird nicht in eine Mittel- und Schlussgruppe differenziert da dies nicht kompatibel mit der Fragestellung wäre. In den Fachbeiräten des Rankings wird regelmäßig deutlich, dass das Ergebnis der Befragung das Bild der Reputationshierarchie in den Fächern sehr genau trifft. Reputation ist kein und soll kein »Leistungsindikator« sein – genau deshalb ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Faktenindikatoren und Reputation insgesamt ein »rundes« Bild. Wie stark die Reputation, die von Luhmann als »zweite selektive Codierung« im Wissenschaftsrat bezeichnet wird, in einem Fach wirken kann, zeigt sich an einem Vergleich der Ergebnisse des Forschungsratings des Wissenschaftsrates mit den Ergebnissen des Reputationsindikators im CHE Ranking. Im Ergebnis zeigt sich eine hohe Übereinstimmung mit den – auf aufwändigste Weise ermittelten – Ergebnissen des Wissenschaftsrats. Mit Ausnahme der Universität Düsseldorf, der Universität Erfurt und der Jacobs University Bremen sind alle von den Gutachtern im Wissenschaftsrat-Rating hoch bewerteten Standorte zugleich die mit der höchsten Reputation unter den Professorinnen und Professoren, die für das CHE Ranking ermittelt wurden.

Lehrindikatoren

Eine wichtige Datenquelle für das CHE Ranking ist die Befragung der Studierenden. Für Studieninteressenten sind die Bewertungen der Studienbedingungen durch aktuell Studierende eine wichtige Information im Sinne einer spezifischen Peer-Perspektive. Für das CHE Hochschulranking wurden dazu im Herbst 2009 Studierende aus Bachelor-Studiengängen im Fach Soziologie befragt, einbezogen wurden dabei die Studierenden ab dem 3. Semester. War der Bachelor-Studiengang noch im Aufbau, konnten auch noch Studierende aus Diplom-Studiengängen befragt werden. Pro Fachbereich werden bis zu 500 Studierende zur Befragung eingeladen, in fast allen Fällen lag die Zahl in der Soziologie aufgrund der Studierendenzahlen an den einzelnen Standorten darunter. Somit war eine Zufallsauswahl seitens der Hochschule nicht nötig bzw. gar nicht möglich. Stattdessen wurden alle Studierenden der Zielgruppe zur Befragung eingeladen; es handelt sich an den meisten Standorten also um eine Vollerhebung! Insofern gab es an dieser Stelle auch keine Schwierigkeit mit der Stichproben-

ziehung, zumal die Hochschulen nach langjähriger Routine im Umgang mit Studierendenbefragungen für das CHE und HIS durchaus in der Lage sind, Zufallsstichproben aus einer größeren Zahl von Studierenden zu ziehen. Bedingt durch die eher geringen Studierendenzahlen im Fach Soziologie an den meisten Standorten in Kombination mit einer durchschnittlichen Rücklaufquote von knapp 20 % ergibt sich zwangsläufig, dass an etwa 2/3 der Standorte weniger als 30 Studierende geantwortet haben. Das bedeutet allerdings nicht, dass die antwortenden Studierenden nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der eingeladenen Studierenden aus dem jeweiligen Studiengang sind. Basierend auf Variablen wie z.B. Fachsemester, Geschlecht und Abiturnoten ergeben sich in den Befragungen keine Anzeichen für systematische Verzerrungen. Doppelteilnahmen sind aufgrund einer strengen Kontrolle des Zugangs zum Fragebogen mittels individueller Passwörter nicht möglich.

Sofern Standorte mit Rückläufen kleiner als 30 Studierende vorhanden sind, wird anhand eines strengen Verfahrens geprüft, ob die Urteile hinreichend verlässlich sind (die Methode arbeitet mit absoluten Mindestgrößen, Mindestrücklaufquoten und einer auf Konfidenzintervallen basierenden Zuordnung zu den Ranggruppen). Sobald auch nur Zweifel an einer verlässlichen Zuordnung zu einer der Ranggruppen auftreten, wird für die betreffende Hochschule der Indikator nicht ausgewiesen (was die grauen Spiegelstriche, die von der DGS als »Lücken« bezeichnet werden, in den Ranking-Tabellen erklärt, die seit verganginem Jahr durch eine weitere Verschärfung dieses Verfahrens zugenommen haben). Über weitere statistische Verfahren stellt das CHE sicher, dass bei zu geringen Unterschieden in der Bewertung kein Ranking ausgewiesen wird. D.h. entgegen der Meinung der DGS wird (Leistungs-)Differenz nur abgebildet, wenn sie tatsächlich vorhanden ist.

Seit 2010 lädt ein großer Teil der beteiligten Hochschulen ihre Studierenden per E-Mail zur Befragung ein. Ein Vorteil hierbei ist, dass sich problemlos gezielte Erinnerungen an die Studierenden verschicken lassen. Zusätzlich werden die verantwortlichen Ansprechpartner in den Fachbereichen vor Ort vom CHE über den Fortgang der Befragung informiert; so bietet sich ihnen die Möglichkeit, die Studierenden auf die Befragung hinzuweisen und zur Teilnahme zu ermuntern. Die Erinnerungsfunktion ist also im CHE Ranking vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut; Ziel ist letztlich eine vollständige Kontaktierung der Studierenden per E-Mail,

die allerdings an einigen Hochschulen derzeit noch nicht möglich ist, weil zu wenige Studierende die hochschuleigene Mailadresse nutzen.

Analysen der Daten an Hochschulen, die Erinnerungen verschickt haben, geben Hinweise darauf, dass es sich bei den Nicht-Antwortenden zumeist um »passive« Nicht-Antwortende handelt, also solche, die nicht aus bestimmten Gründen die Auskunft verweigerten, sondern es in den meisten Fällen schlicht vergessen haben. Ihre »Verweigerung« hat somit weder mit den Inhalten der Befragung zu tun noch verzerrt sie die Ergebnisse. Es zeigt sich, dass zwischen den Bewertungen aus der ersten (ohne Erinnerung) und zweiten (nach Erinnerung) Welle keine Unterschiede bestehen. Ausgewertet wurden hierzu Daten von 62 Fachbereichen an 10 Hochschulen, die in der Studierendenbefragung 2011 ihre Studierenden per E-Mail eingeladen und auch erinnert hatten.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Bewertungen nach einer Erinnerung im Vergleich zur Bewertung durch die Studierenden, die in der ersten Welle geantwortet haben. Systematische Unterschiede in die eine oder andere Richtung sind nicht zu beobachten. Diese Analyse steht exemplarisch dafür, dass das CHE durch systematische Begleitforschung zum Ranking permanent die Qualität der Daten und Erhebungsinstrumente prüft.

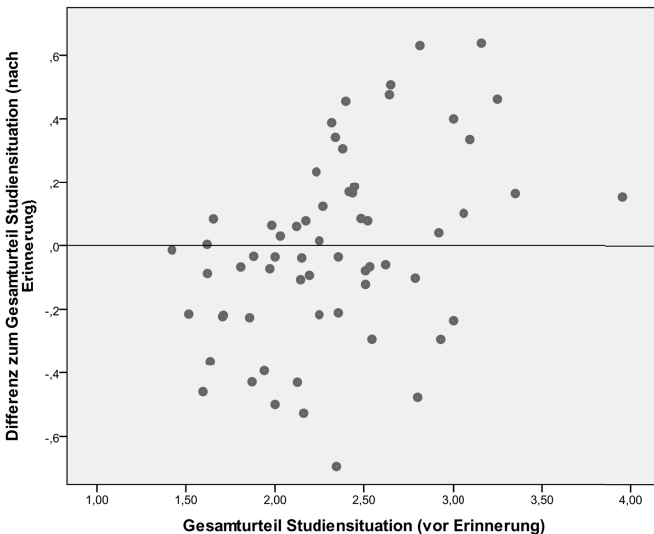


Abbildung:: Studierendurteil zur Gesamtsituation, Differenzen nach Erinnerung

Grundsätzlich ist es das Ziel des mehrdimensionalen CHE Rankings, Faktenindikatoren den erfahrungsbasierten Urteilen der Akteure gegenüberzustellen. Erst aus der Kombination von beidem ergibt sich ein aussagefähiges Gesamtbild. Wo immer dies auch mit Blick auf die Datenlage möglich ist, versucht das CHE Faktenindikatoren aufzunehmen. In manchen Fällen sind auf den ersten Blick eingängig scheinende Indikatoren aber für ein faires und verlässliches Ranking nicht geeignet. Ein Beispiel hierfür ist die von der DGS vorgeschlagene Betreuungsrelation, d.h. das Zahlenverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden. Die Betreuungsrelation ist gerade in Fächern wie der Soziologie, die hohe Lehrverflechtungen in Gestalt diverser Lehr-im- und -exporte mit anderen Fächern aufweisen, wenig aussagefähig und vergleichbar. Sie wird daher aus gutem Grund nur in wenigen Fächern mit geringen Lehrverflechtungen (z.B. der Humanmedizin oder in der Sozialen Arbeit an Fachhochschulen) im CHE Ranking ausgewiesen – dies im Konsens mit den Fachvertretern im Fachbeirat. Nahezu alle Fächer haben sich bislang gegen die Verwendung dieses Indikators ausgesprochen – auch die Soziologie und der DGS-Vertreter im Fachbeirat. Und auch die Erfahrungen des CHE aus dem internationalen U-Multirank-Projekt zeigen, dass auch international Konsens besteht, dass dieser Indikator nur sehr eingeschränkt aussagefähig ist. Hinzu kommt, dass eine gute quantitative Betreuungsrelation ein Zeichen für Studienqualität, aber auch für mangelnde Attraktivität eines Studienortes sein kann. Zudem zeigen die Ergebnisse, dass in einigen Fällen auch an Standorten mit einer guten numerischen Betreuungsrelation die Studierenden mit der Betreuung unzufrieden sind (und umgekehrt) – das reine Zahlenverhältnis also noch nichts über die Intensität und Qualität der Betreuung aussagt. Auch dies spricht für den Ansatz des CHE Rankings, durch eine Kontrastierung von Fakten und Bewertungen ein multi-perspektivisches Bild der Realität an den Hochschulen zu zeichnen.

Die von der DGS vorgeschlagene durchschnittliche Lehrveranstaltungsgröße ist ebenfalls kein geeignetes Kriterium, gibt es doch Veranstaltungstypen, wie etwa Vorlesungen, die durchaus in einem größeren Rahmen abgehalten werden können, während bei anderen Typen kleinere Teilnehmerzahlen geeignet sind. Zudem dürften gerade hier Durchschnittswerte über Veranstaltungsformen und Teilfächer wenig aussagekräftig sein. Gleichwohl ist es den Fächern unbenommen bzw. wird vom CHE hochgradig begrüßt – auch abseits der Teilnahme am Fachbeirat – neue Indikatoren vorzuschlagen. Das CHE setzt solche Vorschläge gerne um, sofern es praktisch mach-

bar ist und die entsprechenden Daten bei den Hochschulen oder in anderen Quellen flächendeckend und vergleichbar vorliegen.

Auch qualitative Daten werden im CHE Ranking entgegen der Behauptung der DGS erhoben und lassen sich in ausführlichen Textfeldern zu Fachbereichen als auch einzelnen Studiengängen in der Online-Version des Hochschulrankings nachlesen. Dass dies eine Druckfassung überfordern würde, liegt auf der Hand. Zudem sieht die aktuelle Konzeption vor, Profile von Fachbereichen in Zukunft noch stärker hervorzuheben und entsprechende Filtermöglichkeiten nach bestimmten inhaltlichen Ausrichtungen und Profilerkmalen ins Ranking aufzunehmen. Auch dies wird gerade in enger Zusammenarbeit mit den Fachvertretern der derzeit erhobenen Disziplinen entwickelt.

Fazit zur fachlichen Bewertung

Für die Aussage der DGS, das CHE Ranking genüge nicht den Standards der empirischen Sozialforschung, findet sich in den Ausführungen der DGS keinerlei tragfähige Begründung jenseits des Reklamierens eines allgemeinen fachlichen Alleinvertretungsanspruchs auf empirische Methodenkompetenz. Sicherlich sind größere Fallzahlen immer besser als kleine; die Stichprobengröße allein ist aber noch kein Maßstab für die Qualität einer Studie. In der Soziologie muss berücksichtigt werden, dass vielfach auch die Studierendenzahlen nicht sehr hoch sind. Mit der Weiterentwicklung des Ranggruppenverfahrens für die Studierendenbefragung ist es uns gelungen, eine fundierte Methodik zu entwickeln, die gerade dieser Problematik gerecht wird – auch um den Preis, dass wir für eine höhere Zahl an Fachbereichen keine Urteile mehr darstellen können. Einzelaspekte wie die Nennerbildung beim Drittmittelindikator oder die Aufnahme zusätzlicher Faktenindikatoren in der Lehre sind diskutierbar; das ist der normale Prozess der Weiterentwicklung einer elaborierten empirischen Methode, ist aber keine plausible Grundlage für ein negatives Gesamturteil und einen Boykottaufruf. Insofern erscheint es naheliegend, dass die primären Gründe der Ablehnung des CHE Rankings seitens der DGS eher auf hochschulpolitischer Ebene liegen.

Wissenschaftspolitische Beurteilung des CHE Rankings

Das CHE Ranking zeichnet ein Bild von Hochschulstandorten aus verschiedenen Perspektiven. Neben den Fakten zu den Fachbereichen und Studiengängen fließen die Perspektiven der Hochschullehrer und der Studierenden (und zum Teil auch von Absolventen) in das Ranking ein. Damit entsteht ein differenzierteres Bild als in Rankings, die nur auf der Befragung einer Personengruppe (z.B. nur Studierende, nur Personalchefs oder auch nur Professoren) beruhen und nur so lassen sich subjektive Einschätzungen und objektive Indikatoren kontrastieren. Nicht zuletzt deswegen spricht das Ranking neben der Primärzielgruppe – den Studienanfänger(inn)en – auch Hochschulangehörige an, die daran interessiert sind, wie ihre Hochschule *fachbezogen* im Vergleich zu anderen Hochschulen dasteht, um bspw. anhand dieser Informationen Verbesserungspotenziale ausloten zu können. Nicht zuletzt dadurch, dass in der Online-Version des CHE Rankings die vollständigen Ergebnisse – mit interaktiven Nutzungsmöglichkeiten – transparent dargestellt und frei verfügbar sind, hat es sich über die Jahre hinweg an den Hochschulen als faire, informative und qualifizierte Informationsquelle durchgesetzt. Aus diesem Grund werden auch die vom CHE zur Verfügung gestellten Detailauswertungen z.B. der Studierendenbefragung in den Hochschulen geschätzt. Die Multidimensionalität des Rankings in Verbindung mit dem Verzicht auf Rangplätze und der interaktiven, nutzerorientierten Auswahlmöglichkeit von Indikatoren sind die Faktoren, die dem CHE Ranking weltweit einen hervorragenden Ruf eingebracht haben und zum Vorbild für einige nationale Rankinginitiativen geworden ist.

Dies sei an drei Beispielen illustriert:

1. Andere Datenquellen verfügen meist über keine differenzierte fachbezogene Information. So werden z.B. die Drittmittel an Universitäten häufig zwischen den Fachbereichen innerhalb einer Uni verglichen. Durch das CHE Ranking gibt es die fachbezogene Vergleichsbasis – Fachbereiche können so darlegen, dass sie im hochschulinternen Vergleich mit anderen (insgesamt drittmittelintensiveren) Fächern vielleicht schwach dastehen, innerhalb ihres Faches aber zu den besten in Deutschland gehören. So kann ein Soziologie-Fachbereich gegenüber den Naturwissenschaften zwar drittmittelschwach, aber gegenüber anderen Soziologie-Standorten drittmittelstark sein.

2. Die Exzellenzinitiative in der Forschung birgt die Gefahr, dass Fachbereiche nur noch nach dem Erfolg in der Forschung beurteilt werden. Die differenzierten Informationen auch zu Lehre, Internationalität, Anwendungsorientierung usw. aus dem CHE Ranking helfen, aus dieser einseitigen Sicht herauszukommen und unterschiedliche Stärken von Fachbereichen transparent zu machen. Die DGS argumentiert, das CHE Ranking würde zur Spaltung der Hochschullandschaft beitragen. Faktisch ist aber das Gegenteil der Fall: Einer durch die Exzellenzinitiative beförderten Teilung in »erste und zweite Liga« wird durch das CHE Ranking gerade entgegengewirkt, indem es aufzeigt, dass Hochschulen in sehr vielen Bereichen exzellent sein können. Insofern macht das CHE Ranking neben Leistungsunterschieden auch die horizontale Differenzierung einer Hochschullandschaft deutlich, in der Hochschulen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionen ihren Platz finden.
3. Es gibt nicht wenige Beispiele, in denen Studierende oder Fachbereiche mit Hilfe des Rankings Verbesserungen anmahnen und gegenüber den Hochschulleitungen durchsetzen konnten. An der Universität Klagenfurt besetzten Studierende der Psychologie gestützt durch die Ranking-Ergebnisse das Rektorat, um eine Verbesserung ihrer Studienbedingungen zu erreichen (siehe »Die Presse«, 26.5.2010). Noch vor Publikation des jeweils aktuellen Rankings werden den Fachbereichen differenzierte Detailinformationen zur Verfügung gestellt (z.B. auch Kommentare der Studierenden zu den Studienbedingungen, die sie für interne Analysen und den Dialog mit den Rektoraten nutzen können). Insofern stärkt das CHE Ranking nicht einseitig die Hochschulleitungen, sondern liefert auch den Fachbereichen eine Argumentationsbasis.

Eine Leistungsdifferenzierung hat es in Forschung und Lehre immer gegeben. Natürlich ist es eine soziologische Grunderkenntnis, dass jede Beobachtung der sozialen Realität diese wiederum mit konstruiert; aber eine Leistungsdifferenzierung hat es auch vor dem Ranking bereits gegeben. Im Gegenteil: Hier ist das Ranking Ideologie-Kritik, in dem es den im deutschen Hochschulsystem lange gepflegten Mythos dekonstruiert, alle seien gleich gut. Unter den neuen Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems und des Einzugs von New Public Management in den Hochschulen wird Leistungsdifferenz nicht mehr ausschließlich im fachinternen Wettbewerb betrieben, sondern kommt innerhalb externer Steuerungsmaßnahmen zum Tragen. In diesem Zusammenhang hat der Wissenschaftsrat in seinem Pa-

pier »Empfehlung zur Bewertung und Steuerung von Forschungsleistungen« Standards postuliert, die dazu beitragen sollen, dass mit Rankings in diesem Zusammenhang verantwortlich umgegangen wird (Wissenschaftsrat 2011: 44): in Rankingverfahren sollten die Fachgesellschaften als Peers eingebunden werden, die Verfahren mehrdimensional angelegt sein und methodischen Standards gerecht werden. All diesen Punkten folgt das CHE Ranking.

Verfehlt wäre aus CHE-Sicht eine direkte Verwendung von Ranking-Ergebnissen für eine indikatorgestützte Mittelvergabe. Wann immer das CHE mit dieser Idee konfrontiert wurde, haben wir dies deutlich gemacht und entsprechende Ansinnen zurückgewiesen. Ein differenziertes, multidimensionales Ranking nach Ranggruppen macht eine solche Verwendung auch schwierig und ist dabei plakativen Rankings mit einem aggregierten Gesamtindikator überlegen. So erleichtert das CHE Ranking Hochschulleitungen und Ministerialbürokratien gerade nicht »simplifizierende Lesarten«, sondern verlangt eine differenzierte Bewertung von Fachbereichen.

Verbleibt der auf Seiten der DGS vermutete Zweifel, ob Entscheidungen überhaupt aufgrund von Daten getroffen werden sollten. In nahezu allen gesellschaftlichen und politischen Teilbereichen haben evidenz-basierte Entscheidungsverfahren Einzug gehalten. Auch aus CHE-Sicht erscheint es sinnvoll, verfügbare (und valide) Daten aus vielfältigen Quellen zur Fundierung von Entscheidungen heranzuziehen, aber niemals ohne kritische Reflexion und Interpretation. Daten können Entscheidungen unterstützen, aber keine strategische Entscheidung ersetzen. Eine Schwäche erfordert nicht notwendig einen Entzug von Geldern, im Gegenteil kann gerade eine Investition geboten sein, um die Schwäche zu beseitigen. Geringe Drittmiteleinwerbungen können unproblematisch sein, wenn nachweisbar spezifische Forschungsleistungen anders erbracht werden. Daten stoßen Diskussionen an, dürfen aber nicht Diskussionsergebnisse vorweg nehmen. Wenn sie so verwendet werden, sind die Entscheidungen besser, als wenn sie ohne Evidenzbasis im »Blindflug« getroffen werden. Wenn einzelne Akteure diesem Idealmodell nicht folgen, ist dies kein Grund, allen anderen Akteuren informatorische Entscheidungsgrundlagen zu entziehen.

Publikationsformate

Das Online-Ranking enthält mittlerweile detaillierte Angaben im Umfang von entsprechend jeweils etwa 1 bis 2 DIN A4-Seiten zu über 300 Hoch-

schulen mit knapp 2.700 Fachbereichen und rund 9.000 Studiengängen. Ausgedruckt würde das Ranking somit mindestens 12.000 Seiten füllen. Diese Informationstiefe kann nur im Medium Internet sinnvoll dargestellt werden.

Um den Studieninteressierten, die ja darüber hinaus zu Beginn ihrer Informationsrecherche kaum über Wissen über Hochschulen verfügen, diese Informationsmenge überhaupt zugänglich zu machen, wurde für das Ranking eine gestufte Informationsvermittlung entwickelt, die darauf abzielt, dass die Leser/User Schritt für Schritt tiefer in die Materie eintauchen:

Die auszugsweise Darstellung einzelner ausgewählter Fächer im Wochenblatt DIE ZEIT zielt darauf ab, eine breite Öffentlichkeit für die einzelnen Fächer und das Thema der Leistungs- und Qualitätsbewertungen zu erreichen. Im Artikel wird auf das *ZEIT Studienführer*-Heft sowie auf das Hochschulranking bei ZEIT ONLINE verwiesen.

Im *ZEIT Studienführer* wird, neben einer allgemein verständlich gehaltenen Einführung in die untersuchten Fächer, in der Tat eine Auswahl von Indikatoren je Fach präsentiert. Dabei hat sich das CHE aus gutem Grund für eine Auswahl von beispielhaften Indikatoren statt für eine Aggregation mehrerer Indikatoren zu einem Index entschieden. Gerade die von der DGS präferierte Berechnung von Indizes aus Einzelindikatoren, die Bestandteil eines »traditionellen« Ranking-Ansatzes war, ist in der internationalen Ranking-Diskussion zunehmend in die Kritik geraten, da es für die zur Berechnung der Indizes notwendige Gewichtung der Einzelindikatoren weder empirische noch theoretische Grundlagen gibt. Der multi-dimensionale Ansatz des CHE Rankings ohne »Gesamtwerte« vermeidet eine solche Entmündigung der Nutzer des Rankings, die – umgesetzt in der Online-Version – selbst über die Relevanz der einzelnen Indikatoren entscheiden können. Die Berechnung zusammenfassender *composite indicators* ist eine der gravierendsten Schwächen der meisten Rankings. Dies vermeidet das CHE Ranking daher aus gutem Grund. Wenn die DGS nun genau dieses methodisch unhaltbare Verfahren dem CHE Ranking vorschlagen will, ist das wenig überzeugend.

Die Auswahl der Indikatoren für die Übersicht wird gemeinsam mit den Vertretern der Fächer festgelegt. Die Indikatoren decken dabei eine inhaltliche wie perspektivische Bandbreite ab: Für die Soziologie werden neben Studierendenurteilen zur Studiensituation, zur Studierbarkeit und zur Methodenausbildung ein Fakten-Indikator zur internationalen Ausrichtung der Lehre sowie ein Fakten-Indikator zur Forschung, die Drittmittel pro Wissenschaftler, ausgewiesen. Als weiterer Indikator wird – um die Per-

spektive der Professoren einzubringen – die Forschungsreputation dargestellt. Diese Übersicht ist jedoch nur ein erster Einstieg ins Ranking.

Die größte Detailtiefe wird schließlich im Ranking auf ZEIT ONLINE erreicht. Die DGS verweist selbst darauf, dass in dieser kostenlosen »Vollversion« des Rankings die Forschungsleistung und die Lehrqualität z.B. in der Soziologie anhand von 18 »gerankten« fachbezogenen Indikatoren ausgewiesen wird. In anderen Fächern sind es über 30. Neben den gerankten Indikatoren findet sich auf den »Detailseiten« des Online-Rankings eine Vielzahl weiterer qualitativer und quantitativer Informationen zu den am jeweiligen Fachbereich angebotenen Studiengängen, angefangen von der Anzahl der Studierenden über die Regelstudienzeit und Anzahl der Credits bis hin zu vorgesehenen Auslands- und Praxisaufenthalten.

Darüber hinaus gibt es zu jedem Fachbereich und Studiengang von den Fachbereichen selbst formulierte, kurze Beschreibungen zu den Besonderheiten des Studiengangs und der Lehre am Fachbereich, zur Ausstattung und zum Forschungsprofil mit Verweisen (Links) auf die entsprechenden Fachbereichsseiten im Internet. Damit ist alles, was die DGS fordert, im CHE Ranking umgesetzt. Zudem stellt sich die Frage, ob ein vom Fach selbstgesteuertes Informationsangebot in der Lage sein wird, Studieninteressenten auch über kritische Punkte hinreichend zu informieren und ob rein deskriptive Information in ausreichendem Maße nutzerfreundlich sein kann.

Ranking-Nutzung

Der Einschätzung der DGS, das Ranking werde nur von einer kleinen Minderheit von Studieninteressierten (der Soziologie) ernsthaft zur Kenntnis genommen, widersprechen sämtliche dem CHE bekannte Fakten:

- In der Studienanfängerbefragung des HIS für das WS 2009/10 (Willich et al. 2011: 112) gaben 64% der Studienanfänger(innen) an, Rankings »genutzt« zu haben. 49% der Nutzer(innen) fanden sie besonders nützlich¹.
- Der *ZEIT Studienführer* erscheint jährlich in einer Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren.
- Für die Nutzung des Online-Rankings ist seit Mai 2012 eine Registrierung erforderlich. Bis Juli haben sich knapp 100.000 Nutzer registriert.

1 Jeweils Stufen 1+2 auf einer Skala von 1 = »in hohem Maße« bis 5 = »überhaupt nicht«

Hinzu kommt, dass das Ranking nicht als alleinige Informationsquelle bei der Studienwahl, sondern vielmehr als Ausgangspunkt für eine vertiefende Informationsrecherche im Internet gedacht ist. Neben den Links zu den einzelnen Hochschulen, Fachbereichen, sowie zum Hochschulkompass der HRK wird in der Fächerbeschreibung für die Soziologie auch auf das Online-Informationsangebot der DGS (www.sozioologie.de) verwiesen.

»Ampelsymbolik« (grün, gelb, blau)

Die – auf Wunsch der Hochschulen farblich modifizierte – Ampelsymbolik stellt ein mittlerweile weltweit anerkanntes Qualitätsmerkmal der CHE Ranking-Methodik dar. Dabei wird gerade keine (wie von der DGS postuliert) Rangreihenfolge der soziologischen Institute erstellt. Die Gruppenmethodik vermeidet die Ranglisten innewohnende Übertreibung von Unterschieden (»Nummer 21 ist besser als Nummer 24«). Dadurch wird keine Scheingenauigkeit suggeriert, sondern die Aussage wird auf das reduziert, was methodisch haltbar und sinnvoll ist: Es gibt – bei jedem einzelnen Indikator – Standorte, die überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich abschneiden. Bei den Studierendenurteilen wird beispielsweise nur bei einer statistisch signifikanten Abweichung vom bundesweiten Mittelwert eine Einordnung in eine der Extremgruppen (grün oder blau) vorgenommen. Es findet darüber hinaus keine Rangreihung aufgrund des Stichprobenmittelwertes statt.

Methodische Transparenz

Die Transparenz über die Methoden des Rankings hat für das CHE höchste Priorität. Die gesamte Methodik ist im Methoden-Wiki auf der CHE-Ranking-Webseite (www.che-ranking.de), auf das auf jeder Seite des Online-Rankings hingewiesen wird, ausführlich beschrieben; alle zugrundeliegenden Fragebögen sind einsehbar. Hinter jeder Indikatorenbezeichnung im Online-Ranking befindet sich ein Fragezeichen-Symbol, bei dessen Anklicken eine Erläuterung des Indikators angezeigt wird. Im *ZEIT Studienführer* sind diese Erläuterungen für jeden dort aufgelisteten Indikator ebenfalls zusammengefasst auf einer Seite abgedruckt. Damit befinden sich die notwendigen Erläuterungen keineswegs im »Kleingedruckten«.

Fazit zur wissenschaftspolitischen Bewertung

Das CHE ist sich der hochschulpolitischen Bedeutung des Rankings bewusst. Daher werden methodisch alle Vorkehrungen getroffen, dass damit verantwortlich umgegangen wird. Der fachbezogene, multi-dimensionale und auf Ranggruppen beschränkte Ansatz erschwert simplifizierende Schlussfolgerungen. Aufbereitung und Formate sind auf eine Entfaltung zielgruppen-adäquater Wirkungen hin optimiert. Das CHE Ranking ist geeignet, im Steuerungskontext Hochschulleitung – Fachbereich/Institut durch Erhöhung der Transparenz und den Fokus auf Fachbezogenheit bessere Entscheidungen zu fördern. Gute Hochschulleitungen werden in Interaktion mit den Fachbereichen auf Basis fundierter Daten zu besseren Entscheidungen kommen, schlechte Hochschulleitungen werden auch durch Rankings nicht besser. Ohne das CHE Ranking müssten Hochschulleitungen stärker auf Daten zurückgreifen, die nicht fachbezogen differenziert sind und leicht zu Fehlschlüssen führen.

Die primäre Intention des CHE Rankings ist und bleibt die Orientierungsfunktion für Studieninteressierte. Diese Orientierungsfunktion wird durch eine Mischung aus Fakten, profilbezogenen Informationen und vergleichenden Bewertungen am besten erfüllt, besser als durch rein deskriptive Beschreibungen. Leistungs- und Profilverunterschiede transparent zu machen hilft Studierenden dabei, ihre eigenen Präferenzen zu reflektieren und mit unterschiedlichen Studienangeboten abzugleichen. Alle vorliegenden Informationen über die Nutzung weisen entgegen der Meinung der DGS darauf hin, dass diese Funktion erfüllt wird: Diese Funktion erfordert eine Reduzierung der Komplexität der Information für eine »Laien«-Nutzergruppe, die nur wenig Kenntnisse über Hochschulen und das Hochschulwesen hat, ohne methodische Standards zu vernachlässigen. Das CHE Ranking wird als eine Informationsquelle neben anderen bei der Wahl des Studienortes herangezogen. Umgekehrt können die von der DGS als Alternative vorgeschlagenen »wissenschaftlichen Evaluationen« dies nicht leisten: Diese haben *innerhalb* des Hochschulsystems ihre spezifische Funktion und Berechtigung. Sie werden aber von Experten für Experten geschrieben und sind für Studienanfänger sicher keine geeignete und verständliche Informationsquelle.

Den Studieninteressierten die zielgruppengerechte Quelle des Rankings zu entziehen bedeutet eine Benachteiligung gerade der Studierenden aus bildungsfernen Schichten, die nicht ihre Eltern mit Hochschulabschluss

nach einer geeigneten Hochschule fragen können. Die Sichtbarkeit des Fachs Soziologie als interessante Studienoption wird ohne das Ranking sicherlich abnehmen.

Eine Relativierung zum Schluss: Das CHE Ranking ist nicht die einzige Informationsquelle für Hochschulleitungen und auch nicht das einzige Ranking. Liegen die CHE Ranking-Daten nicht vor, wird dies am Verhältnis Hochschulleitung – Institut nicht viel verändern (höchstens wie erläutert die Informationsbasis verschlechtern). Und Rankings *are here to stay* – die Soziologie wird sich z.B. darauf einstellen müssen, dass sie anstelle der differenzierten CHE-Methode nun nach den simplen und wenig validen Ergebnissen des aktuellen QS Rankings bewertet wird. Dort heißt es dann nur noch, die Soziologie am Standort X ist international auf Position 234. Dies kann weder im Sinn der Studieninteressenten noch der Fachbereiche und Institute sein.

Literatur

- Willich, J., Buck, D., Heine, Ch., Sommer, D. 2011: Studienanfänger im Wintersemester 2009/10. HIS: Forum Hochschule Nr. F06. Online: www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201106.pdf.
- Wissenschaftsrat 2011: Empfehlungen zur Bewertung und Steuerung von Forschungsleistung (Drs. 1656-11), Köln. Online: www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1656-11.pdf.

Weitere Informationen zur Diskussion über das CHE-Ranking

Das CHE-Hochschulranking ist in der soziologischen Fachöffentlichkeit seit längerem Gegenstand kritischer Debatten. Das Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hat auf seiner Sitzung am 20. April 2012 einstimmig die Stellungnahme des DGS-Vorstands zum CHE-Hochschulranking angenommen und dieses sowohl methodisch als auch wissenschaftspolitisch als bedenklich eingestuft. Eine Kurz- und die in diesem Heft der »Soziologie« abgedruckte Langfassung der Stellungnahme (zu finden auch unter www.sozioogie.de/CHE) wurden im Juni 2012 an die soziologischen Institute, die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche und Fakultäten sowie sämtliche Hochschulleitungen versandt, darüber hinaus an weitere wissenschaftliche Fachgesellschaften und diverse Studierendenvertretungen und studentische Organisationen. Den Stellungnahmen lag die Empfehlung bei, aus dem Ranking auszutreten und sich an weiteren Datenerhebungen nicht zu beteiligen.

Fast alle großen und viele kleine Tages- und Wochenzeitungen, einige Radiosender, Zeitschriften, Online-Magazine, -Foren und -Blogs berichteten und berichten über die DGS-Initiative, wie im Pressebereich der Webseite (www.sozioogie.de) dokumentiert wird. Im Blog der DGS (www.sozioogie.de/blog) veröffentlichte Prof. Dr. Richard Münch vier Beiträge zum Thema, die ihrerseits eine lebhafte Debatte auslösten, an der sich unter anderem auch einer der beiden Chefredakteure des ZEIT-Studienführers beteiligte, in dem die Ergebnisse des CHE-Hochschulrankings regelmäßig veröffentlicht werden.

Mittlerweile haben die ersten soziologischen Institute ihren Ausstieg beschlossen, weitere haben angekündigt, zu Beginn des Wintersemesters zu folgen. Die übrigen Fachgesellschaften nahmen die Initiative der DGS, sich kritisch mit dem Ranking auseinanderzusetzen und sich zukünftig nicht mehr an der Datenerhebung zu beteiligen, durchweg positiv auf. Hier ist eine Zusammenarbeit bei der Erstellung alternativer Informationsmöglichkeiten für Studierende geplant, die von Seiten der DGS nun für die Soziologie initiiert werden soll.

Die große Resonanz nicht nur in der soziologischen Fachöffentlichkeit, sondern auch in den angrenzenden Disziplinen zeigt, dass die Unzufriedenheit mit der Qualität des CHE-Hochschulrankings sowie mit dessen politischer Instrumentalisierung weit verbreitet ist. Auf dem anstehenden 36. Soziologiekongress, der vom 1. bis 5. Oktober 2012 in Bo-

chum und Dortmund (www.dgs2012.de) stattfindet, sollen auf einer Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern von DGS und CHE sowie Expertinnen und Experten aus Sozialforschung und Wissenschaftspolitik die Hintergründe der Initiative beleuchtet und ein Raum für die fachinterne Diskussion geboten werden. (Der genaue Termin wird mit Kongressbeginn im Hauptprogramm bekannt gegeben, aber auch schon vorher auf der Kongresshomepage zu erfahren sein). Der Vorstand der DGS wird die Ergebnisse und Einsichten dieser Debatte aufgreifen und eine weitere Stellungnahme zum Thema erarbeiten, die in der kommenden Ausgabe der »Soziologie« veröffentlicht werden soll und sich unter anderem mit der ebenfalls im vorliegenden Heft dokumentierten Reaktion des Centrums für Hochschulentwicklung auf die DGS-Stellungnahme auseinandersetzen wird.

Wir möchten allen an dem bisherigen Prozess Beteiligten herzlich danken.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Meltem Acartürk, M.A., Frankfurt am Main
Marc Alexander Amlinger, M.A., Trier
Alexander Antony, Erlangen
Prof. Dr. Ingrid Artus, Erlangen
Prof. Dr. Ruth Ayaß, Klagenfurt
Dipl.-Soz. Gesine Bär, Berlin
Karolina Barglowski, Bielefeld
Dr. Dr. Dr. Roland Benedikter, Stanford
Prof. Dr. Friederike Benthous-Apel, Bochum
Martina Benz, M. A., Berlin
Dr. Basak Bilecen-Süoglu, Bielefeld
Andreas Bischof, M.A., Leipzig
Dr. Daniel Bischur, Trier
PD Dr. Alexander Bogner, Wien

Dipl.-Pol. Mart Busche, Kassel
Prof. Dr. Sérgio Costa, Berlin
Nilgün Daglar-Sezer, M.A., Dortmund
Ralf-M. Damitz, M.A., Kassel
Dr. Christian Deindl, Köln
Katrín Drasch, M. Sc., Erlangen
Dr. Judith Ehlert, Bonn
Jennifer Eickelmann, M.A., Dortmund
Ole Engel, M.A., Berlin
Dr. des. Sabine Flick, Frankfurt am Main
Carolin Freier, M.A., Erlangen
Dr. Frederik Funke, Kassel
Dr. Heike Greschke, Bielefeld
Jun.-Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg, Bremen
Dr. Kerstin Hein, München
Dipl.-Soz. Jan-Ocko Heuer, Bremen
Dr. Matthias Hoffmann, Trier
Denis Huschka, M.A., Berlin
Dipl.-Soz. Valentin Janda, Berlin
Nora Jehles, M.A., Mülheim an der Ruhr
Nadine Jukschat, M.A., Hannover
Sabrina Juran, New York
Babette Kirchner, M.A., Dortmund
Dr. Bärbel Könekamp, Darmstadt
Annekatriñ Kühn, M.A., Dortmund
Dr. Katharina Kunze, Göttingen
Pia Laborgne, M.A., Darmstadt
Alexander Lenger, M.A., Frankfurt am Main
Dipl.-Soz. Thomas Lux, Bremen
Annet Maiwald, M.A., Halle/Saale
Dr. Marcus Menzl, Hamburg
Reinhard Messerschmidt, M.A., Köln
Sina Motzek, M.A., Bielefeld
Dr. Anja Peltzer, Mannheim
Prof. Dr. Gert Pickel, Leipzig
Smaró-Katharina Poupoulés, M.A., Hemhofen
Dr. des. Sophia Prinz, Frankfurt/Oder
Benjamin Rampp, M.A., Trier

Bernd Rebstein, M.A., Bayreuth
Dr. Nadine Reis, München
Dipl.-Soz. Nicole Sachmerda-Schulz, Leipzig
Hilmar Schäfer, M.A., Frankfurt/Oder
Dr. Michaela Schier, München
Dr. phil. Sascha Thorsten Schierz, Vechta
Dr. des. Tobias Schlechtriemen, Freiburg
Dr. Oliver Schmidtke, Siegen
Dipl.-Soz.wiss. Simon Schmiederer, Berlin
Thomas Schömann, M.A., Mainz
Dipl.-Soz. Thomas Schübel, Berlin
Dipl.-Soz. Gerhard A. Schwartz, Raeren/Belgien
Sonja Seger, M.A., Kaufbeuren
Verena Seibel, Berlin
Prof. Dr. Stefan Selke, Furtwangen
Dr. Jasmin Siri, München
Marija Stanisavljevic, M.A., Magdeburg
Silke Stopper, Bingen
Dr. Sylvia Terpe, Halle/Saale
Julia Teschlade, M.A., Duisburg
Dipl.-Soz. Anita Tisch, Nürnberg
Christian Ulbricht, Bielefeld
André Walter, M.A., Zürich
Dipl.-Soz. Gunter Weidenhaus, Darmstadt
Dipl.-Soz. Dominik Wiegand, Regensburg
Prof. Dr. Anne Wihstutz, Berlin
Alexander Yendell, M.A., Münster

Neue studentische Mitglieder

Tobias Alke, Flörsheim-Dalsheim
Julia Böcker, Leipzig
Tim Gijsemans, Münster
Julia Gutjahr
Christian Hinrichs, Magdeburg
Claudia Jänichen, Frankfurt/Oder
Christian Kohl, Kassel
Benjamin Köhler, Berlin

Hannah Kreiner, Freiburg
Wibke Krücker
Markus Kühnel, Bochum
Matthias Mertes, Dortmund
Anne Piezunka, Berlin
Niels Remwolt, Dresden
Julian Schellong, Friedrichshafen
Tabea Schroer, Asbach-Hussen
Laura Wiesböck, Wien

Austritte

Sarah-Elisa Krasnov, M.A., Bremen
Peter Feldkamp Berlin
Sabrina Herrmann, M.A., Lüneburg
Dr. Ulle Jäger, Basel
Dr. Janicke Kirksaeter, Düsseldorf
Prof. Dr. Thomas Kleinspehn, Bremen
Sven Paschke, Torgau
Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Mannheim
Monique Schulz, Chemnitz
Prof. Dr. Bernd Wegener, Berlin

Verstorben

Prof. Dr. Ernst August Jüres, Winsen/Luhe

Sektion Biographieforschung

Jahresbericht 2011

Die zentralen Aktivitäten der Sektion im Jahr 2011 bestanden aus der (Co-)Organisation von zwei großen Konferenzen: zum einen die Tagung zu Ehren der Emeritierung von Ursula Apitzsch am 19. und 20. Mai in Frankfurt am Main mit dem Titel »Belongings and Shifting Boundaries«, und zum anderen die Jahrestagung der Sektion, die unter dem Motto »Medialisierungsformen des (Auto)Biographischen und ihre Kommunikationskontexte« vom 2. bis 4. Dezember in Hamburg stattfand. Beide Tagungen waren international angelegt und außerordentlich gut besucht (etwa 80 TeilnehmerInnen in Frankfurt und ca. 100 TeilnehmerInnen in Hamburg).

Die Tagung »Belonging and Shifting Boundaries«, die gemeinsam mit dem Cornelia Goethe Centrum und dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität ausgerichtet wurde (Organisatorinnen: Irini Siouti, Lena Inowlocki und Regina Kreide), beschäftigte sich mit den beiden großen Themen im Werk von Ursula Apitzsch: a) der Bedeutung von Antonio Gramscis Theorie der Subalternität für die Soziologie der Moderne und b) dem Konnex von Migration, Biographie und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft. In die Debatte über Gramscis Werk führte *Ursula Apitzsch* mit einem Vortrag »Subalternität der Intellektuellen« ein. *Alex Demirovic* (Berlin) und *Ute Gerhard* (Frankfurt am Main) erörterten die Herausforderungen und Verbindungen zwischen Gramscis Werk und der Migrations- bzw. der feministischen Forschung. Ein weiteres Panel beschäftigte sich mit den Herausforderungen und Entwicklungen der Biographieforschung (methodologisch und methodisch) in Bezug auf die Erforschung transnationaler Migrationsprozesse – mit Beiträgen von *Minna Ruokonen-Engler* (Frankfurt am Main), *Catherine Delcroix* (Straßburg) und *Kathy Davis* (Utrecht) und schließlich mit Zugehörigkeitskonstruktionen in biographischen Erzählungen von Migrantinnen und Migranten; dazu lieferten *Viola Georgi* (Berlin), *Darja Klíngenberg*, *Maria Kontos* (beide Frankfurt am Main) und *Roswitha Breckner* (Wien) Beiträge. Den Abschlussvortrag zum Thema »Europäische Identität und europäischer Vorstellungsraum« hielt *Fritz Schütze* (Magdeburg). Auf der in die Tagung inkludierten Mitgliederversammlung der Sektion stellte das neue Sprecherinnenteam (Helma Lutz, Martina Schiebel, Elisabeth Tuijer) die Planungen der weiteren Arbeit der Sektion vor.

Die Jahrestagung der Sektion 2011, organisiert von Carsten Heinze, Jana Ballenthien, Hanna Haag, Florian Machmer, Kristin Neuhaus und Vanessa

Weber, Monika Müller, Martina Schiebel und Elisabeth Tuider beschäftigte sich unter dem Titel »Medialisierungsformen des (Auto-)Biographischen und ihre Kommunikationskontexte« erstmals mit dem Phänomen und der wachsenden Bedeutung der medialen Vermittlungsformen von und für Biographien. Dabei wurde die gesamte Bandbreite klassischer medialer Ausdrucksformen von Selbst- und Fremdrelexion (Tagebücher, Briefe, Autobiographien, Erinnerungen, Romane, Poesie, Fotografie, Film, theatrale sowie digitale Inszenierungen) in den neuen Medien in den Blick genommen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die *spezifische Gestalt* medialisierter Ausdrucksformen des (Auto)Biographischen und gefragt wurde nach der Kontextualisierung dieser Ausdrucksformen in theoretischer, methodologischer und empirischer Hinsicht. Denn neben der Mündlichkeit und Schriftlichkeit von Biographien geraten im Zuge des medial turn auch Auditivität, Visualität oder Audiovisualität als Formen, die das (Auto-)Biographische hervorbringen und gestalten, in den Fokus des biographiewissenschaftlichen Interesses.

Die Tagung war in vier Panels unterteilt: 1) Auto-Biographisches in medialen Präsentationen (Ausdrucksformen, Wechselwirkungen/Intermedialität, Praktiken), 2) Institutionen (Wissenschaft, Öffentlichkeit, Kulturbereiche, Medienkultur und Privatheit), 3) Rezeption und Kommunikationskontexte (situativ, historisch, soziokulturell) und 4) Erhebungs- und Auswertungsmethoden (Forschungsdesigns für Schrift, Bild, Bühne und neue Medien), in denen insgesamt 38 Paper präsentiert wurden. In sechs Hauptvorträgen wurden die Themen eingeleitet, gebündelt und im Plenum diskutiert. Den Anfang machte *Fritz Schütze*, der unter dem Titel »Autobiographical Documents in der Chicago-School zwischen wissenschaftlicher Falldokumentation und medialer Darstellungsform: Authentizität und Ironie« eine Reflexion der Publikationsstrategien verschiedener Autoren der Chicago-School präsentierte. *Roswitha Breckner* widmete sich als zweite Keynote-Sprecherin in ihrem Vortrag »Bildbiographien – Biographiebilder. Zur interpretativen Analyse privater Fotografien« den verschiedenen methodologischen Herausforderungen dieser Quellenart.

Darstellungsformen in der Öffentlichkeit standen im Fokus der beiden englischsprachigen Keynote-Vorträge von *Alfred Hornung* (Mainz) zum Thema: »The Mediation of Public Lives: The Performance of Barack Obama's Self« sowie von *Maggie O'Neill* (Durham) mit dem Titel: »Community, Politics and Resistance in Downtown Eastside Vancouver: using biographical and participatory arts methods«. *Peter Alheit* (Göttingen) spürte in »Subjektfigurationen in der Moderne: Der Wandel autobiographischer

Formate« den historischen Entwicklungen von Subjekt- und Autobiographieformaten nach. Schließlich standen in der *Closing Lecture* von *Brigitta Busch* (Wien) die körperlich-emotionalen und gesellschaftlich-politischen Dimensionen von Sprachlichkeit im Biographischen im Zentrum. Eine Publikation der Tagung unter dem Titel: »Medialisierungsformen des Auto-Biographischen« ist soll im Frühjahr 2013 im UVK erscheinen.

Neben diesen beiden Tagungen wurde die nächste Jahrestagung der Sektion zum Thema »Biographie und Diskurs« vorbereitet, die im Januar 2013 in Kassel stattfinden wird.

Darüber hinaus wurde das schon 2010 begonnene Vorhaben verfolgt, ältere Sektionsrundbriefe einzuscannen und online auf der Homepage zugänglich zu machen. Das dabei entstehende Archiv wurde weiter vervollständigt und online geschaltet.

Schließlich konnte die Internationalisierung der Sektion deutlich weiter vertieft werden, was in der internationalen Beteiligung von Sektionsmitgliedern an Kongressen der ESA und der ISA, an verstärkter Beteiligung ausländischer Referentinnen und Referenten an den Sektionstagungen sowie in den Berichten zum Stand der Biographieforschung in verschiedenen Ländern zum Ausdruck kommt, die in den Rundbriefen veröffentlicht werden. Im Dezember-Rundbrief Nr. 61/2011 wurde der Bericht der ungarischen Kolleginnen Anna Lujza Szász und Júlia Vajda veröffentlicht.

Der Sektion Biographieforschung ist es im vergangenen Jahr gelungen, neue Mitglieder, insbesondere Nachwuchswissenschaftler/innen zu gewinnen, und wir gehen davon aus, dass sich dies auch im nächsten Jahr fortsetzen wird.

Helma Lutz, Martina Schiebel, Elisabeth Tuidler

Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie

Frühjahrstagung »Bildung im Globalen Süden:
Institutionen, Akteure, Praktiken, Modelle«

Die Frühjahrstagung fand vom 10. bis 12. Mai 2012 an der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) in Mainz statt. Die Tagung wurde von Sarah Fichtner und Thomas Bierschenk vom Institut für Ethnologie und Afrikastudien in Kooperation mit Oliver Hollstein vom Institut für Erziehungswissenschaft

ausgerichtet. Der Call for Papers lud dazu ein, das Thema Bildung und hier insbesondere Schulbildung (von der Grundschule bis zur Hochschule) im Globalen Süden aus den Perspektiven unterschiedlicher Wissenschaften (von der Soziologie über die Ethnologie und Geschichtswissenschaften zur Politikwissenschaft, Bildungsökonomie und Erziehungswissenschaft) zu beleuchten. Von 17 eingereichten Vortragsvorschlägen wurden 14 in das Programm aufgenommen; 34 Personen nahmen an der Tagung teil.

Nach einer Begrüßung durch die Tagungsveranstalter, den Prodekan des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften an der JGU Mainz Matthias Schnettger, sowie den Sektionssprecher Wolfgang Gabbert, eröffnete *Thomas Bierschenke* (Mainz) die Tagung mit einem Vortrag zu Grundschullehrern in Benin. Dieser Eröffnungsvortrag lieferte interessante Erkenntnisse über die soziologisch wenig erforschte, in der Bildungsökonomie oft nur in Form von Gehältern erwähnte, und gleichzeitig doch in vielen Ländern des Globalen Südens größte und sehr heterogene Gruppe der Staatsangestellten. Bierschenks Präsentation entstand im Kontext des von der Volkswagen Stiftung geförderten Projekts »States at Work«, in dem der »Staat im Alltag« oder »reale Staat« am Beispiel von Schulbildung und der zentralen Akteurskategorie der Lehrer ethnographisch und professionssoziologisch untersucht wird. Dieser »reale Staat« gleicht – metaphorisch gesehen – einer immerwährenden Baustelle, auf der die Auswüchse widersprüchlicher bildungspolitischer Reformen und Praktiken, wie z.B. sich abwechselnder Phasen der Privatisierung und Verstaatlichung schulischer Bildung, ihre Sedimente hinterlassen haben. Im Anschluss zeigte *Sarah Hartmann*, wie sich ägyptische Lehrer in einem Spannungsfeld zwischen Schuldienst und privatem Unternehmertum in kommerziellen Nachhilfezentren positionieren. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage erörtert, ob sich in diesen bildungsunternehmerischen Praktiken eine Neoliberalisierung des Bildungsektors »durch die Hintertür« ausdrücke, oder ob die Idee einer staatlich getragenen Grundbildung dem spezifischen Blick einer kontinentaleuropäischen Position entspricht, der zwar die interventionistischen Programme der aktuellen Entwicklungspolitik zu dominieren scheint, aber keinesfalls zum alternativlosen Prototyp stilisiert werden muss.

Am zweiten Tag standen bildungspolitische Modelle, Bildungsvorstellungen und -realitäten von Jugendlichen und Studierenden, sowie transnationale Beziehungen in der Bildungs- und Kulturpolitik im Mittelpunkt. *Stefan Peters* (Kassel) sprach über das »Dilemma der »progressiven« Bildungspolitik in Lateinamerika«, das er anhand der Fallbeispiele Uruguay und Venezuela als

einen Konflikt zwischen »linkspolitischen« Ansprüchen der Reduktion von Bildungsungleichheiten und realpolitischen Unmöglichkeiten einer radikalen Wende vor dem Hintergrund einer sich immer weiter verschärfenden »hierarchischen Fragmentierung« der Bildungssysteme skizzierte.

Im darauf folgenden Vortrag gab *Peter Imbusch* (Wuppertal) Einblicke in die Situation von jugendlichen »Bildungsverlierern« in Mosambik. Das in diesen Bildungskarrieren aufscheinende Konfliktpotential führte die anschließende Diskussion zu der Frage, ob eine Reduktion von Bildungsungleichheiten nicht einen Klassen- bzw. Generationenkampf nach sich ziehen müsste. Eine ähnliche Problematik behandelte der Vortrag von *Bernadette Müller Kmet* (Graz). Sie stellte die Ergebnisse einer Umfrage an der privaten St. Augustine University in Tansania dar, die über die soziale Herkunft der Studierenden, ihre finanzielle Lage, sowie ihre Bewertung der Studien- und Lebensbedingungen auf dem Campus Aufschluss geben sollte. Zur Überraschung der Forscherin war die allgemeine Zufriedenheit mit den Studien- und Lebensbedingungen auf dem Campus trotz überfüllter und schlecht ausgestatteter Hörsäle sehr hoch. Dies wurde auf die geringen Vergleichsmöglichkeiten der Studierenden zurückgeführt und auf die Tatsache, dass die Erlangung eines Studienplatzes in Tansania immer noch als ein Privileg angesehen werde.

In *Akiiki Babyesizus* (Kassel) Vortrag ging es um die »Higher Education Revolution« im Sudan, die 1990 nach einem islamistischen Putsch umgesetzt wurde und die Aspekte des Politischen Islam (Autoritarismus, islamische Werte) mit Elementen des New Public Management (Marktorientierung, Finanzautonomie, Effizienz) zu einem synkretistischen *Islamist Public Management* vereint.

Den Einfluss von globalen Diskursen auf Studierende an der staatlichen Universität in Bamako wurde in einer anschließenden Präsentation von *Anna Deutschmann* (Wien) untersucht. Allerdings lässt sich dort der hohe Wert, den Studierende ihrer Ausbildung zuschreiben, nur schwer mit der Verwertbarkeit ihrer Zertifikate auf dem malischen Arbeitsmarkt vereinbaren. Eine Strategie des Umgangs mit dieser problematischen Situation sei entweder die politische Betätigung von Studierenden oder ein Studium im nordamerikanischen oder europäischen Ausland.

Mit den Bildungsbiographien von in Kuba ausgebildeten Mosambikern, beschäftigte sich *Hauke Dorsch* (Mainz). Im Rahmen der nach der kubanischen Revolution vereinbarten Bildungsk Kooperationen mit afrikanischen Regierungen und Unabhängigkeitsbewegungen fanden über 30.000 Schüler und Studenten ihren Weg nach Kuba. Hauke Dorsch porträtierte den Schul-

alltag in den eigens für afrikanische Schüler errichteten Schulen auf der »Isla de la Juventud« und berichtete über deren spätere Reintegration in Mosambik. Die diese transnationale Bildungskooperation ideologisch untermauernden Diskurse der »Süd-Süd-Solidarität« konnte er anhand der Bildungsbiographien nachzeichnen, ergänzen, aber auch kontrastieren.

Christel Adick, Esther Hahn und *Anne Weiler* (alle Bochum) untersuchten, welche Rolle die Deutsche Auswärtige Kulturpolitik als ein Anbieter auf dem transnationalen Bildungsmarkt spielt. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die Frage, wie das Goetheinstitut in Mexiko diese Konkurrenzsituation auf der Makro-, Meso-, und Mikroebene verarbeitet. Ebenfalls um den Begriff der Transnationalität zentrierte sich der Vortrag von *Carola Bauschke-Urban* (Dortmund). In einer Langzeitstudie untersucht sie die zunehmende Transnationalisierung der Hochschulbildung anhand der Bildungsbiographien von DAAD-Stipendiaten aus Ländern des Globalen Südens.

Am letzten Tagungstag wurde von *Carla Schelle* und *Oliver Hollstein* (beide Mainz) der Blick der Tagungsteilnehmer in das Klassenzimmer einer senegalesischen Schule gelenkt. Den Vortragenden ging es dabei um den von ihren bisherigen Erfahrungen abweichenden Umgang mit einer elementaren Regel schulischer Interaktion: der »Initiation-Reply-Feedback« Struktur. Anhand von sequenzanalytisch rekonstruierten Passagen aus dem senegalesischen Unterricht zeigten sie, dass die Lehrer dort nicht wie in Deutschland üblich ihre Feedback-Position nutzen, um individuelle Schülerantworten als richtig oder falsch zu beurteilen, was der schulischen Interaktion im Senegal einen eigentümlich rhythmisierten Charakter verleiht.

In ihrem anschließenden Vortrag bestätigte *Andrea Peters* (Mainz) den Befund eines stark choreographierten und rhythmischen Unterrichts, den sie in Koranschulen, écoles arabes und écoles-franco-arabes in Benin beobachtet hatte. Die Öffnung des islamischen Bildungswesens hin zu »modernen« Unterrichtsinhalten wird Peters zufolge maßgeblich durch die »arabisants« (junge Lehrer, die im arabischen Ausland studiert haben) vorangetrieben. Mit ihrem Ausblick auf das Forschungsprojekt »Modelle, Praktiken und Kulturen schulischer Institutionen in Westafrika« knüpfte *Sarah Fichtner* (Mainz) an Andrea Peters' Präsentation sowohl geographisch, wie auch thematisch an: In dem Projekt sollen die globalen und lokalen Produktions- und Regulationsweisen öffentlicher Güter in Westafrika am Beispiel von Bildung mittels empirischer Forschungen analysiert werden. Dabei stehen nicht nur staatliche Bildungsinstitutionen im Fokus des deutsch-französischen Kooperationsvorhabens, sondern ebenso private, religiöse und laizistische Schulen im

Senegal, Benin und Sierra Leone. Sarah Fichtners eigenes Projekt, das sie in diesem Rahmen verwirklicht, nähert sich mittels »multiperspektivischer Schulethnographien« unterschiedlichen schulischen Institutionen in Benin aus den Perspektiven der verschiedenen involvierten Akteure.

In der von *Thomas Bierschke* moderierten Abschlussdiskussion kam zum Ausdruck, dass sich im Verlauf der Tagung gezeigt hatte, wie produktiv und theoretisch anschlussfähig das Thema »Bildung im Globalen Süden« aus ethnologischer, soziologischer und erziehungswissenschaftlicher Perspektive ist. Alle Beiträge hatten Schnittpunkte mit den bereits etablierten Themen der Soziologie und Ethnologie, wie Staat, Nation, Macht, Elite, Profession, Neoliberalismus, Markt, Gender, Religion, Entwicklung gezeigt, die in ihrer Fülle gar nicht ausdiskutiert werden konnten. Die unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen an die jeweiligen Forschungsthemen sowie das unterschiedliche Kontextwissen der Tagungsteilnehmer wurde als bereichernd angesehen. Insbesondere die Einbeziehung der Erziehungswissenschaft in den Kreis der ESSA Sektionsforscher auf dieser Tagung wurde begrüßt.

Sarah Fichtner

Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie

Jahresbericht 2011

Die Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie wurde 2011 von Michael Jäckel geleitet. Im Sommer wurden die Sprecher der Sektion per elektronischer Wahl neu gewählt. Seit Ende letzten Jahres ist Rainer Winter der neue Sprecher der Sektion, Nicole Zillien die stellvertretende Sprecherin der Sektion. Michael Jäckel, Manfred Mai und Christian Stegbauer, die zusammen mit Rainer Winter den bisherigen Sprecherrat gestellt haben, haben sich nicht mehr zur Wahl gestellt.

Am 27. und 28. Oktober 2011 fand an der Universität Trier unter der Leitung von Michael Jäckel und Nicole Zillien die Jahrestagung der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie statt, die sich der Frage nach dem (Selbst-)Verständnis und dem aktuellen Wandel des Publikums widmete. Der Tagungstitel nimmt Bezug auf den recht kurzen, inzwischen aber legendären Blogbeitrag »The People formerly known as the audience« aus dem Jahr 2006. Hier schreibt Jay Rosen, Professor für Journalismus an der New York

University, eine Art Manifest aus Perspektive des *ehemaligen Publikums* und stellt heraus, dass es vor allem aufgrund medientechnischer Innovationen keine klare Rollenaufteilung von Sender und Empfänger mehr gäbe, wodurch eine Machtverschiebung zwischen Medienmachern und -nutzern stattfände. Mediennutzer nähmen im digitalen Zeitalter eine viel aktivere und einflussreichere Position ein, während die herkömmlichen Medienmacher an Einfluss verlören. Neben entsprechenden Veränderungen der Publika neuer Medien analysierten die insgesamt 13 Beiträge der zweitägigen Veranstaltung auch beispielsweise die Publika von Kino, Fernsehen, Buch und Powerpoint-Vortrag und loteten dabei vielfach aus, was unter den jeweiligen Medienbedingungen unter *dem Publikum* und *der Öffentlichkeit* zu verstehen sei. Nach der offiziellen Begrüßung durch Nicole Zillien und einer Einführung in das Tagungsthema durch Michael Jäckel sprach *Tilmann Sutter* (Bielefeld) über die Anonymität des Publikums. Dass das Publikum der Massenmedien vor allem in quantifizierter Form – beispielsweise in Form von Einschaltquoten – zugänglich ist, als Publikum mit Interessen, Wünschen und Abneigungen jedoch in weiten Teilen unsichtbar bleibt, stellt für Sutter eine der grundlegenden Voraussetzungen des Systems der Massenmedien dar. Im Anschluss daran griff *Angela Keppler* (Mannheim) die von Adorno in den 1960er Jahren gestellte Frage »Kann das Publikum wollen?« auf und beschrieb am Beispiel moderner Serien wie *Mad Men*, *The Wire* und *Desperate Housewives*, dass die Rolle des Publikums auch im Falle des ambitionierteren Qualitätsfernsehens weiterhin auf eine gewisse *aktive Passivität* beschränkt ist. *Swantje Lingenberg* (Bremen) stellte in ihrem Vortrag »Von Medien- zu Bürgerpublika« den Zusammenhang von Publikum und Öffentlichkeit auf Basis der Arbeiten John Deweys vor. Mit »Desperately Seeking the Audience« von Ien Ang (1991) nahm sich *Udo Göttlich* (München) eines weiteren einschlägigen Beitrags der jüngeren Publikumsforschung an. Das Publikum als Konstrukt, das in den Alltag zurückwirkt und es damit auch dem Einzelnen ermöglicht, sich als Teil einer größeren Ordnung zu betrachten, führt jedoch – beispielsweise bei der Erklärung der »arabischen Revolution« – durchaus zu Fehldeutungen, wenn beispielsweise Nutzer allein aufgrund ihrer Gruppenmitgliedschaft bereits den Status von Aktivisten zugeschrieben bekommen.

Mit der Dynamik von Protestbewegungen beschäftigte sich dann *Kallirroy Panagiotopoulou* (Athen). Am Beispiel der Protestbewegungen in Griechenland analysierte sie die Rolle sozialer Netzwerke und Blogs bei der Entstehung und Aufrechterhaltung der griechischen Bewegung der »Empörten«. Einen Klassiker der Publikumsforschung und der Filmsoziologie stellte anschließend

Martin Loiperdinger (Trier) als Mitherausgeber der Neu-Edition von »Zur Soziologie des Kino. Die Kino-Unternehmung und die sozialen Schichten ihrer Besucher« vor. Die Dissertation von Emilie Altenloh aus dem Jahre 1914 beruht auf einer 1911 in Mannheim durchgeführten Befragung und wurde in den von Alfred Weber herausgegebenen Schriften zur Soziologie und Kultur veröffentlicht. *Manfred Mai* (Duisburg-Essen) stellte schließlich die Frage: »Gibt es ein europäisches Kinopublikum?« bzw. leisten Filme einen Beitrag zur Integration verschiedener europäischer Kulturen in einem gemeinsamen kulturellen Gedächtnis? Er argumentierte, dass Filme ein Bild von Europa zeichnen können, in dem sich Teilöffentlichkeiten anderer Nationen wiederfinden – die Einheit Europas zeige sich jedoch noch stärker auf der Ebene der Filmproduktion. *Hans-Jürgen Bucher*, *Martin Krieg* und *Philipp Niemann* (alle Trier) stellten empirische Ergebnisse aus einer Studie vor, die mit dem Mittel der Blickaufzeichnung die Rezeption von wissenschaftlichen Powerpoint-Vorträgen zum Gegenstand hatte. Sie zeigten, dass die Planung von Vortrag und Präsentation durchaus die Aufmerksamkeit der Rezipienten steuern kann, das Gelingen des Wissenstransfers jedoch letztlich von der aktiven Mitwirkung des Publikums abhängt. Am Beispiel des Online-Musikangebots Last.fm machte *Jan-Hendrik Passoth* (Bielefeld) deutlich, auf welche Weise Anbieter Algorithmen verwenden, um Publikumserwartungen gerecht zu werden. Entsprechende Verfahren, die sich an statistischer Analyse und Verwertbarkeit orientieren, wirkten wiederum auf die Strukturen der Plattformen zurück und bestimmten so die Aktivität der Teilnehmer mit. Mit der speziellen Form der Publikumsadressierung durch Paratexte – Klappentexte, Widmungen, Vorworte von Büchern – beschäftigte sich *Carsten Heinze* (Hamburg), der betonte, dass Paratexte im Falle (auto-) biographischer Texte eine Strategie darstellten, die Authentizität des Werks zu unterstreichen. Auch der letzte Beitrag behielt den Fokus auf dem geschriebenen Wort: *Friedrich Krotz* (Bremen) zeichnete die Bedeutung der Schriftsprache für die Partizipation des Publikums nach und warf die Frage auf, ob die digitalen Medien die Nutzer in weiten Teilen nur zum Lesen, aber nicht zum Schreiben bewegten, wodurch das volle Potenzial der digitalen Beteiligung unausgeschöpft bleibe. Auch wenn sich die in den einzelnen Beiträgen jeweils analysierten Publika deutlich unterschieden, schloss sich mit dem letzten Beitrag wieder der Kreis zum anfangs beschriebenen Blogbeitrag von Jay Rosen, der polemisch die Frage aufgeworfen hatte: *If all would speak, who shall be left to listen? Can you at least tell us that?*

Rainer Winter und Nicole Zillien

Sektion Professionssoziologie

Jahresbericht 2011

Anfang 2011 wurde der Vorstand der Sektion für die Amtsperiode 2011 und 2012 gewählt. Michaela Pfadenhauer und Christiane Schnell wurden als Sprecherinnen-Tandem gewählt. 2011 fungierte Michaela Pfadenhauer weiter als Vorsitzende der Sektion und Christiane Schnell als Stellvertreterin (mit einem geplanten und inzwischen vollzogenen Wechsel der Positionen Anfang 2012). Die konstituierende Sitzung des neuen Vorstands fand am 29. März 2011 in Dortmund statt. Die Zuständigkeiten wurden folgendermaßen verteilt: Die Aufgaben Kassenführung, Organisation und Kontakt zur DGS blieben weiterhin bei Michaela Pfadenhauer. Christiane Schnell behielt die Aufgaben Pflege des Adressverteilers, Rundbriefe und Kontakte zu den internationalen professionssoziologischen Netzwerken. Andreas Langer pflegt seither den Kontakt zu den Arbeitskreisen innerhalb der Sektion. Kai-Olaf Maiwald übernahm die Zuständigkeit für die Homepage. Rainer Schützeichel betreut die Publikationsliste und die Leseliste der Sektion. Die Pflege der Kontakte zu anderen DGS-Sektionen wird von allen Vorstandsmitgliedern wahrgenommen.

Als Aktivitäten der Sektion 2011 sind maßgeblich folgende drei Veranstaltungen zu nennen: Am 28. und 29. Januar 2011 fand an der Universität Bielefeld der Workshop »Professionelle und Experten« in Kooperation mit der Sektion Wissenssoziologie sowie dem Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld statt. Verhandelt wurde das Verhältnis von Wissen, Experten und Professionellen: In der modernen Wissensgesellschaft wird Experten, Expertenwissen und Expertensystemen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Zugleich beobachtet die Professionssoziologie grundlegende Verschiebungen in der Bedeutung ihres Kerngegenstandes – den »Professionen«. Ausgehend von diesen beiden Entwicklungen war es das Anliegen des Workshops, das Verhältnis von Professionellen und Experten in drei Dimensionen zu untersuchen: erstens auf einer begrifflichen, zweitens auf einer wissenssoziologischen und drittens auf einer gesellschaftstheoretischen Ebene. In der Diskussion ging es nicht zuletzt darum, die Verhältnisse dieser drei Dimensionen zu relationalisieren. Ein von der Organisatorin Anna Henkel verfasster Tagungsbericht ist in der Soziologie Heft 3-2011 erschienen.

»Kompetenzen in der Kompetenzerfassung« war das Thema der Jahrestagung der Sektion, die in Kooperation mit der Sektion Wissenssoziologie

und dem House of Competence (HoC) des KIT am 1. und 2. Juli 2011 in Karlsruhe durchgeführt wurde. Mit Beiträgen aus der Soziologie, der Schul- und Berufsbildungsforschung, der Hochschuldidaktik, Psychologie bis hin zum Ingenieurwesen wurde die Erfassung, d.h. die Modellierung, Messung und Diagnostik von Kompetenzen in Schule und Betrieb beleuchtet und problematisiert. Aktualität gewann die Thematik dadurch, dass Kompetenzerfassung derzeit auf den Hochschulsektor ausgeweitet wird, womit die Wirksamkeit akademischen Lehrens und Studierens auf den Prüfstand gestellt und Qualitätssicherung und -bewertung ermöglicht werden soll. Diskutiert wurden die gesellschaftlichen Hintergründe, vor denen sich Bildungsstandards, Kompetenzmessung und Evaluation als zweckdienliche Reformmaßnahmen abzeichnen. Mit der Frage nach der Art des Wissens, das damit erzeugt wird, nach den Gründen dafür, dieses Wissen gesellschaftlich bereitzustellen, und nach der Zuständigkeit, dieses Wissen einzusetzen, wurden die Kompetenzen in der Kompetenzerfassung in den Blick genommen. Ein von Felix Albrecht und Tobias Härtel verfasster Tagungsbericht zu dieser von Michaela Pfadenhauer und Alexa Kunz organisierten interdisziplinären Konferenz ist in der Soziologie, Heft 1-2012 erschienen.

Der Herbstworkshop der Sektion fand am 1. Dezember 2011 am Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main statt. Der von Christiane Schnell und Andreas Langer organisierte Workshop stand unter dem programmatischen Titel »Professionalität mit und ohne Professionen? Perspektiven der Professionssoziologie«. Angesichts des Wandels der klassischen Professionen und professionssoziologisch interessanten Entwicklungen in der Hemisphäre wissensbasierter Arbeit allgemein, ist die Bezugnahme auf die Kategorien Professionalität und Professionalisierung sowohl von Individuen und Berufsgruppen als auch von Institutionen und Organisationen erneut und im besten Sinne erklärungsbedürftig. Diskutiert wurde, ob der professionssoziologische Begriffsapparat bei einer weniger exklusiven Verwendung zu verwässern droht und inwiefern in der aktuellen Professionssoziologie Themenstränge wieder zusammengeführt werden, die andere Teilgebiete der Soziologie nicht systematisch berücksichtigen. Impulsreferate befassten sich mit der »professionssoziologischen Debatte hierzulande und andernorts« und dem Verhältnis von »wohlfahrtsstaatlichem Wandel und professionellen Handeln«. Aus der Diskussion wurden auch die Themen der Nachmittagsveranstaltungen der Sektion auf dem Soziologiekongress 2012 »Professionalität zwischen Anziehung und Anfechtung – Zur

Bewahrung, Imitation und Erneuerung des Professionellen« und »Professionelle Leistung im Imperativ der Eigenverantwortung« entwickelt.

Die Sektion ist mit sechs neuen Mitgliedern 2011 leicht gewachsen. Schwerwiegend war indes der Verlust von Anne Honer, die nach schwerer Krankheit im März 2012 verstarb. Anne Honer hatte sich in der Vergangenheit maßgeblich für die Geschicke der Sektion und die Weiterentwicklung der Professionssoziologie eingesetzt.

Die Sektion unterhält die Homepage www.professions-soziologie.de.

Christiane Schnell

Sektion Rechtssoziologie

Jahresbericht 2011

Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Lage und die Arbeit der Sektion Rechtssoziologie. Sie ist nunmehr die alleinige originär rechtssoziologische Sektion in Deutschland, nachdem sich vor zwei Jahren die vormalige *Vereinigung für Rechtssoziologie* in *Vereinigung für Recht und Gesellschaft* umbenannt hat. Diese Umbenennung und unser Alleinstellungsmerkmal ist insgesamt Ausdruck der breiteren, insgesamt dynamischeren Landschaft interdisziplinärer Rechtsforschung. Hier findet sich die Rechtssoziologie nunmehr neben anderen staats-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen positioniert. Die im Folgenden berichteten Aktivitäten zeigen: Unser Fach hat in dieses vielgestaltige und anspruchsvolle Feld Relevantes einzubringen. Unüberschaubar ist aber auch: Es profitiert von den Auseinandersetzungen und Kooperationen mit den anderen, zuweilen befremdlichen disziplinären Zugriffen auf Recht in seinen sozialen, kulturellen und politischen Ausprägungen und Kontexten.

Arbeitsorganisation und Mitgliederentwicklung

Um die Sektionsaktivitäten zu intensivieren, wurden – neben den Treffen am Rande der Sektionsveranstaltungen – weitere offene Vorstandsrunden vereinbart. So traf sich der Vorstand zu einer Klausurtagung am 25. Februar 2011, um eine Jahresplanung inklusive Veranstaltungen sowie die Vergabe

des Wolfgang Kaupen Preises zu verabschieden. Außerhalb der Klausuren und Tagungen koordiniert sich die Sektion über Email- und Telefon-Kommunikation. Dabei sollen verschiedene, Anlass bezogene Gruppen zusammen kommen, deren Diskussionsergebnisse und Vorschläge dann im größeren Kreis beschieden werden.

Der Vorstand besteht seit der letzten Wahl im Oktober 2010 aus Thomas Scheffer als Vorstandssprecher sowie, für die Finanzen, Barbara Heitzmann, sowie Fatima Kastner, Alexander Klose, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Stefan Machura, Marc Mölders und Ulrike Schultz. Der Sektionsvorstand wird im Oktober 2012 in Bochum neu gewählt.

Eine Geschäftsordnung gibt es bislang nicht. Hier hat die Sektion ausdrücklich die Entwicklungen innerhalb der DGS abgewartet. Die Arbeit des Vorstandes, insbesondere das Verhältnis zwischen dem Sprecher, den weiteren Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern hat sich eingespielt und ist auf die inhaltliche Arbeit und hier insbesondere auf die Planung von Tagungen und Workshops sowie auf Kooperationen mit anderen wissenschaftlichen Vereinigungen fokussiert.

Im Berichtszeitraum 2011 ist der Mitgliederstand stabil geblieben. Die Sektion erfasst in einer Verteilerliste insgesamt 188 Mitglieder und Interessierte. Zahlende Mitglieder finden sich 82. Der Versuch, die Mitglieder besser zu vernetzen, etwa durch die Angabe der jeweiligen Arbeitsfelder auf der Sektionswebseite ist bislang nur mäßig erfolgreich.

Internationale Vernetzung

Die Sektion hat auch 2011 einige Projekte zur internationalen Vernetzung vorangetrieben. Hierzu zählen sowohl die engen Kontakte zu den KollegInnen in der Schweiz und Österreich, als auch die geplanten Sitzung mit der französischen Sektion Rechtssoziologie, die am Rande der Tagung »Praktiken, Akteure und Räume der Einsperrung« verabredet wurde. Hinzu kommt eine immer engere internationale Vernetzung in den *Law & Society Studies*. Für Letztere zeichnet insbesondere die Juristin und akademische Oberrätin Ulrike Schultz von der FernUniversität Hagen als Board Member des *Research Committee for the Sociology of Law*, des *Onati International Institute for the Sociology of Law*, als Gründungsmitglied des *World Consortium for Law and Society* und Head der *International Working Group for Comparative Studies of Legal Professions* verantwortlich. Die Legal Professions Group ist auch für die

deutsche Rechtssoziologie ein wichtiger Bezugspunkt, um international in Erscheinung zu treten. Vgl. www.rcsl.iscte.pt/rcsl_wg_professions.htm.

Wolfgang Kaupen-Zeitschriftenpreis der Sektion

Der Preis wird seit nunmehr drei Jahren für den besten rechtssoziologischen Fachaufsatz des jeweils vergangenen Jahrganges ausgelobt. Hiermit will der Vorstand die Rechtssoziologie befördern und ihre Leistungsfähigkeit über die Grenzen der Sektion hinaus sichtbar machen. An die Mitglieder ergeht jährlich Ende März die Bitte, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen einen hervorragenden Aufsatz vorzuschlagen. Nominierungen ergehen außerdem von Seiten der einschlägigen Fachzeitschriften. Ausschreibung und Prozedere finden sich auf der Sektionswebseite unter www.sociologie.de/index.php?id=278. Der Sektionsvorstand wählt die Preisträgerin aus den eingegangenen Vorschlägen. Die diesjährige Preisverleihung wird im Rahmen des Soziologiekongresses in Bochum und Dortmund im Oktober vorgenommen.

In 2011 wurde der Preis an *Chris Thornhill* (Glasgow) vergeben. Er erhielt die Auszeichnung für seinen in der Zeitschrift für Rechtssoziologie (31. Jahrgang, Heft 2-2010, S. 177–207) veröffentlichten Aufsatz »Re-conceiving rights revolutions: The persistence of a sociological deficit in theories of rights«. Der Preis wurde auf dem zweiten Kongress der deutschsprachigen Rechtssoziologie-Vereinigungen »Der Kampf ums Recht. Akteure und Interessen im Blick der interdisziplinären Rechtsforschung« in Wien mit einer Laudatio des Vorstandsmitglieds Stefan Machura übergeben.

Konferenz der Vereinigung für Recht & Gesellschaft

Die Konferenz »Der Kampf ums Recht. Akteure und Interessen im Blick der interdisziplinären Rechtsforschung« fand an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien statt. Vom 1. bis 3. September 2011 präsentierten über 130 Rechtssoziologinnen – nicht ausschließlich – aus der Schweiz, Österreich und Deutschland ihre aktuellen Arbeiten. Hier seien allein die Sessions dokumentiert, die von Seiten des Vorstandes bzw. der Vorstandsmitglieder der Sektion organisiert wurden:

Primus inter pares? Mit wem und wie kämpft das Recht in Zeiten von Governance (Marc Mölders)

Mittelbare Diskriminierung (Alexander Klose)

Mobilisierung von Antidiskriminierungsrecht (Alexander Klose)

Wie weiß Recht? (Thomas Scheffer)

Empirische Kriminalsoziologie (Stefan Machura)

Die UN-Behindertenrechtskonvention: Mittel oder Zweck im Kampf von Menschen mit Behinderungen um ihre Rechte? (Alexander Klose)

Eine Dokumentation des Programms finden Sie unter: www.rechtssoziologie.info/wien2011/programm/inhalte/programm/programm. Insgesamt hat die Wiener Tagung der deutschsprachigen Recht & Gesellschaft-Bewegung eine breite Bühne beschert. Das Feld ist weit gefächert und weit über den engeren rechtssoziologischen Rahmen hinaus aktiv. In Wien konnten hier insbesondere eine Öffnung zur (kritischen) Diskursanalyse und zu politikwissenschaftlichen Forschungen beobachtet werden. Insgesamt spielten neben rechtshistorischen und rechtsanthropologischen Vorträgen vor allem kriminologische, rechtssoziologische und »undogmatisch« rechtswissenschaftliche Vorträge die Hauptrolle. Die nächste Konferenz soll in Berlin stattfinden und hier insbesondere mit einem Gastland (Polen) sowie mit einer weiteren Ausdifferenzierung der Programmplanung eine noch größere Vielfalt der Recht & Gesellschaftsforschung einbinden.

Mitorganisation der Internationalen Tagung zur »Einsperrung«

Hier hat die Sektion zusammen mit Partnerorganisationen, dem Centre Marc Bloch, eine Tagung mit deutschen und französischen Beiträgen organisiert. Insgesamt wurde in 10 Sessions über 30 Vorträge zu »Praktiken, Akteure und Räume der Einsperrung: Zirkulationen und Transfers« mit ca. 80 Teilnehmenden diskutiert. Das Tagungsthema versammelte Historiker, Philosophen, Anthropologen und (nicht zuletzt) Soziologen und Kriminologen, um die Felder der Einsperrung – wie Gefängnisse, Psychiatrien, Abschiebehaftanstalten, Kliniken etc. – in ihrer Genealogie und ihrer Interdependenz zu betrachten. Nähere Informationen finden sich auf im Veranstaltungsarchiv des Centre Marc Bloch: <http://www.cmb.hu-berlin.de/events/archive>. Weitere deutsch-französische Aktivitäten sind zurzeit mit Thierry Delpuech in Planung.

Ausblick für 2012

Die Sektion hat für 2012 eine Reihe von Aktivitäten geplant, die als Fortführung der Initiativen von 2011 anzusehen sind. Dazu zählt die Entwicklung einer besseren digitalen Vernetzung ebenso, wie die Vertiefung der internationalen Kontakte mit den Kollegen aus der Schweiz, Österreich, aber auch aus Frankreich und Skandinavien. Die Themen auf den Sektionsveranstaltungen auf dem Soziologiekongress 2012 sind »Rechtsextremismus im Rechtsstaat« und »Recht, Krieg und Gesellschaft«.

Resümee

Der Sektionsvorstand möchte auf diesem Wege andere Sektionen insbesondere auf die positiven Effekte eines inhaltlich ausgerichteten Zeitschriftenpreises aufmerksam machen. Mit dem Wolfgang Kaupen-Preis konnte die Sektion Diskussionen zum Selbstverständnis und zur Qualität der Rechtssoziologie anstoßen. Es findet auf diese Art eine breite, kritische Sichtung der Forschungsleistungen im Fachgebiet statt. Hier zeigen sich die Erwartungen an das Fach ebenso, wie seine aktuellen Fähigkeiten und Potentiale, diese zu erfüllen. Der Preis wird zur Messlatte des Zustandes der Rechtssoziologie.

Als weitere Ressource zur Weiterentwicklung der deutschen Rechtssoziologie hat sich der interdisziplinäre und internationale Austausch bewährt. Hier ist insbesondere die Reflexion der weniger inhaltlich, als vielmehr disziplinär begründeten Kommunikationsschwellen (etwa zu den Politikwissenschaften) relevant. Viele wichtige Beiträge zu einschlägigen rechtssoziologischen Fragen werden etwa unter den Stichworten der Governance oder von Seiten der kritischen Diskursanalyse fernab der Sektion bearbeitet – also in Forschungstraditionen, die bis heute eher in Distanz zur Rechtssoziologie agieren. Dass diese verstärkt nun auch auf die Rechtssoziologie zugehen, ist ein Erfolg des intensivierten interdisziplinären Austausches der letzten Jahre.

Thomas Scheffer

Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse

Jahresbericht 2010

Sektionsitzung »(Re-)Produktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie. Veränderungen in den 20 Jahren seit der Wende« in Rostock

Am 15. und 16. April 2010 fand am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock eine gemeinsame Sitzung der Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Familiensoziologie statt. Über diese Sitzung berichtete die Sektion Familiensoziologie in Heft 2-2011 der Soziologie. Ausgewählte Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in: Peter A. Berger, Karsten Hank, Angelika Tölke (Hg.) (2011): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie, Wiesbaden: VS Verlag.

Tagungsbericht der Sektionsitzung »Wiederkehr der Klassengesellschaft? Zum Verhältnis von Ungleichheitsforschung und Gesellschaftstheorie« in Essen

Am 27. und 28. Mai 2010 fand an der Universität Duisburg-Essen die von Andreas Reckwitz und Anja Weiß organisierte gemeinsame Tagung der Sektionen Soziologische Theorie und Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse statt. Kernfrage der Tagung, die sich einer hohen Teilnehmerzahl (75 Teilnehmende und 20 ReferentInnen) erfreute, war, inwiefern sich trotz des häufig reklamierten Endes der Klassengesellschaft soziale Ungleichheiten verstärken oder stabilisieren. Die 14 Beiträge drehten sich um folgende Problemfelder: Historizität der Klassenbegrifflichkeit, Klassenanalysen in der Marxschen Traditionslinie, Vielschichtigkeit von Ungleichheitsdimensionen und globale Ungleichheit.

Christoph Weischer (Münster) führte mit einer historischen Skizze seit den frühen 1960er Jahren in den klassischen Themenkanon der Sozialstrukturanalyse ein. Während es für Marx und Weber selbstverständlich gewesen sei, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen zu denken, hätten wir es seit den 1940er Jahren mit einem akademischen Projekt zu tun, dem ein wesentlicher Gegenstandsbereich genommen wurde. Die Renaissance der Marxschen Theoriekonzepte oder auch der Kritischen Theorie in den 1970er Jahren böten eine sinnvolle Erweiterung der ungleichheitssoziologischen Fragestellungen, führten jedoch nicht zurück zur »Kernthematik soziologischer Ungleichheitsforschung« (Kreckel), dem systematischen Zusammendenken von gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion und sozialer Ungleichheit.

Weischer schlug ein Programm der Sozialstrukturanalyse vor, das soziale Differenzierung in drei ganz unterschiedlichen Arenen: Erwerbsarbeit, (sozial-)staatliche Regulation und private Haushalte berücksichtigt. Ähnlich wie Weischer fragte auch *Karl-Siegbert Rehberg* (Dresden) nach der Historizität der Klassenbegrifflichkeit. Anders als Weischer ging es Rehberg in seiner Fragestellung allerdings um die »Kampfkonstellation von Deutungen«. Damit nahm Rehberg seine im Eröffnungsvortrag des Münchner Soziologiekongresses 2004 entwickelte These der »unsichtbaren Klassengesellschaft« wieder auf und erinnerte – in Abgrenzung zu Bourdieus Begriff des »ökonomischen« Kapitals« – an die Herkunft des Kapitalbegriffs in der Smith-Marx-Tradition, der »die profitorientierte Strukturierung von Prozessen der gesamtgesellschaftlichen bzw. internationalen Verteilung von Arbeit, von Produktivität und Wert(ab)schöpfung« in den Vordergrund rückt. Von Klassengesellschaftlichkeit resp. sozialer Ungleichheit ließe sich dann sprechen, wenn die Variationen von Lebenschancen und -formen in ein »System vertikaler Diskrepanzen« übersetzt erscheinen.

Klassenanalysen in der marxistischen Traditionslinie wurden in den Beiträgen von Alexander Krause, Oliver Nachtwey und Tilman Reitz, Carsten Keller und Uwe Kränke (weiter-)entwickelt. *Alexandra Krause, Oliver Nachtwey* und *Tilman Reitz* (Jena) argumentierten in ihrem Beitrag, dass die Frage nach der »Wiederkehr« der Klassengesellschaft eine Untersuchung gegenwärtiger Ausbeutungsverhältnisse verlange. Marx' Fokus auf industrielle Lohnarbeit ließe sich durch eine Analyse von heterogenen, globalen Markt- und Beschäftigungsverhältnissen, beispielsweise durch die Analyse irregulärer Beschäftigungsverhältnisse »sekundärer Ausbeutung« wie Leiharbeit, für die heutige Ungleichheitsforschung sinnvoll erweitern. Auch in postindustriellen Gesellschaften – so lautete das Fazit des Vortrages – sei »primäre Ausbeutung« zu finden, die jedoch über emotionale Belastung statt über Mehrarbeit gesteuert werde. Anhand einer empirischen Analyse von Konfliktodynamiken näherte sich *Carsten Keller* (Duisburg-Essen) der Frage nach der (Neu-)Konstituierung von sozialen Klassen. Auch wenn das Verhältnis von Ungleichheit und Konflikt für die Klassentheorie konstitutiv sei, habe es in jüngster Zeit doch zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. In Weiterentwicklung des Modells des sozialen Raums nach Bourdieu konzipierte Keller entlang dreier Konfliktachsen (Wirtschaft, Staat, Kultur) ein theoretisches Modell, das »neue« und »alte« Konfliktodynamiken zusammenführt und mit dem sich aktuelle Konfliktkonstitutionen in europäischen Ländern erfassen lassen. Empirisch konnte Keller zeigen, dass staatlich und kul-

turell überformte Klassenkonflikte zu einer Neukonstituierung von Klassenfraktionen führen, auf die Akteure auch lebensweltlich rekurrieren. Im Fokus des Beitrages von *Uwe Krähnke* (Chemnitz) stand die Frage nach gesellschaftstheoretischen Implikationen der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus. In Krähnkes Daten über die politischen Orientierungen und Praxen linksaffiner Personen lassen sich Indizien für eine milieuübergreifende Dominanz des Neoliberalismus finden, was für die Annahme eines allgemeinen Erfahrungswandels spreche, der sich im Wertesystem unserer postindustriellen Gegenwartsgesellschaft niederschlägt und auf Dauer institutionalisiert wird.

Auch wenn *Nina Degele* (Freiburg) und *Gabriele Winker* (Hamburg-Harburg) in ihrer Kapitalismuskritik an die Marxsche Traditionslinie anschlossen, betonte die von ihnen entwickelte Lesart intersektionaler Ungleichheitsanalysen die Vielschichtigkeit von sozialen Ungleichheiten. Zentrales Anliegen der intersektionalen Ungleichheitsanalyse ist es, das Zusammenwirken und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Dimensionen sozialer Ungleichheit zu beschreiben und zu analysieren. Dabei plädierten Degele und Winker dafür, die potenziell große Zahl von Dimensionen sozialer Ungleichheit dadurch zu begrenzen, dass sie als Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus gedacht werden (»Kapitalismus vor der Klammer«). Für die Kategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper lässt sich zeigen, dass und wie sie Ausbeutung strukturieren. Allerdings müssten jenseits der Strukturebene sozialer Ungleichheit auch die Ebene der Identitätskonstruktionen und der symbolischen Repräsentationen berücksichtigt werden, in denen unterschiedliche und unterschiedlich viele Dimensionen von Ungleichheit aufzufinden seien. Auch *Martin Diewald* und *Thomas Faist* (Bielefeld) hielten Analysen der Genese sozialer Ungleichheiten, die auf nur ein spezifisches Merkmal wie etwa Ethnizität oder Alter, beschränkt sind, entgegen, dass sie die Entschlüsselung allgemeiner generischer Prozesse verhindern. Ihr konzeptioneller Vorschlag beinhaltet daher die Entwicklung einer Prozessperspektive, die zwischen (bloßer) Verschiedenartigkeit und Ungleichheit unterscheidet und die analysiert, wie aus Bevölkerungsheterogenität soziale Ungleichheiten werden. Am Beispiel von Wechselwirkungen arbeitsmarktinduzierter Ungleichheitsgenese stellten Diewald und Faist eine allgemeine Typologie sozialer Mechanismen der Ungleichheitsgenese vor.

Die Genese von Ungleichheiten auf der Meso- und Mikroebene stand im Mittelpunkt des Vortrages von *Markus Gottwald*, *Christine Wimbauer* und *Katja Müller* (Berlin). Anhand zweier Fallstudien zu familienfreundlicher Personal-

politik legen sie dar, wie sich Theorien funktionaler Differenzierung zur Untersuchung der Reproduktion von sozialer bzw. geschlechtlicher Ungleichheit fruchtbar machen lassen. Aus systemtheoretischer Perspektive ist die Systemebene Organisation entscheidend für individuelle Lebenschancen und -lagen, denn mittels einer Sachzwangorientierung können Organisationen als »Anspruchsabweisungsinstanzen« fungieren. Ausgehend von der empirischen Frage, wie von Politik geforderte »Familienfreundlichkeit« in Organisationsprogramme integriert wird und ob dadurch Geschlechterungleichheit reduziert wird, wurde sowohl gezeigt, wann eine Platzierung von Ansprüchen gelingt als auch, wann sie eine Abweisung erfahren. Zum anderen wurde herausgearbeitet, dass das Aufbrechen der »Anspruchsabweisungsinstanz« Organisation nicht zur Reduktion geschlechtsspezifischer Ungleichheiten führen muss, sondern vorherrschende Hierarchisierungen eher verstärken kann.

Für *Olaf Grob-Samberg* und *Florian R. Hertel* (Berlin) nimmt nicht die Organisation, sondern der Lebenslauf eine zentrale Stellung in der Analyse sozialer Ungleichheiten ein. Sie schlugen auf der Grundlage der Bourdieuschen »Laufbahnklassen« den Einbezug der Dimension der sozialen Zeit in die empirische Armutsmessung vor. Auf Basis von Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Jahre 1984 bis 2008 untersuchten sie die individuelle Klassenzugehörigkeit in einer Lebenslaufperspektive. Neben der überraschend hohen Stabilität einzelner Klassenlagen im Lebensverlauf ließen sich auch »Laufbahnklassen« identifizieren, die durch typische Kombinationen von horizontalen Wechsels wie auch Auf- und Abstiege charakterisiert sind.

Aus der Perspektive der relationalen Soziologie werden Annahmen einer oder Semantiken der Klassenstruktur grundsätzlich hinterfragt. So argumentiert *Jan Fuhse* (Bielefeld), dass Klassen oder Schichten Beobachtungsartefakte seien, die »kein Ergebnis der Ausstattung von Individuen mit Ressourcen, sondern der Okkupierung des Alltags durch Bildungserwerb und Erwerbstätigkeit« darstellen. Damit ließe sich noch nicht von einer Klassegesellschaft oder einer Prädominanz von sozio-ökonomischer Schichtung in der Sozialstruktur reden – wohl aber von einer mehr oder weniger starken, empirisch zu untersuchenden Ausrichtung von sozialen Netzwerken an Klassen oder Schichten.

Neben diesen Beiträgen, die konzeptionell oder empirisch eher an einer Klassenanalyse oder an der Untersuchung von Mechanismen der Ungleichheitsgenese im nationalstaatlichen Rahmen interessiert waren, näherten sich

die Vorträge von Manuela Boatcă, Jessé Souza, Bettina Mahlert und Thomas Schwinn der »globalen Ungleichheitsfrage«. *Manuela Boatcă* (Eichstätt, jetzt Berlin) setzte sich kritisch mit der Entstehung der soziologischen Ungleichheitsforschung auseinander. Zur Zeit ihrer Entstehung galt die Aufmerksamkeit der sozialwissenschaftlichen Klassen- und Schichtungsforschung sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die sich im nationalstaatlichen Rahmen abspielten. Boatcă stellte die These auf, dass die Gegenüberstellung von »freier Lohnarbeit« (als Merkmal kapitalistischer Gesellschaften) und Formen unfreier Arbeit (als Anomalien oder Überbleibsel vorkapitalistischer Gesellschaften) eine nicht zulässige Verallgemeinerung der westeuropäischen Erfahrung darstelle. Ähnlich kritikwürdig seien teleologische Konzepte eines sozialen Wandels von Agrar- über Industrie- bis hin zu Dienstleistungsgesellschaften. Ihr Plädoyer galt daher einer länderübergreifenden Perspektive in der Analyse sozialer Ungleichheiten resp. einer Soziologie globaler Ungleichheiten. Dass grundlegende Prinzipien der symbolischen Reproduktion des Kapitalismus durch Klassierung und Deklassierung in der gesamten kapitalistischen Welt wirksam seien, äußerte auch *Jessé Souza* (Juiz de Fora, Brasilien). Anhand zweier Forschungsprojekte, die in den letzten fünf Jahren in allen fünf Großregionen Brasiliens durchgeführt wurden, stellte Souza die These auf, dass die unterste Klasse der Subproletarier strukturell nicht anders als die Deklassierten reicherer Länder zu begreifen sei. Souza kritisierte internationale soziologische Debatten dafür, dass sie ganze Gesellschaften essentialistisch als vormodern, korrupt und vertrauensunwürdig hypostasieren würden, und schlug eine Analyse symbolischer Gewalt innerhalb und außerhalb der Soziologie als wichtige Ergänzung bisheriger Kapitalismusanalysen vor.

Aus einer differenzierungstheoretisch informierten Perspektive widmete sich auch *Bettina Mahlert* (Bielefeld) der »globalen Ungleichheitsfrage«. In ihrer Rekonstruktion des Klassenbegriffes von Luhmann und seiner These, der zufolge funktionale Differenzierung in der modernen Gesellschaft einen gesellschaftsstrukturellen Primat vor der Schichtung habe, argumentierte Mahlert, dass funktionale Differenzierung Klassenstrukturen nicht zum Verschwinden bringe, sondern vielmehr Dynamiken einer kaum mehr kontrollierbaren Verschärfung sozialer Ungleichheiten freisetze. Dass der Rekurs auf Differenzierungstheorien hilfreich für die Erforschung globaler Ungleichheiten sei, bestätigte auch *Thomas Schwinn* (Heidelberg). Schwinn legte nahe, dass die Untersuchung globaler Ungleichheit die Ungleichheitsforschung nicht vor eine methodologische, sondern vor eine theoretisch-konzeptionelle

Herausforderung stelle. In einer Reformulierung der »nationalstaatlichen Ungleichheitstheorie« argumentierte er, dass der nationalstaatliche Rahmen, der einen Wahrnehmungs-, Regulations- und Konfliktrahmen bot, eine wesentliche Voraussetzung der bisherigen Forschung zu sozialer Ungleichheit darstellte. Diese Ordnungsleistungen (u.a. Legitimation von Gleichheits- und Ungleichheitsaspekten, Abstecken der Verteilungseinheit, politische Konfliktarena, Regelung der meritokratischen Prinzipien) entfielen auf der globalen Ebene. Vor diesem Hintergrund empfahl Schwinn, diese bisherigen »Ordnungsprinzipien der Soziologie« vom nationalstaatlichen Rahmen abzulösen und zu prüfen, wie sie für die Frage nach globaler Ungleichheit fruchtbar werden könnten.

Alles in allem muss festgehalten werden, dass sich die im Tagungstitel aufgeworfene Frage nach der »Wiederkehr der Klassengesellschaft« sowohl in theoretisch-konzeptioneller als auch in empirischer Hinsicht als überaus ergiebig und anschlussfähig erwies. Die Unterschiedlichkeit und der Facettenreichtum der Beiträge zeigten aber auch, dass eine endgültige Antwort auf die Frage nach einer Verstärkung oder Stabilisierung sozialer Ungleichheiten nicht gegeben werden kann. Weiterhin unklar ist etwa die Problematik der Ungleichheitsgenese: Können soziale Mechanismen die Genese sozialer Ungleichheiten erklären? Wie können soziale Phänomene wie etwa Interdependenzschleifen oder nicht intendierte Effekte, beispielsweise von Handlungen auf der Mesoebene (im Beitrag von Wimbauer, Gottwald und Müller), in eine Erklärung der Ungleichheitsgenese integriert werden?

Ausgewählte Tagungsbeiträge wurden im Berliner Journal für Soziologie, Heft 1, 2011 veröffentlicht.

Stella Müller

Veranstaltungen der Sektion auf dem 35. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 11. bis 15. Oktober 2010 in Frankfurt

Beim Jubiläumskongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der den Titel »Transnationale Vergesellschaftungen« haben Sektionssprecher und Sektionsvorstand die folgenden Veranstaltungen organisiert:

a) *Plenum »Transnationale Ungleichheiten zwischen nationaler und globaler Vergesellschaftung«*

Über dieses gemeinsam mit der DGS-Sektion Migration und ethnische Minderheiten organisierte wurde von der Sektion Migration und ethnische Minderheiten in Heft 3-2012 der Soziologie berichtet.

b) *Sektionsitzung »Die »Krise« der sozialen Ungleichheiten«*

Ursprung und Geschichte der Soziologie sind eng mit der »Entdeckung« sozialer Ursachen von Ungleichheiten, mit ihrer Klassifikation und Dimensionierung sowie mit ihrer Beschreibung und »Messung« verknüpft. Trotz aller Anstrengungen zu Wertfreiheit und Versachlichung betritt man bei der Beschäftigung mit Ungleichheiten zugleich ein nach wie vor normativ aufgeladenes Gebiet, das sich oft nur schwer gegenüber politisch-philosophischen Diskussionen um Ungerechtigkeiten abgrenzen lässt. Dies hat auch damit zu tun, dass die Beschäftigung mit sozialer Ungleichheit schon bei den Klassikern im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, also bei Karl Marx und Max Weber, aber auch bei einigen die deutschsprachige Ungleichheitsdiskussion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägenden Autoren wie Ralf Dahrendorf oder Helmut Schelsky und vermittelt über eine mehr oder weniger explizite (Klassen-)Konflikttheorie immer auch eine Beschäftigung mit den treibenden Kräften sozialen Wandels war. Auch deshalb scheint in der soziologischen Ungleichheitsforschung die Hoffnung mitzuschwingen, dass gerade die soziologische Erforschung von Ungleichheit zur Verminderung von Ungleichheiten, wenn nicht gar zu deren Abschaffung beitragen könne – oder sogar solle.

Wie schon der simple Augenschein lehrt, sind aber soziale Ungleichheiten seit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie nicht etwa verschwunden, sondern sie kehren, wenn auch u.U. auf »höherem« Niveau, immer wieder zurück, wandeln ihre Formen und scheinen sich manchmal auch zu vermehren. Damit steht die Soziologie als »Krisenwissenschaft« auch auf diesem Gebiet vor dem paradoxen Befund, die Permanenz der »Krise«, d.h. hier: die hartnäckige (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten, zwar immer genauer beschreiben und immer besser analysieren, jedoch nicht »lösen« zu können. Die Sektion hatte daher den Jubiläumskongress zum Anlass genommen, auf die Geschichte der soziologischen Beschäftigung mit sozialer Ungleichheit in Deutschland zurückzublicken – und dabei zugleich Perspektiven für die Zukunft der Ungleichheitsforschung zu diskutieren.

Unter der Moderation von *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* und *Peter A. Berger* wurden dazu Vorträge von *Brigitte Aulenbacher* und *Birgit Riegraf* (Linz/Paderborn) zu »Mit Marx und Weber im 21. Jahrhundert? Soziale Dynamiken und Ungleichheiten als Gegenstand von Kapitalismustheorien und Intersektionalitätsforschung«, von *Manuela Boatcă* (Berlin) zu »Jenseits von Anomalien. Zur historischen Verflechtung von Ungleichheitsstrukturen«, von *André Kieserling* (Bielefeld) zur »Soziologische(n) Legitimationen von Ungleichheit«, von *Cornelia Koppetsch* (Darmstadt) über »Symbolanalytiker und die Herrschaft der Intellektuellen – zur Neulektüre von Helmut Schelsky »Die Arbeit tun die anderen«, von *Carola Hommerich*, *Heinz Bude* und *Ernst-Dieter Lantermann* (Tokyo/Kassel) zu »Das Gefühl der Krise: Prozesse sozialstruktureller Verortung im deutsch-japanischen Vergleich«, und von *Patrick Sachweh* (Frankfurt am Main) zum Thema »Soziologische Ungleichheitsdeutung in der Krise? Zur Diskrepanz zwischen soziologischem und Alltagswissen über soziale Ungleichheit« gehalten.

c) Sektionsitzung »Aktuelle Forschungsprojekte zu Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit«

Auf der thematisch offen gehaltenen, von *Anja Weiß* und *Peter A. Berger* moderierten Sitzung der Sektion wurden Vorträge von *Katrin Auspurg*, *Thomas Hinz* und *Ksenija Ursulenko* (Konstanz/Kiew) zum Thema »Einkommensgerechtigkeit im transnationalen Vergleich«, von *Carsten Sauer*, *Peter Valet* und *Stefan Liebig* (Bielefeld) zum Thema »Einkommensungleichheit und Einkommensgerechtigkeit«, von *Betina Hollstein* (Hamburg) zu »Netzwerkressourcen und -restriktionen im Berufseinstieg. Eine Fuzzy-Set-Analyse der Netzwerkeffekte sozial benachteiligter junger Erwachsener«, von *Aladin El-Mafaalani* (Bochum) zu »Vom Arbeiterkind zum Akademiker. Biographische Rekonstruktionen überwundener Ungleichheit«, von *Boris Heizmann*, *Anne Busch* und *Elke Holst* (Jena/Berlin) zu »Der Einfluss migrantenspezifischer Arbeitsmarktsegregation auf die Verdienste von Migranten und Nicht-Migranten« sowie von *Gunnar Otte* (Zürich) zur Thematik »Klassenkultur« und »Individualisierung« als soziologische Mythen? Ein Zeitvergleich des Musikgeschmacks Jugendlicher in Deutschland, 1955–2004« gehalten.

d) Forum »Im Westen angekommen...« – Zwanzig Jahre Deutsche Einheit

Unter dem Titel »Im Westen angekommen...« – Zwanzig Jahre Deutsche Einheit« hatte *Peter A. Berger* auf dem Frankfurter Soziologiekongress ein Forum organisiert. Unter seiner Moderation diskutierten dort *Michaela*

Kreyenfeld (Rostock), *Karl-Ulrich Mayer* (Yale), *Hildegard-Maria Nickel* (Berlin), *Ilona Ostner* (Göttingen) und *Andreas Willisch* (Waren/Müritz) Fragen nach der Angleichung der Lebensverhältnisse, aber auch nach fortbestehenden Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland.

Peter A. Berger

Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie und Soziale Probleme und Soziale Kontrolle

Tagung »Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen«
am 20. und 21. April 2012 in Hamburg

»Großstädte«, so formulierten es die Veranstalter Norbert Gestring, Renate Ruhne und Jan Wehrheim, »sind wieder zu Orten sozialer Bewegungen geworden.«

Die Organisation durch zwei Sektionen ergab einen breiten interdisziplinären Blick auf Theorien und Praxisbeispiele, die Tagung zeigte zahlreiche Perspektiven und unterschiedliche Ansätze der sozialen Bewegungsforschung. Die Frage, was es nicht nur für die Sozialwissenschaften, sondern auch für die Praxis sozialer Bewegungen bedeutet, wenn die Stadt nicht nur als physisch-räumlicher Austragungsort, sondern das *Städtische* in seiner gesellschaftlichen Kontextualisierung als zentraler Anknüpfungspunkt gegenwärtiger Proteste gesehen wird, zog sich dabei als roter Faden durch die Tagung.

Margit Mayer (Berlin) widmete sich in ihrem Key-Note Vortrag zum Auftakt der Veranstaltung der bereits im Tagungstitel gestellten Frage, »Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen?«. Angesichts einer »Unübersichtlichkeit im Feld« steht sowohl die Stadt- als auch die Bewegungsforschung vor der Aufgabe einer theoretischen Einordnung, die städtischen Protest im Kontext ökonomischer und sozialer Prozesse sieht. Wird die Stadt nicht mehr als reine *Bühne* sozialer Bewegungen gesehen, sondern Urbanität als ihr zentrales Element verstanden, dann muss die Rolle der Urbanität in sozialen Protesten bestimmt werden. Hierzu diskutierte Mayer, ausgehend von Henri Lefebvres Konzept des *Rechts auf Stadt*, die kontroversen theoretischen Beiträge von David Harvey (2012) und Andy Merrifield (2011) zu einer neuen Welle von Bewegungen in Zeiten des Neoliberalismus.

Für Harvey spielt Urbanität eine zentrale Rolle für gesellschaftliche und ökonomische Transformationen und prägt somit entscheidend gegenwärtige Proteste. Er unterscheidet zwischen Bewegungen städtischer Produzenten, für deren Proteste Städte nur am besten geeignete Orte sind, und der sozialen Heterogenität sonstiger Bewegungen, durch die die Städte selbst zum Störpotential der (Re-) Produktion des neoliberalen Kapitalismus werden. Nach Merrifield können städtische Bewegungen an sich die Reproduktion des Finanzkapitals nicht ernsthaft beeinträchtigen, entscheidend ist die Begegnungsqualität von Städten (die schon Lefèbvre betonte), weil sie Gegenmacht ermöglicht. Aber das *Recht auf Stadt* ist zu weit gefasst, da Forderungen vernachlässigt werden, die über konkret *städtische* Problemlagen hinausgehen. Nach Mayer begünstigt die heutige hohe Heterogenität der »Bewegungslandschaft« Spaltungstendenzen zwischen sozial Erfolgreichen und Erfolglosen.

Ebenfalls unter Bezugnahme auf Lefèbvres *Recht auf Stadt* fragte *Alexander Neupert* (Osnabrück) nach der Rolle der »Utopie des Urbanen« sowohl für die Formulierung theoretischer Kritik als auch für die politische Praxis städtischer sozialer Bewegungen. Utopische Gesellschaftsmodelle richteten sich immer auf Städte; es ging ihnen i.d.R. um Wohlstand und Gleichheit durch autoritär hergestellte Ordnung. Verändernde Praxis ist nach Marx nur Negation, legt nur das in der alten Gesellschaft angelegte Neue frei; nach Bloch dagegen ist sie selbst, als konkreter Schritt mit offener Richtung, Grundlage von Hoffnung. Gerade das Konzept des *Rechts auf Stadt* hat laut Neupert einen »utopischen Kern«: es geht nicht nur um Teilhabe am städtischen Leben, sondern auch um seine Veränderung; Utopien des Urbanen prägen somit auch gegenwärtige Bewegungen, in der geforderten Gestaltung und Veränderung der Stadt (z.B. des Hamburger *Recht-auf-Stadt*-Bündnisses) steckt immer eine utopische Hoffnung.

Die Fragestellung des Forschungsprojekts von *Elodie Vittu* (Weimar) geht aus vom *Recht auf Stadt*, wie es Lefèbvre formulierte: Recht auf *Zentralität* (v.a. auf Nutzung der Innenstadtbereiche), auf die Leistungen und Qualitäten städtischen Lebens, und auf Teilhabe an Macht in der Stadt. Die Frage ist, ob städtische Kämpfe gegen Marginalisierung und für *empowerment* des Volkes in den neoliberalen Städten der Gegenwart ähnliche Rechte fordern. Beim angestrebten Vergleich von Paris, Berlin und Mexiko-Stadt wird nach Ähnlichkeiten zwischen Armen-Bewegungen im »Süden« und Bewegungen in »entrechteten Gebieten« im Norden gefragt, zu erfassen über eine Matrix von Feldern und Inhalten bzw. Zielen.

Aus der qualitativen Untersuchung von *Bettina Engels* (Berlin) über »Urbane Proteste »gegen das teure Leben« in Burkina Faso« zeigen sich die Schwierigkeiten eines globalen Vergleichs. Revolten gegen hohe und rasch steigende Lebensmittelpreise in ganz Afrika gibt es nur in einzelnen Regionen. Entstanden sind sie fast immer unter *urban poor*, nicht in der hungernden Landbevölkerung; Analysen mit Makrodaten können ihre Ursachen nicht fassen. Die Revolten v.a. junger Stadtbewohner zwischen 2008 und 2011 gegen das *teure Leben* waren in Burkina Faso auf Regierung und Bürgermeister gezielt, in der Konsequenz richteten sie sich gegen neoliberale Sozialpolitik und Kommodifizierung. Ihr Zusammenwirken mit schon lange aktiven Gewerkschaften, Menschenrechts- und Studentengruppen über persönliche Beziehungen – charakteristisch für ein kleines Land wie Burkina Faso – brachte rasch einige politische Erfolge.

»Subalterne« Ausgeschlossene können sich nicht selbst Gehör verschaffen und sind besonders schwer mobilisierbar, wie aus den Interviews von *Katrin Schrader* (Harburg) unter drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen in Hamburg-St. Georg hervorgeht. Im neuerdings als Sperrbezirk ausgewiesenen Gebiet sind diese Prostituierten doppelt kriminalisiert. Sie sind ausgeschlossen aus dem Entwicklungsbild eines *bunten* Viertels, werden abgelehnt von Exekutive wie von Bewohnergruppen, und sind Verfolgung und Missbrauch besonders ausgesetzt. Handlungsfähigkeit über die eigene Person hinaus zeigt sich nur bei den für sich selbst wie für Andere *Sorgenden*, nicht bei den *Distanzierten* und den (nur für sich) *Kämpfenden*. Für diese »sehr verletzten« Frauen mit geringen Potentialen fehlt es an extern aufgebauten Strukturen für einen Ausstieg aus ihrer Lage.

Das Material für *Tanja Golovas* (Magdeburg) Diskursanalyse der Forderungen von Links-Autonomem in Berlin nach Freiräumen war nicht einfach zu erschließen. Der Kampf um Freiräume wird einerseits verstanden als Eroberung und Verteidigung konkreter Räumlichkeiten für alternatives Leben – andererseits als Abwehr von Aufwertungstendenzen in Innenstadt-Gebieten, für die verbal die ganze Bewohnerschaft vereinnahmt wird, sodass die Erhaltung als anti-kapitalistischer Kampf darstellbar ist. Dies ist verbunden mit der Konstruktion eines *Wir*, das hauptsächlich über die Abgrenzung vom *mainstream* der *Anderen* hergestellt wird.

Der gemeinhin positive Blick auf städtische Bewegungen gilt nicht für NIMBYs. An Beispielen aus Hamburg und Umland erläuterte *Marcus Menz* (Hamburg) ihre Haltungen – Durchsetzung eigener Nutzungsinteressen in Zweckbündnissen mit Abgrenzungen zwischen *Wir* und den *Anderen*, unge-

achtet Gemeinwohl-Aspekten und Strukturen. Trotz Vertretung von Partialinteressen, nicht zuletzt zur Erhaltung von »Raumprofiten«, sind die Durchsetzungschancen bei geschlossenem Auftreten und Nutzung aller Einflussmittel nicht gering, in Abhängigkeit v.a. von der Reaktion lokaler Entscheider; deren zunehmende Starrheit stärkt die Bewegungen eher. Positiver Aspekt dieser Spielart lokaler Mitgestaltung: Auch sie können lokale Kommunikation und Mitwirkungs-Motivationen stärken.

Hintergründe des Hamburger Netzwerks *Recht auf Stadt* waren Anti-Gentrifizierungs-Proteste in St. Pauli-Süd und die Besetzung des Gängeviertels durch die »Creative Class« (Richard Florida). Als Schlüssel für die Entstehung und vergleichsweise lange Existenz dieses netzwerkartigen Sozialprotestes sieht *Peter Birke* (Hamburg) dessen »Fußläufigkeit« und darüber hinaus den Entstehungszusammenhang der Protestbewegung aus Arbeitskonflikten der 1980er und 1990er Jahre. Dies verdeutlicht einerseits die Notwendigkeit eines Einbezugs der Historizität sozialer Bewegungen, andererseits müssen aber auch Fragen der Diskontinuität beachtet werden. Zu wenig thematisiert wird derzeit soziale Polarisierung (v.a. *Prekarisierung* oder *urban poor*). Ungeklärt ist auch noch, wie sehr breite Netzwerke inhaltlich zusammengehalten werden können.

Ebenfalls auf das *Recht auf Stadt*-Netzwerk beziehen sich *Florian Hobenstatt* (Frankfurt am Main) und *Moritz Rinn* (Hamburg). Als Beispiele eines »guten gesellschaftlichen Protests« stellen sie die Bürgerbewegung in Hamburg Wilhelmsburg (Hamburg) dar, als »unpolitische Revolte« die Bewegungen in englischen Großstädten im Herbst 2011. Deutlich wurden Grenzen der Bewegungsforschung. Die klassische Bewegungsforschung, die v.a. auf Strategien und Organisationsform abhebt, ist unzureichend dort, wo Verknüpfungen mit der Gesellschaft thematisiert werden müssen und wo ein Bruch mit der Ordnung unorganisiert, d.h. nur als Praxisform erscheint; dies leistet eher die kritische Stadtforschung. Es geht also nicht nur um Träger, Ziele und Erfolgchancen, sondern auch um Legitimität und Sichtbarkeit von Protestpraktiken.

Die Forderung nach neuen Beteiligungsformen diskutierte *Rolf Keim* (Darmstadt) vor dem Hintergrund der Frage, ob das neue Paradigma der Beteiligung das Ende städtischer sozialer Bewegungen bedeute. Eine Untersuchung von Beteiligungsstrukturen und deren Reichweite in Darmstadt bildet dafür die empirische Grundlage. Über Bürgerbeteiligung, Mobilisierungs- und Aktivierungsstrategien wird Gemeinwesenarbeit zu einer kommunalen Strategie; Beteiligung wird so politisch instrumentalisiert, kann aber gleich-

wohl zu sozialer Verbesserung und Demokratisierung führen. Sie dient sowohl der Markt-Effizienz, ist steuerungspolitisches Element und zugleich emanzipatorisches Projekt. Offen bleibt allerdings die Frage, welche Gruppen aktiv in Beteiligungsprozesse eingebunden sind und wer von diesen Verfahren ausgeschlossen bleibt.

Samuel Mössner (Freiburg) verglich die ausgreifende Protestbewegung im Frankfurter Westend der 1970er Jahre, geprägt durch Bevölkerungsrückgang, Immobilienspekulationen, Abriss und Niedergang der Wohnfunktion, mit aktuellen Entwicklungen im Frankfurter Ostend rund um die Neuansiedlung der EZB, wo Proteste bislang ausbleiben. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen einem Konflikt, der aus gegensätzlichen Interessen entsteht und einem tatsächlich stattfindenden Protest, der die öffentliche Wahrnehmung auf sich lenkt. Konzeptionelle und methodische Probleme entstehen vor allem aus der Frage der sozialen Vergleichbarkeit der Quartiere und des Einbezugs der historischen Perspektive.

Am Beispiel von Leipzig skizzierte *Dieter Rink* (Leipzig) Wirkungen und Dynamiken von Bewegungen einer Stadt, die sich nach der Wende in massivem sozialem Umbruch befand. Wiedervereinigung und übergangslose EU-Integration veränderten nicht nur gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, unter dem Leitbild einer »nachholenden Modernisierung« (Zapf), sondern beflügelten eine Vielzahl sozialer Bewegungen (Arbeiter- und Sozialproteste, Bürgerinitiativen und Bürgervereine, rechte und linke Gruppierungen). Ausgehend von friedlicher Revolution und Montagsdemonstrationen dominierten in den 1990er Jahren Bewegungen zur Bewältigung und Sanierung des 1989 desolaten Zustands der Stadt und gegen Arbeitsplatzverluste, oft in Zusammenarbeit von Aktivisten und neuen politischen Eliten. In den 2000er Jahren wuchs die Zahl und Vielfalt von Bewegungen im Umfeld von Dienstleistungs-Großprojekten, Re-Industrialisierung, Sozialabbau und neoliberaler Politik (Finanznot, Privatisierung), meist in breiten Bündnissen gefasst, nicht zu vergessen die Konflikte zwischen rechts- und linksgerichteten Bewegungen. Der Einfluss sozialer Bewegungen auf die ökonomische und politische Transformation war insgesamt gering, allerdings sorgten sie für eine sozialpolitische Abfederung; unterschätzt in der Forschung sind Arbeiter-Proteste.

Die Aktualität und Greifbarkeit städtischer sozialer Bewegungen wurde abschließend in einer Exkursion durch St. Pauli Süd deutlich. Gentrifizierungsprozesse haben hier zu unübersehbaren städtebaulichen Veränderungen und einem massiven Bevölkerungsaustausch geführt. Umstrukturierung

gen, Sanierungen und Infrastrukturmaßnahmen führen zu Aufwertung und Attraktivitätssteigerungen – und zu Imagewandel, steigenden Mieten und Verdrängung. Eindrucksvolles Beispiel der Veränderung des gesamten Stadtteilbildes ist der Abriss der traditionellen Bavaria Brauerei, auf deren Gelände ein Luxushotel und exklusive Hochhäuser errichtet wurden. Die Gentrifizierungsprozesse in St. Pauli-Süd bildeten den Ausgangspunkt für das *Recht auf Stadt*-Netzwerk und sind immer noch aktuell. Jüngstes Beispiel sind die Bewohnerproteste gegen den geplanten Abriss der »Esso-Häuser« an der Reeperbahn.

Die Tagung eröffnete zahlreiche Perspektiven und Ansätze der sozialen Bewegungsforschung, offenbarte aber auch offene Fragen und Forschungsbedarf. Definitorische Unklarheiten, die Frage nach den Bedingungen der Herausbildung von Protestformen, nach deren Akteuren und Wahrnehmung sind nur einige notwendige Anknüpfungspunkte. Ein Aspekt wurde besonders deutlich: Als soziale Proteste wahrgenommene Ausdrucksformen sind in der Regel Mittelschichtproteste. Offen bleibt die Frage, welche Perspektiven und Handlungsfähigkeiten die am wenigsten Privilegierten aufweisen. Dies kann durch vergleichende Forschung geklärt werden. Wenig fruchtbar sind Vergleiche allerdings dort, wo Lebenssituationen und politisch-ökonomische Rahmenbedingungen sich grundlegend unterscheiden.

Laura Naegler, Rainer Neef, Ute Neumann

Sektion Wissenssoziologie

Jahresbericht 2011 und Ausblick auf 2012

Wie im Vorjahr zeigte die Sektion Wissenssoziologie auch im Jahre 2011 vielfältige Tagungsaktivitäten. Nach der Arbeitsaufnahme des Ende 2010 für 2011 und 2012 neu gewählten Vorstandes: Gabriela Christmann, Reiner Keller, Michaela Pfadenhauer, Bernt Schnettler und Dariuš Zifonun fand die sehr gut besuchte Frühjahrstagung der Sektion unter dem Motto »Krisen der Wirklichkeit – Grenzsituationen, unsicheres Wissen, prekäre Gewissheiten« am 17. und 18. März 2011 in Freiburg am Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene e. V. statt. Organisiert wurde sie von den dort arbeitenden KollegenInnen Michael Schetsche und Ina Schmied-Knittel. Am 2. und 3. Juni folgte eine Sektionstagung in Fulda, die anlässlich

des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Anne Honer, Gründungs- und langjähriges Vorstandsmitglied der Sektion, dem Forschungsprogramm der »Lebensweltanalytischen Ethnographie« gewidmet war. Zahlreiche parallel durchgeführte Veranstaltungen verdeutlichten die breite Resonanz, die dieser Ansatz erfährt. In Fulda fand auch die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Sektion 2011 statt, auf der vor allem zukünftige Aktivitäten besprochen wurden. Ausgerichtet wurde die Tagung in Kooperation mit der Sektion Professionssoziologie durch die Fuldaer Kolleginnen und Kollegen der Fachbereiche »Sozial- und Kulturwissenschaften« sowie »Pflege und Gesundheit«, an denen Anne Honer, vor ihrem krankheitsbedingten Zustandswechsel in die Lebensform Wachkoma gearbeitet hatte. Anne Honer, die im Februar 2012 zu unser aller Entsetzen und Trauer verstorben ist, wurde anlässlich der Tagung wegen ihrer vielfachen wissenschaftlichen Verdienste um die Sektion in den Sektionsbeirat aufgenommen. Eine Buchpublikation der Tagungsbeiträge ist in Vorbereitung.

Am 1. und 2. Juli 2011 richtete Michaela Pfdenhauer am KIT Karlsruhe eine gemeinsame interdisziplinäre Tagung der Sektionen Wissenssoziologie und Professionssoziologie zum Thema »Kompetenzen der Kompetenzerfassung« aus, zu der viele Kolleginnen und Kollegen aus Nachbarsektionen und -disziplinen begrüßt werden konnten. Auch hier ist eine Buchveröffentlichung in Vorbereitung. Im Herbst bildete schließlich die von Ronald Hitzler und Michaela Pfdenhauer erneut in Kooperation der Sektionen Wissens- und Professionssoziologie auf dem Dreiländerkongress »Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit« der DGS, ÖGS und SGS in Innsbruck organisierte Panelveranstaltung zum Thema »Was ist »der gut informierte Bürger« heute? Renovierungen einer Sozialfigur« sowie die ebendort vom Arbeitskreis Gedächtnis, Erinnern und Vergessen organisierte Veranstaltung »Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen« (Organisation: Oliver Dimbath, Michael Heinlein, Peter Wehling) den erfolgreichen Abschluss der Sektionshauptveranstaltungen im Jahre 2011.

Neben den erwähnten Hauptveranstaltungen waren Arbeitskreise der Sektion bzw. Sektionsmitglieder auch an zahlreichen kleineren Veranstaltungen maßgeblich beteiligt. Bereits am 28. und 29. Januar fand in Bielefeld ein Workshop des Arbeitskreises Expertenwissen zum Thema »Professionelle und Experten« statt, den Anna Henkel organisierte. Am 8. und 9. April organisierte René Tuma in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet Allgemeine Soziologie einen Workshop zum Thema »Visualisierung von Wissen und Bilder des Sozialen«. Bernt Schnettler und Hubert Knoblauch waren bei

der ESA-Tagung vom 7. bis 10. September 2011 im Rahmen des Research Network Sociology of Religion in Genf aktiv beteiligt. Gabriela Christmann und Gerhard Mahnken zeichneten schließlich für einen interdisziplinären Workshop zu »Diskursanalysen in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung. Über Ansätze zur empirischen Erforschung von Raum(re)konstruktionen im Schnittfeld von Diskurs und Dispositiv« verantwortlich, der am 10. und 11. November 2011 in Erkner stattfand.

Für das Jahr 2012 standen und stehen erneut rege Tagungsaktivitäten an. So organisierten Martin Endreß und Oliver Berli zum Auftakt die Frühjahrs-tagung der Sektion in Trier zum Thema »Wissen und soziale Ungleichheit« (10. und 11. Februar). Es folgten Workshops des Arbeitskreises Gedächtnis, Erinnern und Vergessen an der Universität Augsburg am 22. und 23. März sowie eine Sommertagung zum Thema »Wer oder was handelt? Über den Subjektbegriff der Wissenssoziologie«, die von Angelika Pofel und Norbert Schröer an der Hochschule Fulda am 15. und 16. Juni veranstaltet wurde. Schließlich bündelt der Soziologiekongress in Bochum und Dortmund vielfältige Veranstaltungsbeteiligungen aus der Sektion, die mit ihren Veranstaltungs-Vorschlägen sehr erfolgreich war. Auch die Jahresmitgliederversammlung 2012 findet dort statt.

Im Laufe des Jahres 2011 sind der Sektion Wissenssoziologie 38 neue, in deutlicher Überzahl jüngere Kolleginnen und Kollegen beigetreten. Damit hatte die Sektion Ende 2011 318 Mitglieder.

Auch 2011 wurden vielfältige Publikationsaktivitäten aus der Sektion registriert. Erschienen sind beispielsweise der von Oliver Dimbath und Peter Wehling herausgegebene Band »Soziologie des Vergessens«, der von Ronald Hitzler und Arne Niederbacher in der 3. Auflage publizierte Herausgeberband »Leben in Szenen«, ein Herausgeberband von Reiner Keller und Michael Meuser über »Körperwissen«, Anton Andreas' Buch über »Unwirkliche Wirklichkeiten«, der von Ronald Hitzler zusammengestellte Band mit Texten von Anne Honer zum Thema »Kleine Leiblichkeiten«, Andreas Hepps Buch über »Medienkultur«, Daniel Subers Einführung zu »Emile Durkheim« oder die Vertiefung der Spielhallenstudie von Jo Reichertz, Arne Niederbacher, Gerd Möll und Ronald Hitzler über »Erwartungsräume« (weitere Hinweise zu Publikationen von Sektionsmitgliedern auf der Sektionshomepage).

Reiner Keller

In memoriam Michael Th. Greven (07.03.1947 – 07.07.2012)

Es war ein Schock für alle, in besonderem Maße jedoch für die ihm am nächsten Stehenden, aber auch für jene, die am 7. Juli zu Michael Th. Grevens Emeritierungsfeier in Hamburg gekommen waren, dass er in der Nacht, die dieser Ehrung folgte, verstorben ist. Eben erst hatte man ihn als – wie immer aufmerksam-kritischen – Zuhörer und mit (keinesfalls durch Feierlichkeitsrhetorik geglätteten) Diskussionsbeiträgen erlebt, ebenso seine Freude über die vielfältig freundschaftlichen Begegnungen, seine Rührung auch bei der Übergabe der von Olaf Asbach, Rieke Schäfer, Veith Selk und Alexander Weiß herausgegeben Festschrift (der passionierte Segler musste bekennen, einer solchen Zuwendungsballung gegenüber doch »nahe am Wasser gebaut zu haben«). Alle spürten die Ambivalenz eines Abschieds von der aktiven Lehrtätigkeit, die aber auch mit Zukunftsoptimismus verbindbar war, etwa mit einer, weitere geplante Arbeiten fördernden Ruhezeit in seiner kleinen Finca auf Mallorca. Jedenfalls war an alles andere zu denken als an einen Abschied von der Wissenschaft.

Neununddreißig Jahre war es her, dass der schon im Grundstudium geäußerte Wunsch des Studenten in Erfüllung zu gehen begann, diese wunderbare Institution Universität »nie mehr zu verlassen«. Bei Karl-Dietrich Bracher in Bonn mit einer durchdringend ideologiekritischen (auch die sowjetische und in der DDR eifrig rezipierte Kybernetikbegeisterung entzaubernden) Arbeit über »Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse« promoviert, lud ihn der kurz zuvor erst an die Gesamthochschule Paderborn berufene Frank Benseler ein, dort in der Soziologie sein Assistent zu werden. 31-jährig wurde Greven nach seiner Habilitation für dasselbe Fach nach Marburg berufen, 1991 folgte ein Ruf auf die Professur für »Politische Theorie und Politische Soziologie« an die Technische Hochschule Darmstadt und schließlich ging er 1995 in seine Geburtsstadt Hamburg, dort zuerst den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt Regierungslehre, später dann für Politische Theorie und Ideengeschichte übernehmend.

Der rote Faden seiner wissenschaftlichen Arbeit war – vielleicht auch mitbedingt durch die Totalitarismusanalysen seines akademischen Lehrers – die Erforschung der Bedingungen eines demokratischen Gemeinwesens in unserer Zeit, was immer auch hieß: seiner Gefährdung. Es mochte darin die Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit (die damals noch nicht »Kontingenz« hieß) mit Armut, Flüchtlingsschicksalen und all den schmerzhaften Neuorientierungen zumindest unterschwellig gewirkt haben. Auch

gab es in der Bundesrepublik eine für lange Zeit verbreitete Furcht, dass die neugewonnene Demokratie nicht nur von außen, sondern auch von innen bedroht sei. Man spürt das noch bei der Lektüre seiner, 2007 publizierten Rekonstruktion wichtiger intellektueller Positionen in dem Buch »Politisches Denken in Deutschland nach 1945«. Vor diesem Hintergrund wurde Michael Greven zu einem konsequenten »Bürgerrechts-Linken« (wie es in einem Nachrufblog treffend hieß), für den Untersuchungen zur Kontingenz der Verhältnisse und zur Stabilisierung der nicht nur formalen Demokratie naheliegend waren.

Jedenfalls beschäftigte ihn die latente Schwächung demokratischer Verhältnisse bis zuletzt, wurde zum Thema mehrerer seiner zahlreichen Monographien, vor allem aber seines systematisch wichtigsten Werkes, »Die politische Gesellschaft«, auf welches sich sowohl der Titel der Festschrift als auch die Themenstellung des Abschiedskolloquiums bezogen. Gegen eine zwar hochprofessionalisierte, ihren Gegenstand jedoch immer mehr auf das »politische System« und Gouvernance-Probleme einschränkende Politikwissenschaft signalisierte er schon mit dem Titel dieses Buches (für das Michael Greven vom Amalfi-Preiskomitee mit dem *Premio Luigi Sturzo* ausgezeichnet wurde), dass es ihm um die gesellschaftsbildende (aber Sozialität auch zerstören könnende) Funktion von Politik ging und vice versa um deren Verankerung in der Gesellschaft (die ja in der modernen, modelltheoretischen Ökonomie ebenfalls weitgehend in Vergessenheit geraten ist). Der Autor, wie immer er auch für die Reputation seines Faches gekämpft haben mag, begnügte sich nie mit dem umzäunten Raum einer einzigen Disziplin, sondern wollte stets auch ein politischer Soziologe bleiben – und dazu noch ein historisch argumentierender. »Politische Gesellschaft« (für alle Virtuosen einer Theoretisierung der Ausdifferenzierungs-Moderne schon der Begriffskoppelung wegen ein Gräuel) war nicht die von privaten oder kommerziellen Lebenssphären unterschiedene Teilereinheit (wie sie auch schon von Niccolò Machiavelli über Montesquieu bis zu Antonio Gramsci gedacht worden war). Vielmehr sollte – vergleichbar etwa Ulrich Becks Analyse der »Risikogesellschaft« oder Alain Touraines und Daniel Bells Untersuchungen der »postindustriellen Gesellschaft« – eine im Modernisierungsprozess entstandene essentielle Eigenheit dieses politisch geformten Gesellschaftstyps besser verstanden werden. Als Folge von Säkularisation (die Greven keineswegs durch neuerdings erschreckt wahrgenommene Fundamentalismen in ihrer Bedeutung relativiert sah) und Pluralisierung entstand eine strukturelle »Fundamentalpolitisierung«

und zwar schon vor aller demokratischen Teilhabe. In seinem immer konkreten, insofern wirklichkeitswissenschaftlichen Konzept verwendete er deshalb auch den als überholt geltenden Begriff »Herrschaft«, um beispielsweise zu zeigen, wie die konstitutive politische Durchdringung der Gesellschaft sehr früh schon eine, später wohlfahrtstaatliche, Inklusion erreichte, denn der Staat resultiert »aus der nachträglichen Abstraktion einer vormals konkret begründeten personalen Herrschergewalt«.

Immer war Politik also gesellschaftsgestaltend, aber in der »Politischen Gesellschaft« ist sie das – entgegen der auch bei Sozialwissenschaftlern verbreiteten resignativen Vermutung ihres Einflussverlustes – in einem noch nie dagewesenem Maße, selbst wenn ökonomistische und neoliberale Ansätze dies für einige Zeit aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängen konnten. Mögen es früher konservativer Elitismus oder die totalitären Massenbewegungen gewesen sein, durch welche die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten bedroht, manipulativ verbogen oder vernichtet wurden, so sind es heute – und das erinnert durchaus an Max Weber – die bürokratischen Sacherledigungsapparaturen und an Bevölkerungen nicht zurückgekoppelten politischen Leistungssysteme wie das der Europäischen Union, die das Problem »Democracy beyond the State?« (2000) aufwerfen. Generationsspezifisch mit Sicherheit »Europäer«, ließ Greven sich weder von der Sachzwanglogik (der von ihm scharfsinnig analysierte Helmut Schelsky hatte deren Sieg durch den »technischen Staat« Anfang der 1960er Jahre wirkungsmächtig behauptet und Bundeskanzlerin Angela Merkel wird heute als deren sozusagen unpolitische »Notarin« von allen geliebt), noch von den unbestreitbaren administrativen Leistungen der friedenssichernden Europäischen Union darüber täuschen, dass viele dieser Erfolge mit einem Verlust an Mitentscheidung und -bestimmung verbunden sind. Und die moralische Desinteressiertheit des Luhmann'schen Legitimationsformalismus fand als dazu passende, geistreiche Untermalung Grevens Lob ebenso wenig wie eine mit normativen Voraussetzungen überladene Kritische Theorie, obwohl er selbst doch eine ebensolche – vielleicht eher im Geiste des durchaus auch von manchem Einwand nicht frei gestellten Kurt Lenk – in der Politischen Wissenschaft vertrat.

Alle diese Entwicklungen könnten die uns vertrauten demokratischen Strukturen langfristig unterminieren. So heißt es am Ende des, gleichwohl gegen jeden Fatalismus geschriebenen Grevenschen Hauptwerkes, dass oft nicht verstanden werde, in welchem Maße die politische Gesellschaft mit unterschiedlichen Regimes kompatibel ist: »Es geht auch anders: unfrei-

heitlicher, undemokratischer und mit noch mehr Ungleichheit sowieso«. Das war es, was den in keinerlei »Elfenbeinturm« lehrenden und forschenden Politologen umtrieb und noch bei seinem letzten öffentlichen Auftritt zum Generalthema wurde.

Der Illusion, in systemischen Welten könne man dem Zwang zur Entscheidung entgehen, oder noch illusionistischer: gäbe es weder Zentren des machtvollen Einflusses noch auch überhaupt Dezsionen irgendwelcher Art, setzte Michael Greven ein klares Bild der Notwendigkeit politischer Entscheidungen entgegen, wenngleich ihm dies von manchem seiner, liebevoll »linke Freunde« benannten und normativ doch nahestehenden Kritiker als unerlaubt große Annäherung an Carl Schmitt vorgeworfen wurde. Aber da hatte er ebenso wenig Furcht, eine eigene Ansicht zu verteidigen, wie einstmals im Fachbereich 03 der Marburger Universität, wo er von den entschiedenen Parteikommunisten (das Dekanat soll zeitweise ja einer informellen Kreisgeschäftsstelle der DKP geglichen haben) sogar zu einem »Rechten« gestempelt wurde.

Kaum wird man sich bei einer derartigen Verklammerung von historischer und theoretischer Reflexion auf der einen und praktischer Problemstellungen auf der anderen Seite darüber wundern, dass Michael Greven sich durchgängig engagierte, als *citoyen* etwa im Sozialistischen Büro, im Komitee für Grundrechte und Demokratie oder im Beirat der Humanistischen Union. Selbstverständlich gilt das auch für die universitäre Selbstverwaltung in vielen Ämtern – dort verdienstvollerweise immerhin verhindernd, dass die Universität Hamburg sich mit der Schmach bedeckte, den »lupenreinen Demokraten« Wladimir Putin zu ihrem Ehrendoktor gemacht zu haben. Für Jahrzehnte und von 1994 bis 1997 als deren Vorsitzender hat er in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gewirkt, zuletzt deren Ethikkodex entwerfend und als Vorsitzender der Ethikkommission. Auch war er 1982 bis 1988 Vice President des Research Committee »Science et Politique« der International Political Science Association und Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Greven war auch verantwortlich für das wissenschaftliche Begleitprogramm der zur »Wehrmachtsausstellung« medial verkürzten Aufklärungstat von Jan Philipp Reemtsma, die Rolle der deutschen Truppen im Massenvernichtungskrieg bildhaft zu dokumentieren. Das wurde besonders prekär, aber auch wichtig, als eine Welle empörter Kritik an ungenauen Details deren Wirksamkeit zu zerstören drohte (reflektiert wurde die umstrittene, aber die Selbstexkulpation durch den Mythos von unbefleckter Soldatenehre

schmerzhaft zerbrechende Dokumentationsausstellung in dem von ihm und Oliver von Wrochem herausgegebenen Band »Der Krieg in der Nachkriegszeit«, 2000). Zu erwähnen ist nicht zuletzt sein entscheidender Einfluss auf die – wiederum in einem Buch aus verschiedenen Perspektiven behandelte – Ablösung der Disziplin »Wissenschaftlicher Kommunismus« durch politikwissenschaftliche Studien während seiner Gastprofessur in Leipzig. Auch war sein Rat in Stiftungen vielfältig gefragt: er wirkte im Kuratorium der Schader-Stiftung zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften mit und war von 1999 bis 2003 deren Vorsitzender; ebenso war er im Beirat der Hamburger Aby Warburg-Stiftung tätig.

Man wird diesen streitbaren (nicht streitsüchtigen) und – weil bei sich und anderen auf klare Argumentation bestehend – auf produktive Weise unbequemen, mit sachlicher und kritischer Leidenschaft die Verhältnisse aufklären wollenden Wissenschaftler sehr vermissen. Und gewiss würde es ihn am meisten beglücken, wenn seinem Beispiel einer neugierigen, zugleich immer auf Praxis zielenden Wahrheitssuche gefolgt würde, die auf »ewige Wahrheiten« weder gegründet ist, noch solche erzeugen will.

Karl-Siegbert Rehberg

Annette Treibel, Stefan Selke
Soziologie für die Öffentlichkeit

Der Beitrag nimmt die Initiative »DGS goes public« zum Anlass, das Verhältnis von Soziologie und Öffentlichkeit zu reflektieren. Unter Rückgriff auf jeweils durchaus widersprüchliche eigene Erfahrungen und die Konzeptionen einer Public Sociology plädieren die Autorin und der Autor übereinstimmend für mehr »Soziologie für die Öffentlichkeit«. Unterschiedliche Akzente und Präferenzen setzen sie dort, wo es um das wahrgenommene Desinteresse bzw. Interesse an Soziologie geht. Insgesamt wollen beide dazu beitragen, die Thematik im Fach systematisch und kontrovers zugleich zu diskutieren.

The article takes the »DGS goes public« initiative as a prompt to consider the relationship of sociology and the general public. Drawing on their rather contradictory experiences and the concepts of a Public Sociology, the authors agree in arguing for more »Sociology for the General Public«. They put different emphasis concerning the perceived disinterest or interest in sociology. All in all, they both wish to contribute to a discussion, both systematic and controversial, of this topic in the subject of sociology.

Daniel Großmann
Studienmotivationen und ihr Einfluss auf Evaluationsergebnisse

Mehr und mehr werden Studierendenbefragungen als ein Instrument zur objektiven Qualitäts- und Leistungsmessung betrachtet. Wie die meisten Umfrageergebnisse, so spiegeln jedoch auch die Studierendenbefragungen breite Meinungsbilder wider, die von individuellen Interessen und Einstellungen geprägt sind. Mit einer explorativen Analyse anhand einer Stichprobe von Masterstudierenden sozialwissenschaftlicher Studiengänge wird gezeigt, dass Studierende divergierende Sets an komplexen Studieninteressen und -einstellungen (Studienmotivationen) aufweisen und dass von diesen Interessen und Einstellungen abhängig ist, wie Studierende ihren Studiengang und die Studiensituation im Rahmen von Studierendenbefragungen bewerten.

More and more student surveys (evaluations) are seen as an instrument for an objective measurement of quality and performance. However, the method ignores the fact that all survey results generally are influenced by individual interests and preferences. An exploratory analysis based on a sample of master students of social science programs shows that students are characterized by divergent sets of complex study interests and preferences (study motivations) and that the evaluation results are a function of these preferences.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.



Themen in Heft 1/2012

Form und Funktion Theoretischer Soziologie
Einheitswissenschaft oder Theorienpluralismus: Theorie und die disziplinäre Einheit der Soziologie

Erscheinungsweise: jährlich
2 Hefte, ca. 160 Seiten pro Heft
Jahresabonnement: € 49,-
Studierende mit Studiennachweis:
€ 32,-, Einzelheft: € 29,95,
jeweils zzgl. Versandkosten
Heft 1/2012 erscheint im
September 2012

Zur Zeitschrift:

Die ZTS – Zeitschrift für Theoretische Soziologie ist die erste Zeitschrift im sozialwissenschaftlichen Bereich, die sich ausschließlich der Theorie-Debatte widmet. Ziel ist es, ein unabhängiges Organ zu schaffen, das der Vielfalt der theoretischen Ansätze einen Ort gibt.

Die Herausgeber

Joachim Renn/Rainer Schützeichel

Beirat

Frank Adloff, Gert Albert, Rainer Greshoff, Jens Greve, Reiner Keller, Richard Münch, Sighard Neckel, Michaela Pfadenhauer, Hans Bernhard Schmid, Michael Schmid, Annette Schnabel, Hans-Georg Soeffner, Ilja Srubar und Johannes Weiß

Vorzugsangebot zum

Kennenlernen:

2 Hefte für € 29,95 frei Haus

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

ACADEMIC ENGLISH PROOFREADING AND COPY-EDITING

WWW.SLOVOS.COM

- 4 EUROS PER PAGE (1500 ZEICHEN)
- REDUCTIONS AVAILABLE FOR SUBMISSIONS
OVER 40 PAGES
- REQUEST FREE SAMPLE PROOFING

DR. IAN COPESTAKE, EDITOR,
WILLIAM CARLOS WILLIAMS REVIEW
SLOVOSPROOFREADING@GMAIL.COM

Das Standardwerk – jetzt für € 19,90 statt € 49,90

Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.)

Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945

Ein Handbuch

2008. 770 Seiten. 98 Abb. Gebunden. ISBN 978-3-593-38372-9

»Wer zuverlässige, kompakte und verständliche Informationen über Formen, Ziele und Bedeutung sozialer Bewegungen sucht, sollte zu diesem Standardwerk greifen.« *Süddeutsche Zeitung*



campus.de

campus

Frankfurt. New York

© Campus Verlag GmbH

Internationale Arbeitsstudien - International Labour Studies

Klaus Dörre, Dieter Sauer,
Volker Wittke (Hg.)

Kapitalismustheorie und Arbeit

Neue Ansätze soziologischer Kritik

2012. 513 Seiten. Band 1
ISBN 978-3-593-39657-6

Der Gesellschaftstheorie ist die Arbeit und mit ihr die empirische Fundierung abhandeln gekommen, der Arbeitssoziologie die Theorie – so der Befund der Herausgeber dieses Bandes. Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sind vielfältiger und unsicherer geworden. Zugleich gewinnen Arbeits- und Verteilungskämpfe an Schärfe. Um diese Veränderungen angemessen zu erfassen, bedarf es innovativer Impulse aus der Kapitalismusanalyse, so wie diese ihrerseits von der Arbeitssoziologie lernen kann. Die Autorinnen und Autoren liefern eine Bestandsaufnahme der aktuellen theoretischen Ansätze, um Kapitalismus und Arbeit wieder zusammenzudenken.

Karin Scherschel, Peter Streck-
eisen, Manfred Krenn (Hg.)

Neue Prekarität

Die Folgen aktivierender Arbeits-
marktpolitik – europäische Länder
im Vergleich

2012. 316 Seiten. 8 Abb. Band 2
ISBN 978-3-593-39656-9

Europaweit ist eine Zunahme sozialer Verwerfungen und prekärer Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen – die »soziale Frage« ist in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses sowie in wissenschaftliche Debatten zurückgekehrt. Am Beispiel von Deutschland, Österreich, Polen, Großbritannien und der Schweiz zeigen die Autorinnen und Autoren, dass in diesen fünf Ländern die aktivierende Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre ihr Ziel verfehlt hat: Inklusion und »Wiedereingliederung« wurden nicht erreicht. Stattdessen haben die Aktivierungspolitiken zur Ausdehnung von Prekarität geführt.



campus.de

campus

Frankfurt. New York